

REGIERUNGSPROGRAMM ZUR LANDTAGSWAHL AM 2. FEBRUAR 2003

Regierungsprogramm

zur Landtagswahl in Hessen
am 2. Februar 2003

**BESSER LEBEN IN HESSEN
BRAUCHT MEHR GRÜN**

www.gruene-hessen.de

INHALT

PRÄAMBEL	SEITE 3
10 SCHLÜSSELPROJEKTE FÜR EIN BESSERES HESSEN	SEITE 4
UMWELT- UND NATURSCHUTZ – DURCH VORAUSSCHAUENDE UMWELTPOLITIK LEBENSQUALITÄT SICHERN	SEITE 9
UMWELT	SEITE 10
ENERGIE	SEITE 16
NATURSCHUTZ, WALD UND JAGD	SEITE 20
VERBRAUCHERSCHUTZ IN DER ERNÄHRUNGSPOLITIK, LANDWIRTSCHAFT, LÄNDLICHER RAUM, TIERSCHUTZ	SEITE 25
FLUGHAFEN FRANKFURT UND LUFTVERKEHR	SEITE 34
VERKEHR	SEITE 37
SOZIALES HESSEN – SOLIDARITÄT MUSS KONKRET SEIN	SEITE 45
KINDER IN DEN MITTELPUNKT!	SEITE 46
ERNEUERUNG DES SOZIALPAKTES	SEITE 54
WOHNEN UND STÄDTEBAU	SEITE 62
FRAUENPOLITIK - MIT POWER FÜR MEHR MACHT	SEITE 68
GRÜNE FRAUENPOLITIK	SEITE 69
BILDUNGSLAND HESSEN – SELBSTSTÄNDIGKEIT, VIELFALT UND QUALITÄT ALS ZIELE	SEITE 73
BILDUNG	SEITE 74
WISSENSCHAFT	SEITE 85
KULTUR ALS KULTURELLE VIELFALT	SEITE 92
WIRTSCHAFT, FINANZEN UND MEDIEN - ENTWICKLUNGSCHANCEN FÜR HESSEN	SEITE 96
NACHHALTIGE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK	SEITE 97
EIN GRÜNES NORDHESSEN IST EIN STARKES NORDHESSEN	SEITE 106
MEINUNGSVIELFALT UND MEDIENKOMPETENZ – GARANTEN FÜR EINEN ERFOLGREICHEN MEDIENSTANDORT HESSEN	SEITE 108
BÜRGERRECHTE UND ÖFFENTLICHE SICHERHEIT - LEBENDIGE DEMOKRATIE IN HESSEN	SEITE 110
INNEN- UND RECHTSPOLITIK	SEITE 111
KOMMUNALPOLITIK	SEITE 126
TOLERANTES HESSEN	SEITE 129

REGIERUNGSPROGRAMM ZUR LANDTAGSWAHL AM 2. FEBRUAR 2003

Präambel

10 Schlüsselprojekte für ein besseres Hessen

„Wir punkten am 2. Februar 2003!“

Präambel

Politik in Hessen ist in den vergangenen Jahren von einer rückwärts gewandten schwarz-gelben Regierung bestimmt worden, die durch eine ausländerfeindliche Unterschriftenaktion an die Macht gekommen ist. In dieser Zeit hat sich unser Land verändert. Viele wichtige Politikansätze aus der Zeit GRÜNER Regierungsbeteiligung sind von der hessischen Landesregierung ausgehebelt worden. Seit dem Wechsel im Februar 1999 ist Umweltpolitik in Hessen zum politischen Feigenblatt verkommen und findet praktisch nicht mehr statt. Landesprogramme zur Förderung alternativer Energien wurden eingestellt und auch bei der Agrarwende und im Verbraucherschutz ist Hessen Bremser und Nachzügler. Beim Betreuungsangebot für Kleinkinder liegen wir im bundesweiten Vergleich an letzter Stelle und in der Sozial- und der Frauenpolitik gab es Rückschritte statt Fortschritte. Hessen als Land mit dem größten Waldanteil hat als einziges Flächenland in der Bundesrepublik Deutschland bis heute keinen Nationalpark ausgewiesen.

Stattdessen haben die hessischen Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren mit einer Landesregierung leben müssen, deren Führung Mitverantwortung getragen hat für den schlimmsten politischen Finanzskandal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Indem Roland Koch den Schwarzgeldskandal ausgesessen hat, haben er und seine Partei das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik und ihre Selbstheilungskräfte aufs Schwerste enttäuscht.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen sind von den hessischen Wählern vor vier Jahren in die Opposition geschickt worden. Wir haben diese Rolle angenommen und die Auseinandersetzung mit der schwarz-gelben Landesregierung gesucht und unsere Alternativen deutlich gemacht. Zugleich haben wir Fehler und Schwächen unserer Regierungszeit aufgearbeitet und uns politisch und programmatisch neu formiert. Meilensteine dieser Entwicklung waren die landespolitischen Grundsatzbeschlüsse zur Umwelt-, Bildungs- und Kinderpolitik.

Jetzt treten wir an, um nach vier Jahren Opposition wieder politische Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft dieses Landes zu übernehmen. Wir wollen, dass in Hessen Lebens- und Umweltqualität zusammen mit wirtschaftlichen Entwicklungschancen buchstabiert werden können, und wir wollen weiter, dass dieses Land wieder vorne ist bei der Nutzung der wirtschaftlichen Chancen der ökologischen Modernisierung. Hessen muss Spitze werden in der Solarwirtschaft, bei der Nutzung alternativer Energien und in der Wasserstofftechnologie. Wir wollen außerdem Hessen vom Nachzügler zum Vorreiter der Agrarwende machen und in diesem Zusammenhang

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

auch die Möglichkeiten des sanften Tourismus als wirtschaftliche Entwicklungschance besonders für die ländlichen Regionen nutzen.

Unser Leitbild orientiert sich an den Aussagen der Konferenz von Rio 1992, in denen sich im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung wirtschaftliche, ökologische und soziale Ziele vereinen. Dieses Leitbild muss Orientierung sein für die Einleitung wirtschaftlicher Innovationsprozesse, die Arbeitsplätze schaffen. Dazu gehören die Nutzung der Chancen, welche die Energiewende gerade für die mittelständische Wirtschaft bietet.

Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geborgt – dieser Leitgedanke folgt dem Prinzip der Nachhaltigkeit und ist Maßstab für unsere Politik. Kinder haben ein Recht auf Beteiligung und sollen ihren Alltag aktiv gestalten und mitbestimmen dürfen.

Wir wollen, dass in Hessen Kinderwunsch und Karrierechancen endlich besser miteinander vereinbar werden. Dazu sind große Anstrengungen nötig. Wir wollen damit beginnen, indem wir uns vorrangig um die spürbare Verbesserung des Betreuungsangebots für Kleinkinder kümmern. Wir wollen ferner eine moderne Sozialpolitik, die Hilfsbedürftige absichert und gleichzeitig Hilfe zur Selbsthilfe leistet, die den Menschen Chancen öffnet und die Gesellschaft zusammenführt und nicht spaltet. Dazu gehört eine effektive Arbeitsmarktpolitik, die sich den Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten besonders zuwendet, weil sie von Ausgrenzung besonders bedroht sind.

Wir werden uns den großen bildungspolitischen Herausforderungen nach den alarmierenden Ergebnissen der PISA-Studie stellen. Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsabdeckung waren und sind richtig und wir erkennen an, dass die schwarz-gelbe Regierung auf diesem Gebiet einiges getan hat. Aber mit der Verbesserung der Unterrichtsabdeckung an unseren Schulen ist es bei weitem nicht getan. Was bislang noch fehlt, ist eine dringend notwendige Verbesserung der Qualität des Unterrichts. Die Ausbildungsqualität an den hessischen Schulen muss transparent und vergleichbar werden. Deshalb wollen wir eine Qualitätsbewertung und -sicherung für die Schulen verbindlich einführen, den Schulen also mehr Selbstständigkeit geben. Sie können am besten entscheiden, was zu tun ist, um ein hochwertiges Bildungsangebot zu ermöglichen. Wir wollen eine Reform der Lehrerbildung. Fragen der Unterrichtsdidaktik und Unterrichtsmethodik müssen gegenüber der fachwissenschaftlichen Ausbildung deutlich aufgewertet werden.

Wir wollen keine frühestmögliche Verschulung des kindlichen Lebens und lehnen deshalb die Vorschläge nach einer „Kinderschule“ im Vorschulalter ab. Stattdessen wollen wir die Wahrnehmung des erzieherischen Auftrags der Kindergärten fördern. Mit unserem Vorschlag, aus Kindergärten Orte ganzheitlicher Entwicklung werden zu

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

lassen, unterstreichen wir die Notwendigkeit zur frühzeitigen Förderung der Sprachkompetenz. Dies gilt besonders für Kinder mit Migrationshintergrund.

Wir wollen keinen neuen Schulkampf in Hessen. Die Neuauflage der bildungspolitischen Schlachten der 70er Jahre um die richtige Schulform wird uns nicht weiterbringen. Aber die Ergebnisse von PISA zeigen eindeutig, dass die bei uns verbreitete Vorstellung, Lernerfolg sei am ehesten in leistungshomogenen Gruppen zu erreichen, nicht zutrifft. Am besten schneiden diejenigen Länder ab, in denen eine relativ späte Differenzierung der Ausbildungsgänge erfolgt. Diese Erkenntnis muss auch in unsere bildungspolitische Diskussion einfließen. Es ist erschreckend, dass nach jahrzehntelangen Debatten um Chancengleichheit gerade im deutschen Bildungssystem die soziale Herkunft für den Erfolg der Schullaufbahn der Schülerinnen und Schüler entscheidend ist.

Deshalb wollen wir in der kommenden Legislaturperiode dafür sorgen, dass in Hessen ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen für alle Schulformen realisiert werden kann, d. h. bis zum Ende der Legislaturperiode muss allen Eltern in Hessen ein Ganztagsangebot für ihre Kinder in vertretbarer geografischer Entfernung zur Verfügung stehen. Wir wollen ein hochwertiges und leistungsfähiges Bildungsangebot in Hessen, das vom Grundsatz der Chancengleichheit bestimmt ist.

Wir wissen um die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens Frankfurt, doch die Planungen für einen weiteren Ausbau sind kein vertretbarer Weg, um die Mobilitätsbedürfnisse von morgen zu befriedigen. Wir wenden uns deshalb entschieden gegen den Ausbau des Flughafens Frankfurt. Ihn wird es unter GRÜNER Regierungsbeteiligung nicht geben. Wir wollen eine Reduzierung der bestehenden Belastungen und ein Nachtflugverbot von 22 Uhr bis 6 Uhr und setzen uns für eine Obergrenze der Flugbewegungen ein.

Wir wollen, dass Hessen ein liberales, weltoffenes und ausländerfreundliches Land wird. Deshalb müssen neue Wege der Integration gegangen werden. Das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen in Hessen verlangt allen etwas ab – denen, die zu uns kommen, aber auch denen, die hier geboren sind. In Hessen darf kein Platz sein für dumpfe Ressentiments. Auf der Basis der Grundwerte unseres Grundgesetzes, die für alle verbindlich sind, müssen wir Verschiedenheit leben und akzeptieren können.

Keine politische Entscheidung ist geschlechtsneutral. Die Gleichstellung der Geschlechter ist nicht allein Frauensache, sondern ein Gebot der Demokratie. Der für alle EU-Staaten verbindlich Ansatz des *Gender Mainstreamings*, der Auswirkungen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

von politischen Planungen und Entscheidungen für Männer und Frauen in allen Politikbereichen berücksichtigt, ist Leitbild unserer Politik und wird für unser politisches Handeln auch in der kommenden Legislaturperiode bestimmend sein.

Eine stärkere europäische Integration ist die Antwort auf globale Probleme, die sich nicht mehr auf Landes- oder Bundesebene lösen lassen. Deswegen ist für Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen das Thema Europa auch auf Landesebene wichtig. Hessen muss seine Rolle als Region Europas besser erfüllen. Besonders Frankfurt als „City of the Euro“ mit dem Sitz der Europäischen Zentralbank muss ein Motor der Europäisierung werden.

Im Vordergrund unserer Arbeit für die nächste Legislaturperiode werden deshalb die folgenden Schlüsselprojekte stehen:

- Realisierung der Betreuungsgarantie für Kinder in Hessen. Wir werden das Betreuungsangebot für Kleinkinder unter drei Jahren von derzeit weniger als drei Prozent bis auf einen bedarfsdeckenden Anteil von 20 Prozent anheben.
- Wir wollen die Unterrichtsqualität deutlich verbessern, und zwar durch mehr Selbstständigkeit für die Schulen, durch schulbezogene Qualitätssicherung und durch die Reform der Lehrerausbildung.
- Wir wollen ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen in allen Schulformen.
- Wir wollen die Ausstattung unserer Schulen mit moderner Informations- und Kommunikationstechnologie deutlich verbessern.
- Wir wollen, dass Hessen Spitze wird bei der Nutzung von Solarenergie und biogenen Rohstoffen sowie in der Herstellung energieeffizienter Anlagen und Produkte. Dazu werden wir auch eine eigene Landesförderung neu auflegen.
- Wir wollen Hessen zum Vorreiter bei der Agrarwende und im Verbraucherschutz machen. Dazu gehört die deutliche Aufstockung der Umstellungsbeihilfen, damit die Wettbewerbsnachteile für hessische Landwirte gegenüber ihren Berufskollegen aus anderen Bundesländern korrigiert werden können.
- Wir wollen die sofortige Ausweisung des Nationalparks Kellerwald.
- Wir wollen die Kommunen stärken, ihnen mehr Kompetenzen geben und die demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger verbessern. Dazu werden wir entsprechende Veränderungen in der Hessischen Gemeindeordnung vornehmen.
- Wir wollen in allen Schulen die Grundidee Europas stärker vermitteln und in jeder Schulträgerschaft eine Europaschule einrichten.
- Wir wollen den Ansatz des *Gender Mainstreamings*, der die Auswirkungen von politischen Planungen und Entscheidungen für Männer und Frauen berücksichtigt,

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

ausdrücklich für alle Politikbereiche nutzen, insbesondere bei der Sanierung des Landeshaushaltes und der Verwaltungsmodernisierung.

Dieses Land und seine Menschen haben eine bessere Regierung verdient – eine Regierung, die wirtschaftliche Entwicklung mit Lebens- und Umweltqualität verbinden kann, eine Regierung, die sich bei allen notwendigen sozialpolitischen Reformen am Grundsatz der Solidarität mit den Schwächeren orientiert, eine Regierung, die den Bildungsstandort Hessen wieder nach vorne bringt und nicht zurückfällt in konservative Bildungsideale der 50er Jahre. Wir wissen, dass viele Menschen in Hessen das auch so sehen. Deshalb sind wir zuversichtlich, dass der Wechsel in Wiesbaden gelingen kann.

Wir gehen mit Selbstbewusstsein in diesen Landtagswahlkampf, denn wir wissen, dass wir die Zukunft dieses Landes besser gestalten können als diejenigen, die heute in Wiesbaden die politische Verantwortung tragen. Wir sind ein Teil derjenigen Kräfte in der Gesellschaft, die den Wechsel wollen.

Wir führen keinen Koalitionswahlkampf, aber wir wissen natürlich, dass nach Lage der Dinge der Wechsel nur mit GRÜN-Rot möglich ist. Wir wollen diesen Wechsel – und wir werden ihn schaffen, wenn Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, uns dabei unterstützen.

REGIERUNGSPROGRAMM ZUR LANDTAGSWAHL AM 2. FEBRUAR 2003

UMWELT- UND NATURSCHUTZ DURCH VORAUSSCHAUENDE UMWELTPOLITIK LEBENSQUALITÄT SICHERN

- Umwelt
- Energie
- Naturschutz, Wald und Jagd
- Verbraucherschutz in der Ernährungspolitik, Landwirtschaft, Ländlicher Raum
- Flughafen Frankfurt und Luftverkehr
- Verkehr

Thema: Umwelt

Ganzheitliche Politik und Nachhaltigkeit

Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind die Umweltpartei. Eine vorausschauende, nachhaltige Politik zum Schutz von Natur und Umwelt verbessert die Lebensqualität der Menschen und ist ein wesentlicher Motor für eine moderne Wirtschaftsentwicklung. Unser Leitbild rührt von dem grundsätzlichen Wissen her, dass es kein unbegrenztes Wachstum gibt.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat in den letzten Jahren viele umweltpolitische Initiativen der Vergangenheit zurückgefahren. Das neue hessische „Naturschutz“-Gesetz, das Abholzen der Buchen im Kellerwald und das sture Festhalten an der Atomkraft stehen stellvertretend für eine rückwärts gewandte Politik.

Wir setzen dem einen Katalog von Maßnahmen entgegen, der einen ganzheitlichen Politikansatz zum Ausdruck bringt. Wir wollen Umwelt schützen, Lebensqualität verbessern, Gesundheitsrisiken vermindern, den Verbraucherschutz ausbauen und neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen. Das alles verbinden wir mit unserem Motto „Besser leben in Hessen“.

Umweltkooperation mit konkreten Zielen

Umweltschutz lebt nicht nur von Gesetzen, sondern auch von Menschen, die ihn leben. Erfolgreiche Umweltpolitik lässt sich nur gestalten, wenn die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen einbezogen sind. Die Politik muss dabei Impulse geben; letztlich aber muss die Gesellschaft als Ganzes dafür sorgen, dass das Prinzip der gemeinsamen Verantwortung aller Bürgerinnen und Bürger zum Tragen kommt.

Wir wollen neue Allianzen für die Umwelt schaffen. Deshalb setzen wir auf eine Umweltkooperation als wichtigem Element auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung in Hessen. Wir wollen ein Bündnis mit allen gesellschaftlich relevanten Gruppen in Hessen schließen, in dem Eckpunkte für eine dauerhafte, umweltgerechte, soziale und wirtschaftliche Entwicklung formuliert und konkrete Schritte vereinbart werden.

Diese Vereinbarung beinhaltet nicht nur die Ziele, sondern auch die Maßnahmen, die zu ihrer Durchsetzung notwendig sind. Die ohne solche Zielvereinbarungen ausgerichtete Umweltallianz der derzeitigen Landesregierung bleibt deutlich hinter diesen Notwendigkeiten zurück. Wir wollen jedoch eine Vereinbarung für Hessen, die nicht nur Ziele, sondern auch Maßnahmen festhält, die ergriffen werden müssen, wenn

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Vereinbarungen nicht eingehalten werden. Mit der Fortführung der Agenda 21 in Hessen wollen wir die zahlreichen Kommunen, die bereits an einer Lokalen Agenda arbeiten, vernetzen und unterstützen.

Gewässerschutzoffensive und neues Wasserspargesetz

Ohne Wasser kein Leben. Der Schutz von Grundwasser und Gewässern ist deshalb elementare Voraussetzung für eine umweltgerechte Entwicklung und ein nachhaltiges Wirtschaften.

Mit der Einführung der Grundwasserabgabe als marktwirtschaftlichem Lenkungsinstrument und den von GRÜN-rot geförderten Wassersparprogrammen konnten wir den Wasserverbrauch in Hessen stärker reduzieren, als dies in anderen Bundesländern möglich war. Gleichzeitig konnten verschiedene ökologische Programme finanziert werden – vom Energiesparprogramm über Bodenentsiegelungsmaßnahmen bis hin zu Teilen des hessischen Kulturlandschaftsprogramms. Mit Hilfe dieser Grundwasserabgabe konnten zahlreiche Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen erhalten bzw. neu geschaffen werden.

Die CDU/FDP-Landesregierung hat die Grundwasserabgabe und damit ein erfolgreiches marktwirtschaftliches Lenkungsinstrument abgeschafft und so ihren eigenen Bekundungen für moderne umweltpolitische Lenkungsinstrumente Lügen gestraft.

Wir wollen diesen Fehler korrigieren. Deshalb werden wir in der politischen Verantwortung die Grundwasserabgabe als ökologisches und ökonomisches Lenkungsinstrument zu einer Gewässerschutzabgabe weiterentwickeln. Ziel wird künftig vor allem der qualitative Aspekt des Grundwasserschutzes sein.

Mit der Aufstellung von weiteren Grundwasserbewirtschaftungsplänen wollen wir die Grundwasserentnahmerechte zusätzlich über die in der jeweiligen Genehmigung zu definierenden Pegelstände begrenzen.

Wir werden das hessische Wassergesetz durch eine Novellierung zu einem Wasserspargesetz machen und uns dafür einsetzen, dass im hessischen Abwassergesetz gesplittete Entwässerungsgebühren festgeschrieben werden.

Überhöhte Pestizid- und Nitratwerte gefährden unsere Trinkwasserbrunnen, die dann entweder geschlossen oder aufwändig saniert werden müssen. Aus diesem Grund benötigen wir einen flächendeckenden, qualitativen Grundwasserschutz.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Wir wollen in unseren hessischen Flüssen wieder baden können. Deshalb brauchen wir eine zweite Gewässerschutzoffensive. Der Ausbau der Kläranlagen bis zur dritten Reinigungsstufe hat zu einer Verbesserung der Gewässerqualität geführt. Diese erste Gewässerschutzoffensive muss jetzt ergänzt werden durch eine Strukturverbesserung und eine drastische Reduzierung der Schadstoffeinträge. Gewässerläufe ohne natürlichen Baumbewuchs, begradigt oder verrohrt, haben große Teile ihrer ökologischen Funktion verloren. Wir werden mit dieser zweiten Gewässerschutzoffensive den Schutz der Ufer und Auen, die Extensivierung der Landwirtschaft und Renaturierungsmaßnahmen ermöglichen.

Gewässerschutz ist auch vorsorgender Hochwasserschutz, denn Hochwasser muss schon an seinen Entstehungsorten verhindert werden. Finden Gewässer ausreichend Raum zur Ausbreitung, laufen Hochwasser weniger leicht zu verheerenden Spitzen auf.

Böden wirksam schützen

Als natürliche Lebensgrundlage für Fauna und Flora haben die Böden in unserem Ökosystem eine Schlüsselstellung. Sie sind Hauptlieferant für unsere Nahrung und dienen der Regulation des Wasserkreislaufs. Durch Flächenfraß und Rohstoffabbau nehmen die unversiegelten Bodenflächen immer weiter ab. Um die Böden in Hessen gegen Versiegelung, Zerstörung und Vergiftung zu schützen, wollen wir

- eine Anhebung der Mindestdichtwerte im Landesentwicklungsplan, um flächensparendes Bauen zu ermöglichen,
- in Hessen ergänzende Verfahrensregeln zum Bundes-Bodenschutzgesetz einführen, um insbesondere Schutz- und Vorsorgemaßnahmen für Gebiete zu treffen, in denen flächenhaft schädliche Bodenveränderungen auftreten oder zu erwarten sind, sowie
- die Fortschreibung und Ausweitung eines Bodeninformationssystems, damit aus den Zustandsdaten Handlungsvorschläge für Erhaltung und Wiederherstellung von Böden gewonnen werden können.

Die derzeitige Landesregierung hat zwar immer wieder ein hessisches Bodenschutzgesetz angekündigt, geschehen ist jedoch bis heute nichts. Wir werden nicht nur die Altlastensanierung zügig fortsetzen, sondern auch bundesrechtliche Spielräume für eine eigene hessische Rechtssetzung nutzen.

Abfälle vermeiden und verwerten

Alle Ressourcen auf unserem Planeten sind endlich. Dafür zu sorgen, dass sie auch künftigen Generationen erhalten bleiben, ist ein Kernprojekt von Zukunftsfähigkeit. Wir stehen deshalb für eine ökologische Kreislaufwirtschaft, die schon bei der Gewinnung von Rohstoffen Umweltbelastungen vermeidet, Rohstoffe effizient nutzt und in der die Vermeidung von Abfällen Vorrang hat.

Die steigenden Abfallmengen in Hessen sind ein Armutszeugnis für die derzeitige Landesregierung. Wir werden für mehr Anreize zur Abfallvermeidung sorgen.

Mit der Veränderung der Technischen Anleitung Siedlungsabfall sind nicht nur moderne mechanisch-biologische Anlagen der Müllverbrennung gleichgestellt worden, es wurde auch sichergestellt, dass ab 2005 keine Abfälle mehr ohne Vorbehandlung deponiert werden können. Wir werden entschieden darauf achten, dass die Entsorgungspflichtigen ihren Verpflichtungen auch nachkommen.

Das Duale System Deutschland (DSD) hat bei der Sammlung von Abfällen Erfolge vorzuweisen. Das größte Defizit ist aber seine Form der Abfallverwertung – aus ökologischen und ökonomischen Gründen. Wir fordern deshalb effiziente Verwertungssysteme, die Stoffkreisläufe schließen und die Müllverbrennung reduzieren. Sammlungs- und Verwertungsverpflichtungen müssen ausgedehnt werden, besonders für den Elektronikschrott.

Der Flut von ökologisch belastenden Getränkeverpackungen, vor allem der Dosenverpackungen, muss endlich Einhalt geboten werden. Die CDU/FDP-Landesregierung ist wider alle Vernunft von ihrer ursprünglichen Erkenntnis, dass für solche Verpackungen ein Pflichtpfand sinnvoll wäre, wieder abgerückt. Wir unterstützen die Einführung eines solchen Dosenpfands.

Wir setzen uns dafür ein, dass bei Sammlung und Verwertung von Elektronikschrott die Herstellerverantwortung auch finanziell gewahrt bleibt. Eine Abwälzung von Kosten auf die Kommunen lehnen wir ab.

Weniger Sonderabfälle

Unser Ziel ist die deutliche Verringerung des anfallenden Sondermülls. Wir setzen dabei auf schadstofffreie und schadstoffarme Produkte und Produktionsverfahren. Eine intensiviertere Beratung von Industrie und Gewerbe wird dazu beitragen, Vermeidung und Verwertung zu verbessern. Wir werden alternative, umweltverträgliche Behandlungstechniken fördern, damit Verbrennungskapazitäten abgebaut werden können.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Einen Sondermülltourismus und fragwürdige Entsorgungsmöglichkeiten lehnen wir ab. Wir werden uns dafür einsetzen, dass den Bundesländern die Möglichkeit zur Einführung einer Sondermüllabgabe geschaffen wird.

Umweltbeobachtung als Vorsorgeinstrument

Wir wollen die Umweltbeobachtung als Instrument der Vorsorge intensivieren, damit die Bevölkerung vor schädlichen Immissionen besser geschützt werden kann. In regelmäßigen Abständen soll der Gesundheitszustand der Kinder sowie die Belastung mit langlebigen Schadstoffen überprüft werden, damit rechtzeitig Strategien für Gegenmaßnahmen entwickelt werden können. Dies kann durch Gesundheitsämter geschehen. Die aus der Umweltbeobachtung gewonnenen Erkenntnisse sollen in ein umweltbezogenes Gesundheitskataster einfließen.

Wir werden angesichts der festgestellten Schadstoffauffälligkeiten dafür sorgen, dass das *Human Monitoring* im Bereich der Sondermüllverbrennungsanlage Biebesheim fortgesetzt wird. Durch den Standort der Sondermüllverbrennungsanlage und den Einzugsbereich des Frankfurter Flughafens kommt dem Kreis Groß-Gerau im Rahmen der Umweltbeobachtung eine besondere Rolle zu.

Wir halten eine Verbesserung von Immissionsmessungen für erforderlich. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass an den hessischen Dauerbeobachtungsstellen die Messung von lungengängigen Feinstäuben eingeführt wird.

Mit Sicherheitsüberprüfungen die Chemieindustrie unterstützen

Der Umbau der Chemieindustrie ist und bleibt eine Kernfrage für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft. Wir wissen und erkennen an, dass auch die hessische Chemieindustrie unter dem Druck der Umweltbewegung, der GRÜNEN und der gesamten öffentlichen Diskussion im letzten Jahrzehnt erhebliche Anstrengungen unternommen hat.

Die hessische Chemie ist eine Schlüsselindustrie für viele Wirtschaftszweige und Hessen ein bedeutender Chemiestandort in Deutschland. Wir wollen, dass das so bleibt. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass die von manchen Teilen der chemischen Industrie ausgehenden Umwelt- und Gesundheitsgefahren beseitigt werden.

Die damalige GRÜN-rote Landesregierung hatte nach einer Unfallserie 1993 ein Sonderprogramm zur Überprüfung gefährlicher Industrieanlagen umgesetzt und Initiativen ergriffen, um regelmäßige Sicherheitsüberprüfungen durch unabhängige Sachverständige zu gewährleisten. Die derzeitige Landesregierung hat dieses

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Programm abgeschafft. Wir werden das korrigieren, weil wir gerade auf diesem Gebiet keinen Sicherheitsrabatt zulassen werden.

Intensivere Forschung in Sachen Elektrosmog

Wir begrüßen die auf GRÜNE Initiative bundesweit zustande gekommenen Selbstverpflichtungen der Mobilfunkbetreiber zur Kontrolle des Elektrosmogs und zur Stärkung der planungsrechtlichen Kompetenzen der Kommunen. Gleichwohl bleiben viele Fragen bezüglich langfristiger Gesundheitsgefährdungen durch Mobilfunkanlagen offen. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die Forschung hierzu intensiviert wird. Insbesondere wollen wir sicherstellen, dass die verantwortlichen Betreiber für die Kosten einer unabhängigen Begleitforschung aufkommen. Wir werden dabei darauf achten, dass den Folgen für Kinder und Jugendliche besonderer Stellenwert zugemessen wird. Ferner werden wir uns für eine weitere Reduzierung der nicht ionisierenden Strahlen einsetzen, und dies nicht nur bei Mobilfunkanlagen.

Thema: Energie

Regenerative Energien als Versorgungs- und Standortfaktor

Unser Ziel ist eine sichere und zugleich dauerhaft zukunftsfähige Energieversorgung für unser Land. Dies wird nur möglich sein, wenn die Notwendigkeiten einer aktiven Klimaschutzpolitik berücksichtigt werden. Deshalb werden wir alles dafür tun, um Energiesparmöglichkeiten zu fördern und die Umstellung unserer Energieversorgung auf Solarwirtschaft, Wasserkraft, Windenergie, Biomasse und Geothermie voranzubringen.

Die Bundesregierung hat durch das 100.000-Dächer-Programm für Photovoltaik-Anlagen, das Marktanreizprogramm für alternative Energien und die Weiterentwicklung des Stromeinspeisungsgesetzes zum Erneuerbaren-Energie-Gesetz (EEG) Deutschland eine Spitzenstellung in der Nutzung regenerativer Energien geschaffen. Damit wurden Impulse der früheren hessischen Landesregierung auf Bundesebene aufgegriffen.

Die CDU/FDP-Regierung hat in Hessen einen anderen Weg gewählt. Sie hält an der Atomenergie fest und hat bei der Förderung regenerativer Energien Kürzungen und Streichungen vorgenommen. Deshalb wird es in anderen Bundesländern bald mehr Arbeitsplätze in der Solarwirtschaft geben. Hier wurden Chancen für die mittelständische Wirtschaft in Hessen vertan. Dies werden wir ändern und an dieser Stelle einen besonderen Schwerpunkt unserer Politik setzen.

Hessen als Vorreiter bei der häuslichen Nutzung der Solarenergie

Zur praktischen Umsetzung der Chancen vor Ort durch Bürgerinnen und Bürger, durch Handwerk und mittelständische Wirtschaft sind zusätzliche Beratungsangebote notwendig. Wir werden dafür sorgen, dass diese Beratung sowie die Aus- und Weiterbildung von Handwerkern und Technikern entsprechend unterstützt wird. Wir wollen Bürgerinnen und Bürger und Kommunen mit der Auszeichnung „Solar- und Klimaschutzstadt“ für einen hohen regenerativen Anteil der Deckung des Energiebedarfs einen zusätzlichen Anreiz schaffen.

Weiter mit Windkraft

Die Förderprogramme der GRÜN-roten Bundesregierung für regenerative Energien haben die Windkraft wirtschaftlich gemacht. Wir werden uns für einen weiteren Ausbau der Windkraft auf Vorrangflächen einsetzen.

Die Nutzung von Biomasse vorantreiben

Die Nutzung nachwachsender Rohstoffe hat unter den regenerativen Energieformen eine Schlüsselfunktion. Durch die herausragende ökologische Bilanz von Biomasse ist sie die vielseitigste der erneuerbaren Energien. Biomasse wird ebenso als Treibstoff wie auch zur Energieerzeugung genutzt. Biomasse ist nichts anderes als gespeicherte Sonnenenergie. Dadurch können Schwankungen bei anderen regenerativen Energiearten ausgeglichen werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die bestehenden Fördermöglichkeiten durch eine gezielte und verbesserte Beratung stärker in Anspruch genommen werden.

Energiesparhäuser – Beratung und Förderung

Mit der Energieeinsparverordnung wurde der Niedrigenergiehaus-Standard verbindlich gemacht für Neubauten. Das nächste erreichbare Ziel bei der Senkung des häuslichen Energieverbrauchs ist der Passivhaus-Standard. Wir werden Modellprojekte ins Leben rufen, um kostengünstige Passivhäuser zu fördern. Darüber hinaus wird die energetische Sanierung von bestehenden Gebäuden vorangetrieben. Die schwarz-gelbe Landesregierung vernachlässigt dieses Feld. Wir wollen die Beratung und Aufklärung von Ingenieuren, Handwerkern, Bauherren und Architekten deutlich verbessern.

Hessen wird zum Vorbild beim Bau von Solarzellen

Wir werden Betriebsansiedlungen im Bereich der regenerativen Energien verstärkt unterstützen und dafür sorgen, dass das Solarland Hessen ein Markenzeichen für unser Land wird. Wir werden uns auch um die Zukunft des Kraftwerkstandorts Biblis kümmern. Diese Zukunft darf nicht erst nach der Stilllegung des AKWs Thema werden. Wir werden in der politischen Verantwortung unverzüglich Initiativen ergreifen, um Gespräche über alternative Energieerzeugung und die Produktion von Solarzellen zu führen.

Mit energieeffizienter Produktion Arbeitsplätze schaffen

Wir werden Ansiedlung und Ausbau von Betrieben, die innovative und energieeffiziente Produkte herstellen, besonders fördern und unterstützen. Unser Ziel heißt „Brennstoffzellen made in Hessen“. Damit schaffen wir zugleich zukunftssichere Arbeitsplätze.

Verstärkte Förderung und Nutzung regenerativer Energiequellen

Wir werden dafür sorgen, dass in Hessen der Bezug von Ökostrom aus regenerativen Energiequellen oder effizienten Wärme-Kraft-Koppelungsanlagen durch Informationskampagnen deutlich ausgeweitet wird.

Den Atomausstieg beschleunigen – Biblis stilllegen

Es gibt keine Sicherheit im „friedlichen“ Betrieb von Atomanlagen. Kein deutscher Atomreaktor ist gegen den Absturz eines großen Linienflugzeugs ausreichend geschützt. Dennoch treten CDU und FDP in Hessen für den dauerhaften Weiterbetrieb der von der Reaktor-Sicherheitskommission als besonders gefährdet eingestuften Anlage in Biblis ein.

Weil wir mehr Sicherheit für die Bevölkerung wollen, sind wir für die schnellstmögliche Stilllegung von Biblis. Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben bundesweit den Atomausstieg durchgesetzt. Die hessischen GRÜNEN werden alles tun, um diesen Ausstieg in Biblis zu beschleunigen, genauso, wie wir für die endgültige Stilllegung der Atomanlagen in Hanau gesorgt haben.

Infrastruktur für neue Energieträger schaffen

Der Umbau der Energiewirtschaft weg von Kohle, Öl, Gas und Atom basiert neben dem dezentralen Einsatz von regenerativen Energien auch auf dem Einsatz von regenerativ erzeugtem Wasserstoff.

Um die Nutzung des Energieträgers Wasserstoff möglichst früh zu ermöglichen, wollen wir dafür sorgen, dass in Hessen Pilotprojekte für die verschiedenen Schritte in der Prozesskette vom Erzeuger zur Endverbraucherin und zum Endverbraucher gefördert werden. Wir wollen deshalb Forschungs- und Pilotprojekte für

- die regenerative Erzeugung von Wasserstoff,
- die Speicherung von Wasserstoff,
- den Transport von Wasserstoff,
- die Distribution von Wasserstoff zum Endnutzer (z. B. zur Tankstelle).

Die hessischen Forschungseinrichtungen, Universitäten, Fachschulen und Unternehmen sollen aktiv an der Zukunft unserer Energieversorgung mitarbeiten und so Arbeitsplätze schaffen und sichern. Energieeffizienz und regenerative Energien müssen zum Lehr- und Forschungsprogramm der hessischen Hochschulen gehören. Sie müssen einen entsprechenden Stellenwert in der Lehrerausbildung erhalten.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Energieeffizienz muss auch zum Pflichtprogramm der naturwissenschaftlichen Fächer in den Schulen gehören – vor allem in den Berufsschulen und in der überbetrieblichen Ausbildung. Deshalb sind auch Überarbeitungen der entsprechenden Lehrpläne notwendig. Die modernen hessischen Fachschulen für Technik sollen in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieberatung weiter ausgebaut werden. Wir wollen mit dafür sorgen, dass auf diesen Feldern auch die entsprechenden Berufsbilder entstehen können.

Thema: Naturschutz, Wald und Jagd

Vielfalt und Artenreichtum aktiv schützen

Naturschutz- und Landschaftsschutz sind zentrale Anliegen GRÜNER Politik. Wir wollen die Weiterentwicklung der hessischen Natur- und Kulturlandschaften, verbunden mit dem Ziel, die Vielfalt der Natur, den Reichtum ihrer Arten und ihre unwiederbringliche Eigenart zu schützen. Uns leitet der Respekt vor dem Lebendigen und das Wissen, dass eine intakte Natur einen hohen Wert hat, der nicht in Zahlen gemessen werden kann.

Naturschutz als ganzheitliche Aufgabe

Wir werden das in der Bevölkerung vorhandene Bedürfnis nach Naturerlebnis und Erholung aufgreifen. Deshalb wollen wir den gesellschaftlichen Dialog zum Naturschutz intensivieren und einen besonderen Schwerpunkt bei der Umweltbildung setzen.

Naturschutz ist nicht zum Nulltarif zu haben. Deshalb werden wir neue Finanzierungsinstrumente für einen effektiven Natur- und Landschaftsschutz entwickeln. Dabei betrachten wir Naturschutzpolitik als Querschnittsaufgabe. Wir werden dafür sorgen, dass in allen Politikfeldern die Auswirkungen auf den Naturhaushalt künftig stärker berücksichtigt werden.

Gezielte Projekte des Naturschutzes und der Landschaftspflege können dazu beitragen, neue wohnortnahe Arbeitsplätze, insbesondere im ländlichen Raum, zu schaffen, wie das am Beispiel Biosphärenreservat deutlich geworden ist.

Ausweitung und Vernetzung bestehender Naturschutzgebiete

Die derzeit bestehenden Schutzgebiete können das Überleben vieler Arten auf Dauer nicht nachhaltig sichern, denn sie sind flächenmäßig zu klein und häufig von Nutzungsansprüchen überlagert. Wir wollen für eine Vergrößerung und vor allem Vernetzung der Schutzgebietsflächen sorgen. Diese müssen zusätzlich durch einen integrierten, flächendeckenden Natur- und Landschaftsschutz ergänzt werden.

Einführung von Vertragsnaturschutz

Wir wollen die gemeinsamen Interessen von Naturschützern und Landnutzern in Zukunft vermehrt herausarbeiten und deren Zusammenarbeit stärken. Wichtige Instrumente dafür sind der Vertragsnaturschutz und die effektivere Einbindung der Landschaftspflegeverbände. Gleichwohl gilt für uns, dass der Vertragsnaturschutz nicht

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

an erster Stelle stehen kann. Für uns ist unabdingbar, dass die Naturschutzbehörden die gesetzlichen Rahmenbedingungen vorgeben, innerhalb derer Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes vollzogen werden. Gesetzliche Vorgaben müssen im Sinne des Gemeinwohlinteresses gegebenenfalls auch gegen die Verweigerungshaltung Einzelner durchgesetzt werden.

Zusätzliche, konkrete Naturschutz-Maßnahmen

Die Novellierung des Hessischen Naturschutzrechtes durch die schwarz-gelbe Regierung leitet den Ausverkauf des Naturschutzes in Hessen ein. Unter GRÜNER Regierungsverantwortung werden wir dafür sorgen, dass die drastischen Verschlechterungen zurückgenommen werden und der Naturschutz den ihm gebührenden Stellenwert in Hessen erhält. Wir werden dafür sorgen, dass die folgenden Vorhaben realisiert werden:

- konsequente Umsetzung des neuen, von der GRÜN-roten Bundesregierung erfolgreich geänderten Bundesnaturschutzrechts,
- sofortige Ausweisung eines Buchenwald-Nationalparks Kellerwald am Edersee und Entwicklung seines Umfeldes als Modellregion für naturverträgliche Landnutzung und sanften Tourismus,
- Entwicklung und Umsetzung eines landesweiten Biotopverbundsystems von mindestens zehn Prozent der Landesfläche auf der Grundlage funktionaler und räumlicher Zusammenhänge,
- zügige Meldung aller geeigneter Flächen für das Europäische Schutzsystem NATURA 2000 und konsequente Umsetzung der europäischen Richtlinien (Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie, Vogelschutzrichtlinie),
- Entwicklung und Umsetzung flächendeckender Arten- und Biotopschutzprogramme auf der Grundlage der unbedingt weiterzuführenden Hessischen Biotopkartierung und verschiedener Artenkartierungen,
- Entwicklung eines Naturerlebnisgebietes Rhein-Main,
- konsequente Weiterentwicklung des Regionalparks im Ballungsraum Rhein-Main-Gebiet,
- Förderung von Maßnahmen, die dem Erhalt des natürlichen Wasserkreislaufes, der Einsparung von Trinkwasser und dem Schutz der Wasser-Ressourcen dienen, sowie Einführung der Gewässerschutzabgabe,
- Einführung einer Umwelt-Landeslotterie, aus deren Einnahmen zusätzliche Naturschutzprojekte finanziert werden,
- Einrichtung eines unabhängigen Naturschutz-Fonds,
- Einrichtung einer eigenständigen Landesanstalt für Naturschutz und Landschaftspflege,

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

- Überprüfung der Ausgleichsabgabe-Verordnung,
- verstärkter Ankauf von Flächen in Wasserschutzgebieten,
- Evaluation der Auswirkungen der Verwaltungsreform aus 2001 in den Naturschutzbehörden mit externer Unterstützung und Start eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses.

Ökologische Waldbewirtschaftung

Für GRÜNE Politik sind Erhalt und Schutz der Wälder vorrangige Anliegen. Nur ein gesunder, naturnaher und strukturreicher Wald ist in der Lage, seine vielfältigen ökologischen und ökonomischen Funktionen nachhaltig zu erbringen. Wir orientieren uns dabei an den Grundprinzipien einer ökologischen Waldbewirtschaftung und nicht an kurzfristigen, einseitig am finanziellen Ertrag orientierten Bewirtschaftungsmethoden.

Holz ist einer der wichtigsten nachwachsenden Rohstoffe, der regional zur Verfügung steht. Die schonende Nutzung von Holz ist deshalb von großer wirtschaftlicher und strukturpolitischer Bedeutung. Notwendige Holznutzungen sollten dabei so wenig wie möglich ins Ökosystem des Waldes eingreifen.

Wir werden in der politischen Verantwortung für die sofortige Ausweisung eines Buchenwald-Nationalparks Kellerwald sorgen.

Darüber hinaus wollen wir die folgenden Maßnahmen und Ziele für die Waldwirtschaft in Hessen angehen:

- Ausweitung der von Bündnis 90/DIE GRÜNEN für den Staatsforst durchgesetzten naturgemäßen Waldwirtschaft auf die gesamte Fläche des in öffentlichem Eigentum stehenden Waldes,
- Sicherstellung ökologischer und sozialer Standards einer naturgemäßen Waldwirtschaft insbesondere im Staatswald. Der Staatswald soll nach den Kriterien des *Forest Stewardship Councils* (FSC) zertifiziert werden. Das FSC-Gütesiegel garantiert eine kontrolliert umweltgerechte und sozial verträgliche Waldbewirtschaftung.
- Sicherung der bestehenden Waldfläche und Erhalt aller ausgewiesenen Bannwälder, insbesondere in Ballungsräumen (z. B. in der Nähe des Flughafens Frankfurt),
- Entwicklung und Umsetzung von Naturschutzstrategien im Wald, u. a. durch Ausweisung von repräsentativen und ausreichend großen Prozessschutzflächen und Einrichtung von großflächigen Waldschutzgebieten,
- Anpassung der rechtlichen Vorschriften an die Ziele der ökologischen Waldwirtschaft (z. B. Forsteinrichtungs-Anweisung),
- Evaluation der Auswirkungen der Verwaltungsreform aus 2001 in der Forstverwaltung und im Landesbetrieb „Hessen Forst“ mit externer Unterstützung und Start eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses.

Maßnahmen und Ziele für die Jagd in Hessen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN lehnen eine einseitig auf Trophäen ausgerichtete Jagd ab und fordern stattdessen, die Bejagung an ökologischen Kriterien auszurichten, die auch Aspekte des Tierschutzes berücksichtigen. Schon in der Ausbildung ist hierauf verstärkt Wert zu legen.

Die derzeitige Form der Jagdausübung ist für uns nicht akzeptabel. Bei der Novellierung des Jagdgesetzes hat die CDU-geführte Landesregierung einseitig die Interessen der Jägerlobby vertreten und erhebliche Verschlechterungen für die Tiere durchgesetzt. Wir werden uns auch weiterhin für ein Abschussverbot von Haustieren und ein Verbot der Fallenjagd einsetzen. Auch lehnen wir die Jagd in Naturschutzgebieten sowie die in Hessen erlaubte Jagd auf Krähen und Elstern und auf Kormorane ab. Das Verbot der Jagdhundeausbildung an lebenden Enten und Füchsen war ein Erfolg unserer tierschutzpolitischen Arbeit. Wir wollen auch in Zukunft verhindern, dass Jagdhunde zu Ausbildungszwecken an lebenden Tieren abgerichtet werden. Des weiteren fordern wir

- eine Anpassung der Schalenwildbestände an die Anforderungen der naturgemäßen Waldwirtschaft,
- den Schutz bejagbarer Tiere während der Brut-, Setz- und Aufzuchtzeiten im Zuge einer Modifizierung der Jagdzeiten,
- keine Bejagung von Arten der „Roten Listen bestandsgefährdeter Tiere“,
- das Verbot der Fallenjagd,
- ein Verbot der Wildfütterung,
- die Verlängerung des Jagdscheines nur bei Nachweis einer ausreichenden Treffsicherheit sowie eine Bundesratsinitiative für eine bundeseinheitliche Regelung,
- die Überprüfung der jagdgesetzlichen Regelungen hinsichtlich der Einhaltung ökologischer Standards und Möglichkeiten der Deregulierung.

Thema:

Verbraucherschutz in der Ernährungspolitik, Landwirtschaft, ländlicher Raum, Tierschutz

Nachhaltige Landwirtschaft verbessert den Verbraucherschutz

Eine ökologisch ausgerichtete, nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft bietet die beste Voraussetzung für gute, gesundheitlich unbedenkliche und schmackhafte Lebensmittel. Wir werden deshalb alles dafür tun, um die Umorientierung von Verbraucherschutz und Agrarpolitik von der Masse zur Klasse auch in Hessen voranzubringen.

Verbraucherinnen und Verbraucher müssen auf Qualität und gesundheitliche Unbedenklichkeit landwirtschaftlicher Produkte vertrauen können. Ein solches Vertrauen schafft auch Sicherheit für Bäuerinnen und Bauern. Gesundheitsgefährdende Stoffe wie Antibiotika und Hormone haben in Nahrungsmitteln nichts zu suchen.

Qualitätssiegel und eine lückenlose Etikettierung und Kontrolle über die gesamte Lebensmittelherstellungskette vom Stall bis zur Ladentheke müssen Transparenz sicherstellen. Regional erzeugte Lebensmittel sind für uns erste Wahl.

Wir wollen dafür sorgen, dass auch die konventionelle Landwirtschaft umwelt- und tierverträglicher wird. Die Agrarfördermittel des Landes Hessen sollen so ausgegeben werden, dass sie zu fairen Wettbewerbsbedingungen im Sinne einer verbraucher- und umweltorientierten Qualitätsproduktion beitragen. Wir wollen artgerechte Tierhaltung zur Grundlage der Stallförderung machen und Schlachttiertransporte auf vier Stunden begrenzen.

Landwirtschaft und Naturschutz haben nur gemeinsam eine gute Zukunft. Extensive Landwirtschaft erhält die traditionellen Kulturlandschaften und schützt die Artenvielfalt. Umwelt- und Naturschutzleistungen der Landwirte müssen angemessen entlohnt werden.

Der ökologische Landbau ist zukunftsfähig, weil er die Erzeugung gesunder Lebensmittel mit dem Schutz der natürlichen Ressourcen und artgerechten Tierhaltungsformen verbindet.

Wir setzen uns für den Erhalt einer möglichst großen Zahl von bewirtschafteten Höfen ein, um unsere Kulturlandschaft und einen lebendigen ländlichen Raum zu erhalten. Das alles kann aber nur gelingen, wenn die Zahl der in Hessen landwirtschaftlich Beschäftigten erhalten bleibt. Deshalb wollen wir den Anteil der Erzeuger an der

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Wertschöpfung der Lebensmittel erhöhen, ihre Vermarktungsposition stärken und damit ihre Erlöse vergrößern.

Ressourcen schonendes und regionales Wirtschaften braucht landwirtschaftliche Nutzflächen. Der in den letzten Jahrzehnten weiter andauernde Flächenverbrauch durch Infrastrukturmaßnahmen, Gewerbe- und Wohnbaugebiete entzieht dem Naturhaushalt wertvolle Böden und damit der Landwirtschaft, vor allem in den dichter besiedelten Regionen des Landes, zunehmend die Produktionsgrundlage. Deshalb verbinden wir Naturschutz- und Agrarpolitik, damit wir landwirtschaftliche Nutzflächen vor Zerstörung schützen und Erwerbsmöglichkeiten erhalten können. Wichtigstes Ziel ist auch hier, den zunehmenden Flächenverbrauch von sechs Hektar pro Tag zu verringern.

Die neue Landwirtschaft – Agrarwende in Hessen umsetzen

Verbraucher und Landwirte in Hessen haben ein Recht darauf, dass die Vorgaben der Agrarwende auch in Hessen umgesetzt werden und die Blockade durch die schwarzgelbe Landesregierung beseitigt wird.

Wir werden Hessen zum Vorbild bei der Agrarwende machen.

Wir wollen z. B. die durch die Neuausrichtung der Gemeinschaftsaufgabe für Agrarstruktur und Küstenschutz verbesserten Rahmenbedingungen für Hessen nutzen. Wir werden dafür sorgen, dass die mit der Abschaffung der Käfighaltung für Legehennen verbundenen Fortschritte für den Tierschutz durch bessere Verbraucheraufklärung und eine entsprechende Kennzeichnung von Freiland- und Käfigeiern auch in Hessen voll zum Tragen kommen. Wir werden dafür sorgen, dass die von der Bundesregierung geplanten Verbesserungen der Haltungsbedingungen für Kälber, Schweine und Rinder in Hessen zukünftig nicht mehr blockiert, sondern konsequent umgesetzt werden.

Aufklärung und Kennzeichnungspflicht

Künftig müssen die Konsumenten immer sofort erkennen können, woher ein Produkt stammt und unter welchen Umwelt-, Tierschutz- und sozialen Standards dieses Produkt produziert wurde. Hier leisten Verbraucherschutzorganisationen einen wichtigen Beitrag, der von der derzeitigen Landesregierung viel zu wenig anerkannt wird. Wir werden dafür sorgen, dass diese Organisationen wieder den ihnen zukommenden Stellenwert erhalten, und die Zusammenarbeit mit ihnen intensivieren. Dabei kommt der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Aufklärung zu Fragen von Gesundheit und Ernährung eine besondere Bedeutung zu.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Deshalb muss Hessen die Verbraucherinformation erheblich verbessern und behördliche Kontrollen und Qualitätssicherungssysteme schaffen, die Verbraucherinnen und Verbrauchern die Gewähr bieten, nur die Lebensmittel zu kaufen, die sie wirklich essen wollen, und den Erzeugern regionale Absatzmöglichkeiten sichern.

Chancen für die kleinflächig strukturierte Landwirtschaft

Für den wirtschaftlichen Erfolg der eher kleinflächig strukturierten hessischen Landwirtschaft wird es künftig noch wichtiger werden, dass sie sich zusätzliche Einkommensquellen erschließen kann. Die existierenden staatlichen Förderprogramme im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe und erneuerbarer Energien, besonders die Verwendung von Biogas oder die Förderung von Anlagen für Holzhackschnitzel, bieten dafür gute Chancen. Wir werden dafür sorgen, dass die Landwirte in Hessen diese Chancen auch voll nutzen können.

Förderprogramm für den ökologischen Landbau

Der ökologische Landbau schont die natürlichen Ressourcen, erhält die Kulturlandschaft und verbraucht weniger Energie als andere Produktionsweisen. Deshalb war und ist der ökologische Landbau unser Leitbild.

Als Konsequenz daraus werden wir in der politischen Verantwortung einen Aktionsplan zur Förderung des ökologischen Landbaus umsetzen. Dazu gehören die folgenden Eckpunkte:

- Die Prämien für den ökologischen Landbau müssen in Anpassung an die Nachbarländer erhöht werden, um Wettbewerbsnachteile hessischer Landwirte zu vermeiden und Anreize zur Umstellung zu bieten.
- Unterstützung und Umsetzung der positiven Vorgaben der Bundesregierung zur Weiterentwicklung des ökologischen Landbaus und Aufhebung der Blockadehaltung der jetzigen Landesregierung.
- Der ökologische Landbau wird zum Leitbild erklärt, die zielgerichtete und kontinuierliche Weiterentwicklung der ökologischen Landwirtschaft erhält höchste Priorität.
- Förderung der Vermarktung durch eine Informations- und Imagekampagne für ökologisch erzeugte Produkte.
- Verwendung von Ökoprodukten in landeseigenen Kantinen.
- Aushandeln von Selbstverpflichtungen mit Großverbraucherinnen und Großverbrauchern über die bevorzugte Abnahme von Produkten des Ökolandbaus.
- Regelmäßige Durchführung hessischer Aktionstage.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

- Verbraucheraufklärung (Schwerpunkt Kinder und Jugendliche) zur Herkunft und Qualität ökologisch und regional erzeugter Produkte und zur gesunden Ernährung.
- Aufbau einer effizienten Beratungsstruktur für ökologisch wirtschaftende Betriebe in Hessen.
- Umstellung der hessischen Staatsdomänen auf ökologischen Landbau, um deren Vorbildfunktion gerecht zu werden.
- Überarbeitung der Ausbildungsinhalte der landwirtschaftlichen Berufsausbildung, um alle landwirtschaftlichen Auszubildenden stärker an die Anforderungen nachhaltiger sowie ökologischer Landwirtschaft heranzuführen.

Selbstverständlich unterstützen wir auch andere Formen umweltfreundlicher Landwirtschaft. Die Suche nach neuen Wegen der regionalen Vermarktung werden wir nach Kräften vorantreiben. Gesunde, hochwertige ökologisch erzeugte Nahrungsmittel haben ihren Preis, weil damit der höhere Einsatz von Arbeit bezahlt wird, den umweltfreundlichere Produktionsverfahren mit sich bringen. Wir wollen die regionalen Wirtschaftskreisläufe durch eine umweltverträgliche und regional ausgerichtete Landwirtschaft stärken.

Wir werden uns für die Weiterentwicklung der Standards und die Akzeptanz des hessischen Gütesiegels bei den Erzeugern einsetzen. Auch die Verbraucheraufklärung wollen wir deutlich verbessern, um den Bekanntheitsgrad des hessischen Gütesiegels und die Verbrauchernachfrage deutlich zu erhöhen.

Nahrung aus dem Genlabor: Nein, danke!

Bündnis 90/DIE GRÜNEN lehnen Nahrungsmittel aus dem Genlabor ab. Der Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen in der Landwirtschaft nutzt weder den Landwirten noch den Verbraucherinnen und Verbrauchern, sondern nur den großen Lebensmittelkonzernen. Gentechnik in der Landwirtschaft erhöht nicht nur die Abhängigkeit der Bauern von der Agroindustrie und reduziert die Sortenvielfalt, sondern stellt auch eine Gefährdung für den ökologischen Landbau dar. Gleichzeitig sind die ökologischen und gesundheitlichen Risiken gentechnischer Tier- und Pflanzenproduktion längst nicht geklärt. Die Förderung des ökologischen Landbaus ist auch ein Beitrag zur gentechnikfreien Erzeugung von Lebensmitteln.

Wir wollen eine strikte Trennung von gentechnisch veränderter und gentechnikfreier Produktion. Wir treten für eine lückenlose, klare und streng kontrollierte Kennzeichnung und die entsprechende Verbraucheraufklärung ein, damit die Konsumentinnen und Konsumenten beim Kauf eine bewusste Entscheidung treffen können.

Aktive ländliche Regionen

Für uns ist die Stärkung der ländlichen Räume in Hessen und die Förderung ihrer Identität eine zentrale Aufgabe. Deshalb ist es ein vorrangiges Ziel unserer Politik, die Entwicklung des ländlichen Raums als eigenständigen Lebens- und Wirtschaftsraum zu unterstützen. Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen zur Stärkung der ländlichen Regionen das „Dorferneuerungsprogramm“ weiterführen und weiterentwickeln.

Die Menschen dürfen sich nicht von der schnellen Entwicklung der Ballungsräume abgehängt fühlen. Dabei wollen wir die Erfahrungen, die im Biosphärenreservat Rhön seit mehr als einem Jahrzehnt gemacht worden sind, nutzen und weiterentwickeln.

Wir wollen dazu beitragen, dass die Ressourcen des ländlichen Raums wie Naturschutz und Landschaftspflege, sanfter Tourismus, regenerative Energien u. a. besser vernetzt werden können. Die vorhandenen Fördermaßnahmen müssen sinnvoll miteinander kombiniert werden und aufeinander aufbauen. Der Entwicklungsplan „ländlicher Raum“ der derzeitigen CDU/FDP-Regierung bietet kein zukunftsfähiges Konzept, da viele Maßnahmen nebeneinander herlaufen statt aufeinander aufzubauen.

Wir werden Initiativen unterstützen, die die kulturelle Vielfalt und das Sozialgefüge auf dem Lande stärken. Wir wollen wohnstättennahe Arbeitsplätze.

Wir wollen den Ausbau der regionalen Wertschöpfung. Deshalb müssen kleingewerbliche Unternehmen aus Handwerk, Dienstleistung, Handel und Industrie, aber auch Land- und Forstwirtschaft als Basis für Wirtschaften im ländlichen Raum genutzt werden. Zur ländlichen Regionalentwicklung gehört auch der Dialog zwischen Land und Stadt und Erzeugern und Verbrauchern. Kurze Wege halten die Wertschöpfung bei Erzeugerinnen und Erzeugern, garantieren Frische und vermeiden unnötigen Energieverbrauch.

Regional- und Landwirtschaftsverwaltung erneuern

Die CDU/FDP-Landesregierung hat die als beispielhaft geltende integrierte Regional- und Landwirtschaftsverwaltung des Landes Hessen in einem beispiellosen Akt der Ignoranz und des Dilettantismus Anfang 2001 zerschlagen. Eine Vielzahl nicht mehr koordinierbarer Behörden wurde ohne Konzept geschaffen. Daraus resultierten auch Unübersichtlichkeiten und Personalmangel in finanzierungsrelevanten Bereichen, was, wie Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Herbst 2001 nachgewiesen haben, bereits zu Verlusten von EU-Fördermitteln geführt hat. Damals wurde bekannt, dass den hessischen Bäuerinnen und Bauern und dem ländlichen Raum ca. 30 Mio. DM (davon

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

15 Mio. DM EU-Mittel) nicht zur Verfügung standen, da die EU-Mittel mangels Projektakquisition und Personal nicht genutzt werden konnten.

Allein schon aus finanziellen Gründen, wie an diesem Beispiel ersichtlich, vor allem aber in Sinne erfolgversprechender Regionalentwicklung und wegen der hohen Bedeutung des Verbraucherschutzes setzen sich Bündnis 90/DIE GRÜNEN für eine sinnvolle Vernetzung der unterschiedlichen Verwaltungen bis hin zu den Ministerien ein.

Das betrifft die Zuständigkeiten für Umwelt, Landwirtschaft, Naturschutz, Forsten und Landesentwicklung sowie die Bereiche Verbraucherschutz, Lebensmittelüberwachung, Tierschutz und Veterinärwesen.

An allen Gremien der Agrarverwaltung, -beratung und, soweit möglich, der berufsständischen Vertretung werden die Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutzverbände beteiligt, um den Dialog zwischen diesen Gruppen zu verbessern.

Engagement auf höheren Ebenen in Brüssel und Berlin

Die hessischen GRÜNEN werden sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Ausgleichszahlungen der Europäischen Union nach sozialen Kriterien gestaffelt und ökologisch und ausgestaltet werden, wie es das von der EU angebotene Verfahren der „Modulation“ ermöglicht. Zwischen den Bundesländern und EU-Staaten sollen die Beihilfen vereinheitlicht werden, um weiteren Wettbewerbsverzerrungen vorzubeugen.

Wir werden uns dafür stark machen, dass bei der Fortsetzung der Reform der EU-Strukturfonds die Förderung des ländlichen Raums in Hessen erhalten bleibt, um weiterhin ganzheitliche regionale Entwicklungskonzepte voranbringen zu können.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden sich außerdem für eine europäische Abgabe auf mineralischen Stickstoff und chemisch-synthetische Pflanzenschutzmitteln einsetzen.

Wir werden eine weitere Verstärkung des Tierschutzes bei der Haltung von Nutztieren fordern und durchsetzen, wie es die GRÜN-rote Bundesregierung bei der Legehennenverordnung im Herbst 2001 bereits vorgemacht hat. Auch für die Haltung von Kälbern, Mastrindern und Schweinen werden höhere gesetzliche Standards geschaffen.

Auf der Bundesebene werden sich die hessischen GRÜNEN für folgende Ziele einsetzen:

- Das Absatzfondgesetz als rechtliche und finanzielle Basis der CMA (Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft mbH) soll so überarbeitet werden, dass die Förderung regionaler und ökologisch erzeugter Produkte sowie der Aufklärung der Verbraucher Vorrang eingeräumt wird.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

- Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ wird weiterentwickelt im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes.
- Alle Förderungsprogramme sollen sich auch an Umwelt- und Tierschutzkriterien ausrichten.
- Wir setzen uns entschieden für die Abschaffung von Exportsubventionen für Lebeltiertransporte ein und fordern ein Verbot von Schlachtiertransporten, die länger als vier Stunden dauern.
- Nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit soll als Förderungsvoraussetzung die Futtergrundlage zu über 50 Prozent vom eigenen Betrieb stammen.
- In Forschung und Lehre werden finanzielle und personelle Impulse zu einem Paradigmenwechsel hin zum ökologischen Landbau gegeben.
- Wir wollen, dass die Behörden das Recht und auch die Pflicht haben, regelmäßig öffentlich über ihre Arbeit und Kontrollergebnisse zu berichten und über Verstöße gegen Rechtsvorschriften zu informieren.

Tierschutz – ethische Verantwortung ist unteilbar

Eine ökologisch und gewaltfrei ausgerichtete Politik muss auch die Verantwortung für Tiere umfassen. Ethik ist unteilbar, Mensch, Tier und Natur stehen in einem untrennbaren Lebenszusammenhang. Tiere sind keine Rohstoffquellen des Menschen, sondern schmerzempfindliche, leidensfähige Mitlebewesen.

Die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN setzt sich seit Jahren für grundlegende Verbesserungen im Bereich des Tierschutzes ein.

Tierversuche drastisch reduzieren – Alternativen fördern

Nach jahrelanger Verweigerung hat die CDU erst vor kurzem der GRÜNEN Forderung nach Aufnahme des Tierschutzes als Staatsziel ins Grundgesetz zugestimmt und ihren Widerstand dagegen aufgegeben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auf dieser verbesserten verfassungsrechtlichen Grundlage die Zahl der Tierversuche in Hessen, insbesondere in Forschung und Lehre, weiter reduziert wird.

Studierenden ist ein Rechtsanspruch auf Alternativen zu Tierversuchen einzuräumen. Studiengänge sind künftig so zu gestalten, dass keine Tiere mehr verwendet werden, wenn wissenschaftlich anerkannte alternative Methoden zur Verfügung stehen.

Das Klonen von Tieren, gentechnische Manipulationen, Patente auf Leben und Xenotransplantation lehnen wir grundsätzlich ab.

Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Hunden

Die von der GRÜN-roten Landesregierung 1997 erlassene Hundeverordnung war, einen konsequenten Vollzug vorausgesetzt, eine ausreichende und von Fachleuten anerkannte Rechtsgrundlage, um einen effektiven Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Hunden zu gewährleisten. Die überhastet erlassenen und populistischen Kampfhundeverordnungen der Landesregierung haben bislang lediglich zu einem Chaos in den Kommunen und zu Verunsicherungen und Diskriminierungen verantwortungsvoller Hundehalter und ihrer Familien geführt. Das organisierte Hundekampfmilieu blieb weitgehend unbehelligt. Die Tierheime sind überfüllt mit so genannten Listenhunden, die kaum eine Chance auf eine Vermittlung haben. Die Hundeverordnungen des Hessischen Innenministers lehnen wir ab, da sie im Wesentlichen auf Rasselisten basieren, die jeglicher wissenschaftlichen Grundlage entbehren. Mehrere wissenschaftliche Gutachten, darunter auch das Qualzuchtgutachten der Bundesregierung, belegen, dass es keine gefährlichen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Hunderassen gibt. Vielmehr können innerhalb jeder Hunderasse gefährliche bzw. übersteigert aggressive Individuen oder Zuchtlinien auftreten. Ein optimaler Schutz der Bevölkerung lässt sich nicht mit Rasselisten erreichen; vielmehr muss die Gefährlichkeit eines Hundes aufgrund rasseneutraler Kriterien festgelegt werden, wie auch in der Verordnung von 1997. Wir treten dafür ein, Hundehalterinnen und Hundehalter unabhängig von der Hunderasse zu verpflichten, eine Hundehaftpflichtversicherung abzuschließen.

Thema: Flughafen Frankfurt und Luftverkehr

Mobilität sichern, Belastung für Mensch und Umwelt verringern

Der Luftverkehr hat in den vergangenen Jahren dramatisch zugenommen und gilt trotz einiger Turbulenzen weiterhin als Wachstumsbranche. Internationale Wirtschaftsbeziehungen fördern die Nachfrage nach Fernreisen ebenso wie der Tourismus. Dabei werden die negativen Umweltauswirkungen und die Belastungen des Flugverkehrs für die Menschen oft übersehen. Gerade im Luftverkehr gilt für uns das Ziel, Mobilität zu sichern, gleichzeitig aber die Belastungen für Mensch und Umwelt möglichst gering zu halten.

Alternativen zum Flugverkehr stärken

Durch die Entwicklung des Hochgeschwindigkeitsnetzes der Eisenbahn entstehen derzeit bessere Alternativen zum Fliegen in Europa. Diese müssen verstärkt genutzt werden, damit der Flugverkehr auf den Kurzstrecken deutlich reduziert werden kann. Wir brauchen attraktive Angebote, die vom Preis, von der Reisezeit und vom Komfort her mit dem Flugverkehr konkurrieren können.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN lehnen einen Ausbau des Verkehrslandeplatzes Kassel-Calden zum Flughafen ab und setzen sich stattdessen dafür ein, aus Mitteln der Zukunftsoffensive das Geld für eine notwendige Sanierung bereitzustellen, um den Flugplatz für die regionale Wirtschaft zu erhalten. Ein Ausbau für den Charterverkehr würde der Region Nordhessen wirtschaftlich mehr Belastung als Nutzen bringen und neben immensen Investitionskosten auch ein beträchtliches Folgekostenrisiko bergen.

Wir wenden uns entschieden gegen den Ausbau des Flugplatzes Egelsbach, der den Süden der Rhein-Main-Region zusätzlich belastet. Die dadurch mögliche Verlagerung von kleineren Flugzeugen dient allein der Kapazitätserweiterung des Flughafens Frankfurt.

Flughafen Frankfurt: Eindeutige Ablehnung des Ausbaus

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen wissen um die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens Frankfurt und wollen diese erhalten und nachhaltig sichern. Das setzt aber ein Miteinander mit den Menschen in der Region voraus. Im dicht besiedelten Rhein-Main-Gebiet sind die Grenzen des ökologisch vertretbaren Wachstums längst erreicht. Eine Reduzierung der Belastung für die Menschen ist dringend notwendig. Durch die neueren Erkenntnisse der Lärmwirkungsforschung wissen wir, dass die Gefahren der

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Gesundheitsschädigung durch Fluglärm bislang unterschätzt wurden. Deshalb kommt ein weiterer Ausbau des Flughafens inmitten eines dicht besiedelten Ballungsraumes nicht in Betracht.

Wir fordern von der Bundespolitik eine umgehende Novellierung des Fluglärmsgesetzes. Wir brauchen endlich einen wirksamen Schutz vor Fluglärm.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen lehnen eine Erweiterung des Flughafens Frankfurt ab. Dies gilt sowohl für eine Verschiebung der vorhandenen und den Bau weiterer Bahnen als auch für den Bau eines dritten Terminals.

Mit dieser Haltung stehen wir in Übereinstimmung mit einer großen Zahl von Städten und Gemeinden rund um den Flughafen. Wir unterstützen die mehr als 45.000 Bürgerinnen und Bürger der Region, die im Raumordnungsverfahren Einwendungen gemacht haben.

Bei einer Verwirklichung der Pläne der Fraport würden weite Bereiche in der Umgebung des Flughafens als Lebensräume zerstört. Mehr als 300 Hektar Waldfläche wären vernichtet, bestehende wie geplante Wohngebiete durch Fluglärm nicht mehr oder nur noch eingeschränkt nutzbar. Die Belastungen durch den Zubringerverkehr würden weiter steigen.

Verringerte Lebensqualität schadet dem Standort

Der Ausbau wäre auch ökonomisch mit großen Risiken verbunden. Es ist zweifelhaft, ob die verheißenen Arbeitsplätze am Flughafen wirklich entstehen würden. Mit einer Verschlechterung der Umweltbedingungen im Rhein-Main-Gebiet würden zugleich auch Arbeitsplatzverluste drohen. Gerade deswegen setzen wir uns für eine Begrenzung der Kapazitäten am Flughafen Frankfurt ein, damit die Region nicht zu einem Flughafenumfeld verödet.

Alternativen zum Ausbau

Die Zukunft des Flughafens Frankfurt als „Tor zur Welt“ und als Wirtschaftsfaktor kann nicht durch weitere Expansion mitten im dicht besiedelten Ballungsraum gesichert werden. Vielmehr muss die Kooperation mit anderen, bereits bestehenden Flughäfen gesucht werden. Mit Milliardenaufwand ist die ICE-Strecke zwischen Köln und Frankfurt gebaut worden. Es wäre wirtschaftlich unsinnig, die freien Kapazitäten des Flughafens Köln-Bonn nicht zu nutzen und gleichzeitig in Frankfurt neue Kapazitäten aufzubauen. Auch die Nutzung des Flugplatzes Hahn im Hunsrück für den

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Passagierverkehr könnte Frankfurt erheblich entlasten. Dazu ist der Ausbau einer schnellen und komfortablen Schienenverbindung erforderlich.

Die Nachtruhe der Menschen schützen

Die bisher am Flughafen Frankfurt bestehenden Nachtflugbeschränkungen haben sich für einen effektiven Schutz der Nachtruhe der Menschen als völlig unzureichend erwiesen. Wir wollen deshalb unverzüglich eine nächtliche Betriebsruhe zwischen 22 Uhr und 6 Uhr durchsetzen. Diese Forderung gilt ohne jedes Wenn und Aber. Auf Initiative von Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat der Hessische Landtag bereits im Mai 2000 einstimmig beschlossen:

„Nach den Erkenntnissen aus dem ‚Frankfurter Mediationsverfahren‘ und aus der Expertenanhörung des Hessischen Landtags zum Flughafen Frankfurt müssen insbesondere die bereits bestehenden Lärmbelastungen der Bevölkerung reduziert werden. Der Hessische Landtag hält deshalb die Einführung eines Nachtflugverbots für unbedingt erforderlich.“

Wir sehen in der von den Ausbaubefürwortern immer wieder behaupteten Verknüpfung zwischen Nachtflugverbot und Ausbau eine politische Nötigung der Bürgerinnen und Bürger, damit sie dem Ausbau zustimmen. Dies zeigt, dass es CDU und FDP in Hessen nicht um die Nachtruhe der Menschen geht, sondern um die Verwirklichung des Ausbaus. Die Forderungen der derzeitigen Landesregierung nach einer bundes- bzw. europaweiten Regelung zielen letztlich darauf ab, den Ausbau auch bei Beibehaltung der Nachtflüge zu ermöglichen, ohne dafür die Verantwortung übernehmen zu müssen.

Für uns ist die Verhinderung des Flughafenausbaus ein politisches Ziel von höchster Bedeutung und nicht nur ein bloßes Wahlversprechen. Es wird auch nach der Landtagswahl Maßstab unseres politischen Handelns sein. Wir werden nur eine Politik mitverantworten, die sich dieses Ziel setzt.

Deshalb ist allein eine Stimme für Liste 3 Bündnis 90/DIE GRÜNEN eine Stimme gegen den Bau einer weiteren Bahn am Flughafen Frankfurt, egal in welcher Variante, und damit eine Stimme für den Erhalt der Lebensqualität in der Region.

Je stärker wir im Landtag werden, desto sicherer erreichen wir dieses Ziel.

Thema: Verkehr

Ein ganzheitliches Verkehrskonzept

Eine dauerhaft zukunftsfähige, also nachhaltige Verkehrspolitik muss sich darauf konzentrieren, negative Folgen des jetzigen Verkehrssystems zu vermeiden, ohne die Funktion des Verkehrs für Wirtschaft und Gesellschaft in Frage zu stellen.

GRÜNE Verkehrspolitik will dem Mobilitätsbedürfnis der Menschen entsprechen und dabei die Umwelt so weit wie irgend möglich schonen. GRÜNE Verkehrspolitik ist Bestandteil eines ganzheitlichen Mobilitätskonzepts. Dabei beachten wir, dass Verkehr die Basis einer arbeitsteiligen Wirtschaft und Gesellschaft darstellt. Mobilität ist für die meisten Menschen – auch für uns – ein Stück Lebensqualität. Sie verbindet Menschen und ermöglicht eine große persönliche Freiheit.

Vernetzung der Verkehrsträger und Mobilitätsmanagement

Zukunftsfähige Verkehrspolitik muss das Ziel verfolgen, die verschiedenen Verkehrsträger intelligent miteinander zu vernetzen. Dabei müssen die jeweiligen Stärken der einzelnen Verkehrsträger optimal genutzt werden. Der Umweltverbund aus Gehen, Radfahren und öffentlichem Verkehr soll eine stärkere Rolle übernehmen. Das Rückgrat bildet dabei der öffentliche Verkehr, dessen Attraktivität wir verbessern wollen.

Intelligentes Mobilitätsmanagement kann Belastungen senken und Verkehrsprobleme beheben. Die Information der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer und die Lenkung der Verkehrsströme durch elektronische Medien können dafür sorgen, dass wachsendes Verkehrsaufkommen besser auf die vorhandenen Kapazitäten verteilt wird.

Mobilitätsmanagement ersetzt jedoch keine Politik. Politische Rahmensetzungen, z. B. die großflächige Aufwertung der Innenstädte durch Verkehrsberuhigung, müssen dafür sorgen, dass öffentlicher Verkehr nicht nur zum Überlaufventil für Zeiten degradiert wird, wenn auf der Straße nichts mehr geht.

Fußgänger und Radfahrer unterstützen

Unser Ziel ist die menschengerechte, nicht die autogerechte Stadt. Deshalb wollen wir Gehen und Radfahren gezielt fördern.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Wir wollen

- eine Offensive für Aufenthaltsqualität und Bequemlichkeit in unseren Städten, und zwar durch komfortable Fußgänger- bzw. Radfahrerachsen, sowie die attraktive Gestaltung des Umfeldes mit dem Ziel einer besseren Aufenthaltsqualität und Bequemlichkeit. Umwege und Barrieren müssen abgebaut, Aufenthaltsflächen zurückgewonnen werden. Die Einrichtung von Fußgängerzonen und Spielstraßen muss erleichtert werden.
- Modellversuche zur großflächigen Verkehrsberuhigung durchführen und die Ergebnisse den Kommunen zur Verfügung stellen.
- eine Offensive „Mobilität ohne Auto“. Wer sich aus guten Gründen für ein Leben ohne Auto entscheidet oder sich finanziell ein Auto nicht leisten kann, dem soll ein gleichwertiges Mobilitätsangebot gemacht werden. Hier hat die Entfernungspauschale der Bundesregierung endlich ein Stück Gleichheit zwischen den Verkehrsmitteln geschaffen. Wir wollen die Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln – wie in der GRÜN-roten Regierungszeit in Hessen bereits begonnen – weiter offensiv fördern.
- Bemühungen zur Schaffung von Wohngebieten ohne Autoverkehr, Initiativen, die „Freizeit ohne Auto“ ermöglichen, sowie regionale Tourismuskonzepte, die eine sanfte Mobilität integrieren, unterstützen.
- eine Offensive für mehr Spaß und Gesundheit. Dazu wollen wir Sport-, Umwelt- und Verkehrsverbände sowie Organisationen des Gesundheitswesens an einen Tisch bringen, um gemeinsam für mehr Lebensqualität durch mehr Gehen und Radfahren zu werben.
- eine Offensive für mehr Sicherheit. Alle vorgenannten Maßnahmen dienen bereits der subjektiven und objektiven Sicherheit; die durch die Bundesregierung verbesserten Möglichkeiten zur Verkehrsberuhigung sind ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Flächendeckend Tempo 30 innerorts bleibt gerade aus Gründen der Verkehrssicherheit ein notwendiges Ziel.
- die Förderinstrumente des Landes so umgestalten, dass nur Maßnahmen gefördert werden, die in kommunale Radwege- oder Fußwegeplanungen eingebunden sind. In diesen Plänen muss auch dargestellt werden, wie sie sich in die Radweggerahmenplanung des Landes Hessen einfügen.
- das von der früheren GRÜN-roten Landesregierung begonnene Programm zur Förderung des Radverkehrs wieder aufnehmen.

Öffentlicher Personennahverkehr – Rückgrat zukunftsfähiger Verkehrspolitik

Trotz stetiger Bemühungen um Verbesserung des Angebotes gilt der ÖPNV, auch in den Augen vieler seiner jetzigen Nutzer, als unattraktiv. Bus und Bahnfahren muss so attraktiv wie Autofahren werden, nur einfacher. Wir wollen mehr Menschen zum Umsteigen bewegen. Dafür ist ein Imagewandel des ÖPNVs nötig. Es muss leicht, modern und chic sein, mit Bus und Bahn zu fahren.

Wir wollen

- eine behindertengerechte Ausgestaltung der Verkehrsmittel und Einrichtungen. Vom öffentlichen Leben und Verkehr darf niemand ausgeschlossen werden.
- die Zugangshürden zum ÖPNV senken, also z. B. das Tarifsystem vereinfachen und familienfreundlich umbauen. Die Fahrpreise müssen so sein, dass die Rechnung „Sprit plus Parkhaus ist billiger als die Fahrkarte“ für Familien nicht mehr aufgeht.
- dass eine Dauerfahrkarte so selbstverständlich wie der Führerschein wird. Die Dauerfahrkarte in der Tasche muss dem Auto ebenbürtig sein und mit einem günstigen Fahrpreis die Nutzungshürde des ÖPNVs überwinden helfen. Dabei kann auch ein mit attraktiven Zusatzleistungen ausgestattetes elektronisches Ticket ein fortschrittlicher Weg sein. Wir wollen, dass sich möglichst alle Verkehrsunternehmen in Deutschland an einem solchen Ticket beteiligen.
- das Angebot an Beförderungsleistungen erweitern. Bisläng unerschlossene oder schlecht erschlossene Gebiete müssen sinnvoll angebunden werden. Die Welt darf weder in Offenbach-Ost noch in Eschwege-West enden.
- die Einführung von Wettbewerb im ÖPNV um den Noch-nicht-Fahrgast. Erfolgreicher Wettbewerb um Fahrgäste soll sich für die Bestellerinnen und Besteller von Verkehrsleistung und Verkehrsunternehmen lohnen. Dazu gehört eine Erfolgsprämie für Unternehmen.
- mehr Service, Sauberkeit und Sicherheit als Voraussetzungen für eine Akzeptanzsteigerung des ÖPNVs beim Fahrgast. Eine Anschlusssicherung auch über moderne Medien muss selbstverständlich sein, Bustüren dürfen sich nicht mehr vor Fahrgastnasen schließen.
- eine Schnellverkehrsstrecke entlang der A 5 von Frankfurt über Darmstadt Hbf. nach Heidelberg/Mannheim.
- dafür sorgen, dass die Schienenverbindungen von Frankfurt nach Fulda und nach Würzburg verbessert werden. Wir fordern den Ausbau ohne Eingriff in sensible Naturräume.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

- dass die Mitte-Deutschland-Verbindung von Dortmund über Kassel nach Thüringen und Sachsen endlich mit Fernverkehrsneigezügen befahren werden kann. Das Land Hessen muss mit anderen Bundesländern gegebenenfalls Wettbewerber der Deutschen Bahn beim Betrieb unterstützen.
- dass das Land gegenüber dem Bund auf die Einhaltung finanzieller Zusagen besteht. Wir wollen dafür sorgen, dass die 1993 zwischen Bund und Land Hessen vereinbarten 300 Mio. DM Bundesmittel zum Ausbau der Strecke zwischen Kassel und Bebra in die Ertüchtigung der Strecke für die Neigetechnik und in andere nord- und mittelhessische Bahnstrecken investiert werden, um diese besser in den Fernverkehr zu integrieren. Damit soll die Main-Weser-Bahn im Abschnitt Kassel-Gießen und die Ruhr-Sieg-Strecke im Abschnitt zwischen Gießen und der Landesgrenze auf einen Stand gebracht werden, der die Einbindung von Dillenburg, Wetzlar, Marburg und Gießen mindestens in den IC-Verkehr erlaubt.
- dass Hessen nicht nur auf den Ausbau des Fernverkehrs auf der schnellen Schiene setzt, sondern auch auf attraktive Angebote im interregionalen und regionalen Schienenverkehr. Dies bedeutet, dass eine Verkürzung der Reisezeiten und eine Verknüpfung der Fahrpläne erreicht werden müssen. Das Land soll deshalb in Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG durchsetzen, dass das Angebot in Interregio-Qualität auf der Main-Weser-Bahn und der Main-Neckar-Strecke erhalten und ausgebaut wird.
- dass sowohl für den Unterhalt der Netze bei den Nebenstrecken in Hessen (Kurahessenbahn, Wetterau- und Odenwaldnetz) als auch für deren Betrieb andere Betreiber als nur Tochterfirmen der Deutschen Bahn AG zum Zuge kommen können.
- dass Mittel, die dem öffentlichen Verkehr zustehen, dort auch verwandt werden. Die schwarz-gelbe Regierung hat dem öffentlichen Verkehr 320 Mio. DM entzogen und davon den Landesstraßenbau gefördert. Diese verkehrspolitische Grundrichtung werden wir korrigieren.
- die Beschaffung neuer Fahrzeuge im S-Bahnverkehr Rhein-Main. Die Fahrgäste dürfen nicht länger von modernen Fahrzeugen des Fern- oder Regionalverkehrs oder am Flughafen vom Flugzeug in uralte S-Bahnwagen umsteigen. Die hessische Fahrzeugförderung darf jedoch nicht zur Festigung des Monopols der Deutschen Bahn auf dem Nahverkehrsmarkt im Rhein-Main-Gebiet führen.
- den Bau des ökologisch schädlichen und verkehrlich unsinnigen Riederwaldtunnels überflüssig machen. Alternativen dazu sind die nordmainische S-Bahn und eine offensive Entwicklung des öffentlichen Verkehrs im Frankfurter Osten.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

- zur Ergänzung des ÖPNV-Angebotes im Ballungsraum Rhein-Main eine Ringbahn um Frankfurt schaffen. Erstes wichtiges Projekt in diesem Rahmen ist die Regionaltangente West.
- den Aufbau der RegioTram in Nordhessen unterstützen. Sie muss für die zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung der Region genutzt werden. Wo kommunale Widerstände vorhanden sind, muss das Land stärker als in der Vergangenheit moderierend eingreifen.
- dass das Land sich stärker um die Entwicklung des öffentlichen Verkehrs im westlichen Rhein-Main-Gebiet kümmert. Es sollen neue Impulse zur Wiederinbetriebnahme der Aartalbahn und ihren Ausbau zur Stadtbahn für Wiesbaden und Mainz gegeben werden.
- sowohl eine Effizienz- als auch eine Qualitätssteigerung im ÖPNV durch mehr Wettbewerb erreichen.
- dass das Land in der Landesverwaltung und den Hochschulen verstärkt Möglichkeiten schafft, über Parkraumbewirtschaftung und -vermietung die Finanzierung von Job- bzw. Semestertickets sicherzustellen.
- dass Kinder und Jugendliche frühzeitig von den Vorzügen eigenständiger Mobilität im öffentlichen Verkehr profitieren können. Nach der Einführung des Semestertickets für hessische Studierende wollen wir auch für die Schülerinnen und Schüler ein entsprechendes Angebot schaffen.

Autoverkehr – zwischen Freude am Fahren und neuer Rolle im zukunftsfähigen Verkehrssystem

Das Auto ist in einem zukunftsfähigen Verkehrssystem dann ein wichtiges Element, wenn es in Herstellung, Nutzungsphase sowie am Ende durch Recycling ökologisch optimiert wird. Vor allem Antriebsenergie auf regenerativer Basis ist zwingend und für die dauerhafte Akzeptanz des Autos unumgänglich.

Hessen verfügt über ein grundsätzlich ausreichendes Straßennetz; es muss daher verstärkt in optimale Nutzung und Erhaltung investiert werden, wobei die Umweltverträglichkeit besonders zu beachten ist. Für weitere Straßenbaumaßnahmen in Hessen gilt als Grundsatz, dass neben den verkehrlichen Notwendigkeiten vorrangig die Belange von Natur und Landschaft, der Schutz der Menschen vor Verkehrslärm und Abgasen sowie die Vermeidung von Konkurrenzsituationen zu Angeboten des öffentlichen Personennahverkehrs zu berücksichtigen sind. Bei allen Planungen sind diese Belange sorgfältig abzuwägen und Lösungen anzustreben, die vorhandene Konflikte minimieren, die Verkehrssicherheit erhöhen und die Belastungen von Menschen und Umwelt reduzieren.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Wir wollen

- in Hessen die Entwicklung neuer Antriebstechnologien auf regenerativer Basis und die volle Wiederverwertung von Fahrzeugen fördern. Darin sehen wir auch ein wichtiges Element aktiver Wirtschaftsstrukturpolitik.
- in Hessen energische Schritte für Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in Ortschaften unternehmen. Durch Modellprojekte sollen großräumige innerstädtische Verkehrsberuhigungen unterstützt werden.
- dass Hessen eine Initiative zur Senkung zulässiger Lärmwerte startet.
- energische Schritte, um mehr Sicherheit im Straßenverkehr zu erreichen. Verkehrserziehung von Kindern und Jugendlichen soll sich nicht nur auf Kraftfahrzeuge beziehen, sondern auch ihre Fähigkeiten zur Benutzung von Fuß- und Radverkehrsangeboten sowie von öffentlichen Verkehrsangeboten fördern; demgemäß sind die ÖPNV-Anbieter in die Verkehrserziehung mit einzubeziehen.
- in Hessen Formen gemeinschaftlicher Nutzung von Autos aktiv unterstützen. Es muss sinnvoller werden, ein Auto zu nutzen, anstatt es zu besitzen. Formen öffentlicher, gemeinsam genutzter Autos wie Car-Sharing und Car-Pooling müssen zunehmen.
- die Lebensqualität in den Städten und Dörfern Hessens steigern, indem Ortsdurchfahrten zurückgebaut werden und in Wohngebieten prinzipiell Tempo 30 gilt. Hierfür setzen wir uns ebenso ein wie für ein Tempolimit auf Autobahnen.
- den Bau der Autobahn A 4 (Olpe-Hattenbach) verhindern. Er ist verkehrlich nicht erforderlich, finanziell unrealistisch und ökologisch unverantwortlich.
- eine Revision des Bundesverkehrswegeplans mit dem Ziel, den Bau der A 49 zu verhindern. Stattdessen soll die A 49 von ihrem jetzigen Ausbauende ab an die B 3 angeschlossen werden. Orte entlang der B 3 sollen Ortsumfahrungen erhalten.
- die weitgehende Abstufung des Bundes- und Landesstraßennetzes, um dieses in die Planungshoheit des Landes oder der Kommunen zu überführen. Mit der Regionalisierung muss ein Finanztransfer für ihre Unterhaltung einhergehen. Um die Rolle des ÖPNVs zu stärken, können diese Mittel auch investiv oder konsumtiv für den ÖPNV ausgegeben werden.
- mehr Transparenz bei Investitionsentscheidungen in das Landesstraßennetz.
- neue Ortsumfahrungen da, wo die Belastungen für die Menschen unerträglich sind. Voraussetzung dafür ist, dass mindestens die Hälfte des jetzigen Verkehrs sicher auf die neue Straße verlagert wird und die Kommune ein Konzept zur wirksamen innerörtlichen Verkehrsberuhigung vorlegt, welches gewährleistet, dass die alten Zustände über das weitere Verkehrswachstum sich binnen kurzem nicht wieder herstellen.

Güterverkehr – Wohlstand durch Weiterentwicklung und sinkende Belastungen

Deutschland als Land in der Mitte Europas und Hessen als zentrales Bundesland sind vom überdurchschnittlichen Wachstum des Güterverkehrs in besonderem Maße betroffen. Die fortlaufende Erweiterung der Straßenkapazitäten kann dabei nicht die Lösung sein.

Für einen modernen und umweltverträglichen Güterverkehr ist die Intermodalität der Verkehrsträger die Voraussetzung. Die Einbindung des Flughafens Frankfurt in das Güterverkehrsnetz der Bahn war dafür ein wichtiger Schritt. Wir wollen den Bau von Güterverkehrszentren mit Schienenanschluss in Rhein-Main-West und in der Region Kassel fördern und auch in Mittelhessen eine intermodale Verkehrseinrichtung erreichen.

Wir wollen, dass

- der Güterverkehr realistische Preise zahlt. Ökologische, ökonomische und soziale Kosten müssen vom Verursacher getragen werden. Die in Berlin beschlossene Schwerverkehrsabgabe ist dazu ein wichtiger Schritt. Realistische Preise sind wesentliche Basis dafür, dass volkswirtschaftlich nicht sinnvolle Transporte unterbleiben, Leerfahrten vermieden werden und dass umweltfreundliche Binnenschiffe sowie die Schiene mehr Verkehr aufnehmen.
- bei der Bahn endlich die Trennung von Netz und Betrieb erfolgt. Sie muss einen diskriminierungsfreien Wettbewerb sicherstellen.
- Hessen die durch den Bund verbesserten Rahmenbedingungen für die Schiene nutzt. Wir fordern, die Anstrengungen zum Bau von Güterverkehrszentren wieder aufzunehmen und das Konzept eines hessischen Systems von Güterzügen (HessenCargo) voranzutreiben.
- auch zukünftig ein dichtes Netz an Ladestellen vorhanden ist, um gewerblichen Verladern auch in ländlichen Räumen ein angemessenes Angebot zu unterbreiten. Hessen soll darauf hinwirken, dass von DB-Cargo aufgegebenen Schienengüterverkehre von anderen Anbietern übernommen werden.
- die Achslast der LKW nicht weiter steigt; ansonsten würde sich die Wettbewerbsposition der Bahn verschlechtern. Die Belastungen durch den LKW-Verkehr würden ebenso weiter steigen wie die Kosten für den Unterhalt der Straßen.
- verstärkte Kontrollen des LKW-Güterverkehrs durchgeführt werden, damit die Sicherheit wieder erhöht und die Aushöhlung des Arbeitsschutzes verhindert werden kann.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

- die Nachtruhe und damit die Gesundheit der Bevölkerung durch weitere LKW-Nachfahrverbote geschützt wird. Verstärkte Kontrollen sind zur Durchsetzung des Verbotes unumgänglich.
- die Sicherheit auf den Fernverkehrsstraßen durch intensivere Überwachung der Geschwindigkeitsbegrenzungen und Überholverbote für LKW erhöht wird. Ergänzend fordern wir eine Bundesratsinitiative des Landes, auch für Kastenwagen eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen zu verhängen, sowie ein Nutzungsverbot des dritten Richtungsfahstreifens.

Mehr Mobilität für junge Menschen

Für viele junge Menschen steht Mobilität für Freiheit und ein positives Lebensgefühl. Das wollen wir niemandem wegnehmen. GRÜNE Verkehrspolitik zielt vielmehr darauf ab, durch den intelligenten Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs attraktive Alternativen zum Auto zu schaffen.

Im Interesse junger Leute fordern wir besonders den Ausbau der Verbindungen am Abend und in der Nacht. S-Bahnen sollen am Wochenende die ganze Nacht sichere und umweltfreundliche Verbindungen gewährleisten. Für die Attraktivität der ländlichen Regionen ist ein gut ausgebautes Busnetz unabdingbar. Wir setzen uns für neue Konzepte wie Rufbusse und Sammeltaxen ein, die auf gering frequentierten Strecken auch abends und nachts Verbindungen gewährleisten. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der ländlichen Infrastruktur, denn nur so kann die Attraktivität dieser Regionen für junge Menschen gewährleistet werden.

Wir setzen uns für den Erhalt des Interregio-Verkehrs mit genügend Haltepunkten zur Verknüpfung von Fern- und Regionalverkehr ein. Ob er durch die Deutsche Bahn oder einen privaten Konkurrenten abgewickelt wird, ist für uns zweitrangig. Wichtig ist, dass besonders für junge Menschen die Möglichkeit preiswerten Reisens auf Kurz-, Mittel- und Langstrecken erhalten bleibt. Auch den Verbleib der künftigen IR-Verbindungen im System der Verkehrsverbünde und damit die Gültigkeit des Semestertickets in diesen Zügen wollen wir sicherstellen.

REGIERUNGSPROGRAMM ZUR LANDTAGSWAHL AM 2. FEBRUAR 2003

SOZIALES HESSEN – SOLIDARITÄT MUSS KONKRET SEIN

- Kinder in den Mittelpunkt
- Erneuerung des Sozialpaktes
- Wohnen und Städtebau

Thema: Kinder in den Mittelpunkt!

Familie ist, wo Kinder leben

GRÜNE Familienpolitik will Eltern bei ihren Alltagsaufgaben entlasten und sie finanziell stärken. Dazu gehört ein ausreichendes Beratungs-, Hilfe- und Betreuungsangebot. Dies ist die Aufgabe der Zukunft.

Wir werden uns stärker dem Thema Kindererziehung zuwenden. Eltern sollen die aktiv Handelnden in der Kindererziehung sein, Staat und Gesellschaft haben die Aufgabe, sie dabei zu unterstützen. Kindergarten und Schule müssen also bei der Erziehung eingebunden sein.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten

Die Arbeitsbedingungen in Betrieben, Verwaltungen und Unternehmen müssen familiengerecht, also flexibel gestaltet werden. Mehr Teilzeitangebote, moderne Heimarbeitsplätze, flexiblere Arbeitszeiten und vor allem die Anerkennung von Erziehungs- und Familienarbeit bei Einstellungen und Beförderungen sind Bausteine dieser Umstrukturierung. „Familienkompetenz“ als zusätzliche Qualifikation ist das Ziel.

Durch Einführung eines „Familienaudits“ sollen sich Betriebe und Behörden verstärkt für Familien engagieren.

Neue Strukturen schaffen, um Familien zu entlasten

Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Politikbereiche tangiert.

Wir wollen in Hessen Bedingungen schaffen, damit sich Frauen und Männer frei für eine Familie entscheiden können. Dazu wollen wir einen neuen gesellschaftlichen Grundkonsens, der Familien als Verantwortungsgemeinschaften stärkt. Strukturelle Benachteiligungen von (kinderreichen) Familien, wie Probleme bei der Wohnungssuche, ungenügende Betreuungsangebote oder familienunfreundliche Arbeitszeiten, müssen beseitigt werden. Ein angemessener und fairer Familienleistungsausgleich muss Familien finanziell stützen.

Die in Hessen bereits existierende Vielzahl von Initiativen und Projekten wie Mütterzentren und Elterninitiativen sind zu vernetzen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Unser Ziel ist es, Beratungsangebote wie Erziehungs- und Drogenberatung, Hilfen bei sexuellem Missbrauch und Angebote der allgemeinen Jugendhilfe stärker mit den Institutionen Kindergarten und Schule zu verzahnen.

Politik für Kinder

Dass wir die Erde nur von unseren Kindern geborgt haben, ist und bleibt unser oberster politischer Leitgedanke. Dieses Prinzip der Nachhaltigkeit ist Maßstab auch für unsere Kinderpolitik.

Kinder haben ein Recht auf ein Leben in Würde, Sicherheit und Gesundheit, sie haben ihrem Alter gemäß auch ein Recht auf Beteiligung. Kinder sollen ihren Alltag aktiv mitgestalten, mitbestimmen und mitverantworten dürfen. Sie haben in jeder Lebensphase ein Recht auf ein angemessenes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot.

Kinder sind unsere Zukunft. Politik muss sich an ihren Bedürfnissen orientieren und Chancengleichheit verwirklichen.

Betreuungssicherheit schaffen

Wir wollen für alle hessischen Kinder, deren Eltern es wünschen oder aufgrund ihrer Lebenssituation brauchen, eine Betreuungssicherheit schaffen. Dabei haben wir nicht nur die Eltern mit ihren individuellen Lebensentwürfen im Blick, sondern vor allem ihre Kinder.

Schulen und Tageseinrichtungen müssen Orte des sozialen Lernens werden, sich vernetzen und öffnen, damit sie Kindern weitere Handlungs- und Bildungsbereiche erschließen. Diese Lebensräume müssen kindgerecht gestaltet sein.

Unter GRÜNER Regierungsverantwortung wurde in Hessen landesweit der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz umgesetzt. Mit 1,3 Milliarden Mark (ca. 650 Mio. Euro) sind fast 60.000 neue Betreuungsplätze entstanden. Jetzt müssen die noch vorhandenen regionalen Unterschiede ausgeglichen, die vorhandenen Plätze bedarfsgerecht zu Ganztagsplätzen ausgebaut und die Qualitätssicherung in den Einrichtungen umgesetzt werden. Dazu gehören für uns flexible und lange Öffnungszeiten, gesundes Frühstück und Mittagessen, die Einrichtung von Geschwistergruppen, gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher und bürgerschaftlich engagierte Menschen, die ihre Lebenswelt in den Kindergarten hineinbringen.

Betreuungsgarantie für die unter dreijährigen Kinder umsetzen

Nach der Umsetzung des Rechtsanspruches geht es nun darum, Angebote für die unter Dreijährigen zu schaffen. Dabei sind große Anstrengungen zu unternehmen, um die Betreuungsgarantie zu sichern. Nur knapp drei Prozent der kleinen Kinder werden bislang in Krippen, Elterninitiativen oder durch Tagesmütterprojekte betreut.

Kindergärten, Tagesstätten, Krippen, Krabbelstuben, Tagesmütter – dies sind neben Familie die Lebens- und Erlebnisorte der Kinder und dementsprechend auch zu gestalten. Behinderte und nichtbehinderte Kinder, Kinder verschiedener Altersstufen und unterschiedlicher Kulturen sollen so miteinander und voneinander leben und lernen.

Um den eklatanten Mangel an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahre zu begegnen, werden wir in einem Stufenverfahren eine Betreuungsgarantie für hessische Kinder verwirklichen.

Unser Ziel ist es, am Ende der nächsten Legislaturperiode allen Eltern, die für ihre Kinder einen Betreuungsplatz brauchen oder wünschen, ein entsprechendes Angebot machen zu können.

Wir halten eine durchschnittliche Versorgungsquote von 20 Prozent eines Altersjahrgangs mit Betreuungsplätzen wie bei unseren europäischen Nachbarländern Dänemark und Frankreich für notwendig, um diese Garantie umzusetzen. Dabei wird ein Betreuungsmix, der zur Hälfte Krippen- und Krabbelstubenplätze und zur anderen Hälfte Tagesmütterplätze vorsieht, angestrebt.

Zum Ende der nächsten Wahlperiode soll dieses Programm verwirklicht sein. Für die dann in Hessen lebenden 144.000 unter dreijährigen Kinder werden 14.400 Krippen- und Krabbelstubenplätze und 14.400 Tagesmütterplätze zur Verfügung stehen. Dies sind insgesamt 28.800 Betreuungsplätze, die bei steigendem Bedarf weiter aufgestockt und vom Land finanziert werden sollen.

Bildungsauftrag der Kindergärten stärken

Neben der Betreuungs- und Erziehungsaufgabe soll der Bildungsauftrag der Kindergärten betont und gestärkt werden, ohne dass sie damit zu Vorschulen werden. Wir brauchen einen verpflichtenden Konsens in den Einrichtungen, um den Kindern gezielte Anreize zum Lernen zu geben, damit sie ihre Persönlichkeit und ihre Fähigkeiten früh entwickeln können.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Unser Ziel ist es, die Freude am Lernen bereits im Kindergarten verstärkt zu fördern. Kinder sollen deutlicher als bisher in die Lage versetzt werden, mit Interesse und Neugier neue Situationen und Erfahrungen positiv zu bewältigen und dabei Lernstrategien einzusetzen, die sie ihr Leben lang nutzen können. Dazu gehört auch, mit Normen und Grenzerfahrungen umzugehen zu lernen.

Wir wollen dabei, dass insbesondere Kinder aus benachteiligten sozialen Verhältnissen und Kinder von Migrantinnen und Migranten eine frühe gezielte Förderung erhalten, wobei die Förderung frühkindlicher Sprachkompetenz oben ansteht. Dazu ist es notwendig, dass die Erzieherinnen und Erzieher gezielt im Bereich der interkulturellen Erziehung und Sprachförderung fort- und ausgebildet werden.

Um den Übergang vom Kindergarten in die Grundschule für die Kinder positiv und erfolgreich zu gestalten, ist eine intensive Kooperation zwischen beiden Institutionen nötig, z. B. durch den Austausch von Fachkräften, durch eine gemeinsame Beratung vor Ort, durch gegenseitige Besuche o. ä. Auch die variable Eingangssituation in die Grundschule soll weiter ausgebaut werden.

Einhergehen mit der beschriebenen Ausschärfung des Auftrages der Kindergärten soll eine verbesserte Qualifikation.

Dazu bedarf es auch einer verbesserten Qualifikation der Erzieher und Erzieherinnen und einer Neukonzeption ihrer Ausbildung. Die Aus- und Weiterbildung der Erzieher und Erzieherinnen muss verbessert und aufgewertet werden, damit das Fachpersonal besser darauf vorbereitet wird, die frühen Bildungsprozesse von Kindern zu erkennen und zu fördern.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat sich in der Fort- und Weiterbildung für Erzieherinnen und Erzieher ihrer Verantwortung entzogen und Angebote eingestellt. Wir wollen diese Angebote wieder einrichten.

Die fünfjährige Fachschulausbildung – davon zwei Jahre als Sozialassistentin bzw. Sozialassistent – für Erzieherinnen und Erzieher in Hessen ist überholt und genügt den Anforderungen an den Berufsalltag nicht mehr. Erzieherinnen und Erzieher sind nicht mehr nur Lebensbegleiter der Kinder, sie müssen auch in die Lage versetzt werden, die Entwicklung der Kinder zu beobachten und gezielt zu fördern. Sie müssen Eltern pädagogisch qualifiziert beraten und die Qualitätsentwicklung ihrer Einrichtungen mitgestalten können. Deshalb soll die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern künftig an Fachhochschulen erfolgen, die unter Berücksichtigung von Ergebnissen entsprechender Modellversuche geeignete Studienangebote entwickeln müssen.

Vernetzung von Jugendhilfe und Schule

Wir wollen die Zuständigkeit auf Landes- und Kommunalebene in einer Hand zusammenführen und vorhandene Mittel durch eine Pauschalfinanzierung für jeden Betreuungsplatz bündeln.

Jugendhilfe und Schule dürfen nicht nur bei Problemfällen kooperieren; stattdessen muss ein vernetztes Bildungs-, Erziehungs-, Betreuungs-, Beratungs- und Hilfeangebot für Kinder und Familien selbstverständlich werden.

Kinderbetreuung soll kostenfrei werden

Unser langfristiges Ziel ist es, Kinderbetreuung grundsätzlich kostenfrei anzubieten. Der erste Schritt dahin ist die Betreuungssicherheit für alle Kinder in Hessen, damit alle Kinder die gleichen Startchancen erhalten. Die fortschrittlichen Kommunen und Kreise, die bereits eine verlässliche und qualitätsorientierte Betreuung für ihre Kinder umgesetzt haben und Gebührenfreiheit anstreben, werden von uns selbstverständlich unterstützt.

Gesundheit von Kindern schützen

Kinder sind Umweltgiften länger ausgesetzt als Erwachsene, ihre Organismen reagieren sensibler, sie sind anfälliger. Klassische Kinderkrankheiten stellen zwar heutzutage für Kinder keine tödliche Gefahr mehr da; in erschreckendem Ausmaß haben bei Kindern jedoch Allergien, Atemwegserkrankungen und psychosomatische Erkrankungen zugenommen. Verantwortlich dafür sind u. a. Schadstoffe in Luft und Wasser, Chemikalien in der Nahrung, Blei im Trinkwasser, Lärm, Stress und Strahlungen. Nachgewiesen ist, dass sich das Immunsystem der Kinder im Rhein-Main-Gebiet in einem dauernden Alarmzustand befindet.

Immer mehr Kinder leiden unter Fehlernährung, Übergewicht und Bewegungsmangel. Ernährungsberatung, Angebote für gesundes Essen in Kindertagesstätten und Schulen sowie Bewegungsförderung werden immer wichtiger.

Wir wollen durch Verstärkung der Zusammenarbeit von Gesundheitsämtern, Kinderärzten und Kinderärztinnen und Schulen Eltern über die Gefahren von Medikamentenmissbrauch, Umwelteinflüssen und Ernährungsfehler aufklären. Wir wollen verhindern, dass Beruhigungs- und Schlafmittel oder Psychopharmaka unnötig an Kinder verschrieben werden.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Um dieses Ziel zu erreichen, soll das wirkungsvolle Vorgehen in einem Modellversuch „Besserer Gesundheitsschutz für Kinder“ erprobt werden.

Integration durch individuelle Betreuung

Das Leben vieler Migranten- und Aussiedlerfamilien ist durch besondere Probleme gekennzeichnet, die bislang zu wenig Berücksichtigung gefunden haben.

Generationenkonflikte, soziale Benachteiligung, kulturelle Schranken und Sprachbarrieren erschweren vor allem den Kindern die Integration.

Wir wollen, dass alle hessischen Kinder, egal welcher Nationalität und Herkunft, die gleichen Chancen in der Betreuung und Bildung erhalten. Bereits im Kindergarten soll eine qualifizierte, systematische und am einzelnen Kind orientierte Sprachförderung stattfinden, damit sie bei der Einschulung die deutsche Sprache beherrschen.

Hilfe-, Beratungs-, Erziehungs- und Betreuungssysteme sollen sich stärker den Eltern nicht-deutscher Herkunft zuwenden und die Belange von Migranten- und Aussiedlerfamilien in ihre Arbeit integrieren.

In diesen Integrationsdialog sind die verschiedenen Institutionen ebenso einzubinden wie die Ausländerbeiräte vor Ort. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei auf die Aussiedlerfamilien zu richten, da sich die Integrationsangebote für sie noch in den Anfängen befinden.

Unbegleitete Flüchtlingskinder – neues Clearingverfahren

Wir setzen uns dafür ein, die Aufnahmebedingungen für die besonders benachteiligte Gruppe der Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlinge (UMF) zu verbessern. Unsere wichtigste Forderung ist die Aufhebung des Flughafenverfahrens für Minderjährige. Stattdessen soll der Aufenthalt für die Dauer eines Clearingverfahrens (in dem festgestellt wird, ob die unbegleiteten Minderjährigen bei in Deutschland lebenden Verwandten untergebracht werden können) sichergestellt werden.

Jugendliche in demokratische Prozesse einbinden

Wir wollen Jugendliche frühzeitig in die demokratische Willensbildung und Entscheidungsfindung einbeziehen.

Daher muss die Arbeit von Kinder- und Jugendforen bzw. Kinder- und Jugendparlamenten und deren Berücksichtigung bei kommunalen Entscheidungsprozessen gefördert werden. Um sicherzustellen, dass Parlamente in ihrer Zusammensetzung die Gesellschaft widerspiegeln, setzen wir uns für die erneute Herabsetzung des aktiven

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Wahlalters bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre ein. Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Einrichtung eines Landesjugendparlaments schaffen.

Kinder- und Jugendhilfe

Die Jugendhilfe betreut Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die sich in einer persönlichen Problemlage befinden. Gerade in Zeiten von Arbeitslosigkeit verschärfen sich die Spannungen. Zugespitzt sind die Probleme bei Familien mit Migrationshintergrund. Dem muss die Jugendhilfe verstärkt Rechnung tragen.

Wir wollen außerschulischer Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendschutz und der Förderung der Jugendverbände gemäß den Bestimmungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) in Hessen wieder Geltung verschaffen.

Initiativen zur selbstbestimmte Freizeitgestaltung fördern

Da wir Jugendlichen eine Freizeitgestaltung ohne Konsumzwang ermöglichen wollen, setzen wir uns unter anderem für die Förderung und Erweiterung von selbstorganisierten Jugendgruppen, von Jugendzentren, aber auch von ehrenamtlichem Engagement entsprechend den Bedürfnissen von Jungen und Mädchen in Jugendverbänden ein.

Besonders fördern werden wir die interkulturelle Jugendarbeit, die zum Ziel hat, dass Jugendliche deutscher und ausländischer Herkunft sich besser kennen lernen und respektieren.

Einen hohen Stellenwert räumen wir der außerschulischen Jugendbildungsarbeit ein, die wir mit den Schulen verzahnen wollen. Wir wollen weiter eine flächendeckende Förderung der kommunalen Jugendringe.

Projekte zur Schaffung von Berufs- und Ausbildungsplätzen für Jugendliche

Arbeitslosigkeit trifft junge Menschen besonders hart. Arbeitslose Jugendliche haben keine Chance, in der Ausbildung erworbenes Wissen anzuwenden und auszubauen. So gehen Qualifikationen verloren oder werden gar nicht erst erworben und soziale Abstiegsprozesse werden ausgelöst.

Jugendberufshilfe stellt betreute und geförderte Ausbildungsplätze sowie Qualifikations- und Beschäftigungsmaßnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene, die auf dem freien Ausbildungsmarkt nicht bestehen können, zur Verfügung. Wir fordern für die verschiedenen hessischen Regionen Projekte, die auf befristete Zeit geförderte Arbeitsplätze in normalen Betrieben schaffen.

Rechtsextremismus gezielt bekämpfen

Die CDU/FDP-Landesregierung hat bisher ganze 500.000 Euro für den Kampf gegen den Rechtsextremismus ausgegeben. Um Rechtsextremismus und Gewalt wirkungsvoll zu begegnen, werden wir ein Programm „Hinsehen statt Wegschauen“ auflegen, das vor allem solche Jugendliche ansprechen soll, die von herkömmlicher Jugendarbeit nicht mehr erreicht werden. Die Fortbildung von Jugendbetreuern und Betreuerinnen muss intensiviert werden. Aktivitäten von Vereinen, Jugendgruppen und Schulen gegen Rechtsextremismus und Gewalt sollen in das Programm mit einbezogen werden.

Wirksame Maßnahmen gegen Armut

Vor allem für Familien mit Kindern und Migrantenfamilien ist die Gefahr groß, in Armut und soziale Ausgrenzung zu geraten. Kinder sind mittlerweile die von Armut am stärksten betroffene Altersgruppe. Deshalb steht für uns auch die Bekämpfung von Kinderarmut in Hessen an erster Stelle. Wir wollen, neben der Grundsicherung für Kinder, eine verbesserte Betreuung und Förderung in Kindertagesstätten und Schulen bis hin zur aktiven Förderung der von Bundesebene geplanten Subventionierung von Sozialversicherungsbeiträgen bei Geringverdienern.

Wir werden die Förderung der sozialen Schuldnerberatung ausbauen – auch unabhängig von der Beratung nach dem Insolvenzrecht. Ein landesweiter Armuts- und Reichtumsbericht soll Aufschluss über Armut in Hessen und ihre Ursachen geben und gezielt Strategien zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung entwickeln.

Thema: Erneuerung des Sozialstaats

Hilfe zur Selbsthilfe – den Sozialstaat sinnvoll reformieren

Das Grundsystem der sozialen Sicherung besteht seit nunmehr 40 Jahren und ist an verschiedenen Stellen reformbedürftig. So existiert heute ein weitgehend unkoordiniertes Nebeneinander verschiedener sozialer Sicherungssysteme, das erst allmählich (z. B. durch das neue Rehabilitationsrecht für behinderte Menschen) im Sinne der Betroffenen in ein ganzheitliches, vernetztes System überführt wird. Diese Umstrukturierung darf die betroffenen Menschen und ihre Bedürfnisse nicht aus den Augen verlieren. Landespolitik hat die Aufgabe, den Prozess zu steuern und neue Initiativen zu starten. Ziel ist, gleichwertige Angebote in ganz Hessen abzusichern.

Wir wollen eine solidarische und zukunftsorientierte Sozialpolitik, die sich konsequent für die Rechte aller Menschen einsetzt und ihnen mit dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ die gleichberechtigte Teilhabe in unserer Gesellschaft sichert. Sie haben als mündige Bürgerinnen und Bürger Anspruch auf individuelle Hilfen, die sie in die Lage versetzen, ihr Leben selbstbestimmt in die Hand zu nehmen.

Gemeinsam in der Verantwortung mit den Kommunen

Unser Ziel ist die Bürgernähe von Entscheidungen. Deshalb halten wir die Kommunalisierung der Zuständigkeiten bei der Umsetzung sozialer Hilfen und Angebote für notwendig. So können Synergieeffekte erzielt und Doppelstrukturen vermieden werden. Allerdings ist es notwendig, die Absicherung von Qualität und sozialen Standards landesweit zu regeln. Eine reine Budgetierung der Mittel reicht dazu nicht aus.

In allen Landkreisen sollen Sozialkonferenzen diesen Prozess steuern. „Kapazitäten des Nebeneinanders“ sollen abgebaut werden. Der Erhalt spezifischer Angebote oder ihre Bündelung muss regional geklärt werden. Der Mensch, der Hilfe sucht, darf sich nicht in der Angebotsvielfalt verirren. Wir wollen Beratungsbüros schaffen, die mehrere Beratungsstellen unter einem Dach vereinen.

Hessische Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“

Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ist ein zentrales Instrument zur Entwicklung benachteiligter Stadtteile und zur Vermeidung neuer sozialer Brennpunkte. Das Programm „Hessische Gemeinschaftsinitiative soziale Stadt“ (HEGISS) werden wir weiterentwickeln. Neben städtebaulichen Maßnahmen sollen vor allem nicht investive soziale Maßnahmen ausgebaut werden.

Verschiedene Aktivitäten einer überlegten Arbeitsmarktpolitik

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die zentrale Strategie zur Vermeidung von Armut. Es gilt, vor allem benachteiligte Gruppen des Arbeitsmarktes durch entsprechende finanzielle Förderung auch des so genannten zweiten Arbeitsmarktes und durch Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogramme zu berücksichtigen.

Fördern und Fordern

Mit den Kommunen und Landkreisen wollen wir Job-Center schaffen. Hier werden Hilfeleistungen von Arbeitslosen- und Sozialhilfe unter einem Dach koordiniert, regionale Arbeitsplatzangebote und -gesuche gebündelt und die Menschen in Arbeit vermittelt. Dazu können auch private Vermittlungsagenturen eingeschaltet werden.

Individuelle Hilfeplanung als Grundlage

Wir wollen individuelle Hilfepläne für jeden Arbeitssuchenden. Arbeitslose oder arbeitssuchende Sozialhilfeempfänger und Sozialhilfeempfängerinnen müssen durch eine geeignete Ausbildung bzw. Qualifikation fit für den Arbeitsmarkt gemacht werden. Die verbindliche Einführung der Hilfeplanung wird Bestandteil der Landespolitik. Das Land soll Fördermittel nur an Kommunen vergeben, die sich auf diesen Weg begeben und nachweislich ihre Mitarbeiter qualifizieren. Die Regelungen des Sozialhilfelausgleichs müssen den neuen Anforderungen angepasst werden.

Freiwilliges soziales Engagement fördern und stärken

Bürgerschaftliches, freiwilliges und ehrenamtliches Engagement gehört zu den unverzichtbaren Bestandteilen einer demokratischen Gesellschaft. Staatliches Handeln darf allerdings nicht durch bürgerschaftliches Engagement ersetzt werden; vielmehr muss der Staat Modelle unterstützen, die das freiwillige Engagement von Bürgerinnen und Bürgern verstärkt fördern.

Wir wollen die Bereitschaft der Menschen, sich ehrenamtlich zu engagieren, ausbauen und ein eigenes Gesetz zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements vorlegen. In ihm sollen die allgemeingültigen Bestimmungen zur Absicherung und Förderung der ehrenamtlichen Arbeit, wie Aufwandsentschädigung, Haftpflicht- und Unfallschutz oder die Zertifizierung, geregelt werden.

Das Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen soll durch Ausbau und Weiterentwicklung der Programme „Freiwilliges soziales Jahr“ und „Freiwilliges ökologisches Jahr“ verstärkt gefördert werden.

Härtefonds für vom Naziregime Verfolgte erhalten

Auf GRÜNES Engagement ist zurückzuführen, dass es in Hessen den „Härtefonds für Verfolgte des Nationalsozialistischen Unrechtsregimes“ gibt. Auf Bundesebene haben die GRÜNEN maßgeblich dafür gesorgt, dass es endlich einen Fonds gibt, um die ehemaligen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen zu entschädigen. Wir bedauern sehr, dass es über 50 Jahre gedauert hat, bis die bundesdeutschen Betriebe ihrer Verantwortung nachgekommen sind. Auch deshalb ist uns der Erhalt des hessischen Härtefonds für diese Opfer der Nazidiktatur und eine ausreichende Landesfinanzierung ein wichtiges Anliegen.

Leben im Alter selbst gestalten

Höhere Lebenserwartung, bessere Bildung, größere Mobilität und auch steigende Alterseinkommen haben die Lebenssituation alter Menschen positiv verändert. Da versorgende Familienstrukturen in Zukunft immer weniger vorhanden sein werden, steht die Gesellschaft vor neuen Aufgaben. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die den Menschen auch im Alter ein Leben in Würde und Selbstständigkeit und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Grundlage dafür ist eine fundierte Altenhilfeplanung in den Kommunen. Daneben unterstützen wir alle Formen der aktiven Lebensgestaltung, wie z. B. Seniorengenossenschaften und generationsübergreifende gemeinschaftliche Projekte.

Das Beratungsangebot für ältere Menschen muss transparenter werden. Durch eine einheitliche Telefonnummer können alle Informationen über ambulante Pflegedienste, Vermittlung von Pflegebetten, psychosoziale Betreuungsinstitutionen, genossenschaftliche Modelle der Pflege und Angebote zur Freizeitgestaltung oder des ehrenamtlichen Engagements abgefragt werden.

Pflege im Alter verbessern

Trotz der unstreitigen Verbesserungen bleibt die Pflegeversicherung eine Teilkaskoversicherung, die nicht alle Probleme löst. Begrenzte Pflegesätze, die enge Definition des Pflegebegriffs auf die Versorgung nach dem Motto „satt und sauber“ und der Ausschluss demenzerkrankter oder altersverwirrter Menschen aus der Versicherung schaffen Probleme. Hier müssen Änderungen erfolgen.

Doch auch Landespolitik muss aktiv werden. So werden in Hessen drei Viertel der pflegebedürftigen Menschen zu Hause von Angehörigen oder ambulanten Diensten gepflegt. Solange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben zu können, ist der

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Wunsch der meisten alten Menschen. Die Versorgungsstrukturen müssen so gestaltet werden, dass dieser Wunsch berücksichtigt wird.

Wir verfolgen den Weg „ambulant vor stationär“. Große Pflegeheime gehören der Vergangenheit an. Wir wollen kleinere Einheiten schaffen und sie in die Ortsteile integrieren.

Der Altenpflegeberuf hat aufgrund geringer Bezahlung, schwieriger Arbeitsbedingungen in den Heimen und fehlender Aufstiegsmöglichkeiten an Attraktivität verloren. Immer weniger junge Menschen sind bereit, sich als Altenpfleger bzw. Altenpflegerin ausbilden zu lassen. Wir werden uns nicht nur auf Bundesebene für eine grundlegende Reform des Pflegeberufes einsetzen, sondern auch in Hessen in den Dialog mit allen Beteiligten eintreten, um eine Lösung zu erarbeiten.

Behinderte Menschen – selbstbestimmt statt ausgegrenzt

Nicht der Mensch ist behindert, sondern die Umwelt behindert den Menschen – wir wollen den Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik auch in Hessen umsetzen. Nicht Fürsorge des Staates allein, sondern gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen am gesellschaftlichen Leben ist unser Ziel.

Die wohnortnahe Integration von Kindern mit Behinderungen ist in allen Betreuungs- und Bildungseinrichtungen auszubauen. Um eine erfolgreiche Integration gewährleisten zu können, müssen die finanziellen, räumlichen, personellen und sachlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Die ambulanten Hilfen und Dienste der Eingliederungshilfe für Behinderte sind wohnortnah und bedarfsgerecht abzusichern und auszubauen. Durch eine Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundessozialhilfegesetz (BSHG) werden Kompetenzen auf kreisfreie Städte und Landkreise übertragen, die besser vor Ort wahrgenommen werden können. Der Vorrang ambulanter vor stationärer Hilfen muss gewährleistet sein.

Gleichstellungsgesetz für behinderte Menschen in Hessen

Wir fordern ein hessisches Gleichstellungsgesetz für behinderte Menschen. Behinderte brauchen ein gesetzliches Instrumentarium, um ihre Rechte wirksam durchsetzen zu können. Wir setzen uns dafür ein, dass in den Selbstvertretungsorganisationen auch Menschen mit so genannten geistigen Behinderungen mitwirken. Wir wollen die Verankerung des Verbandsklagerechtes, die Aufnahme von kommunalen Behindertenräten bzw. Behindertenbeauftragten in der Hessischen Gemeindeordnung

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

(HGO) und der Hessischen Landkreisordnung (HKO) und eine klare Absicherung des Landesbehindertenrats. Er soll in allen Fragen gehört werden, die behinderte Menschen in der Landespolitik betreffen.

Das Land bemüht sich unter Mitwirkung der Betroffenen um die Entwicklung von Instrumentarien, um auch Menschen mit so genannten geistigen oder psychischen Behinderungen die Teilhabe an diesen Selbstvertretungsinstitutionen zu ermöglichen.

Außerdem ist der öffentliche Personennahverkehr auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen abzustimmen und zu organisieren. Die schrittweise Umsetzung der Barrierefreiheit ist vorzusehen. Auch die Vorschriften über barrierefreies Bauen in der Hessischen Bauordnung, z. B. bei Gaststätten, Hochschulen und kulturellen Einrichtungen, sind entsprechend den bundesrechtlichen Vorgaben zu ändern.

Neuordnung der Behindertenhilfe

Die Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger soll intensiviert und ausgebaut werden, wie im neuen Rehabilitationsrecht des Sozialgesetzbuches (SGB) IX vorgegeben. Durch die Aufstellung von Gesamtplänen soll eine abgestimmte und optimale Förderung von Kindern mit Behinderungen ermöglicht werden.

Integration realisieren

Die Integration von Jugendlichen mit Behinderung in den allgemeinen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt soll mit Förderprogrammen ausgeweitet werden. Die Einrichtung gemeinsamer Servicestellen der Rehabilitationsträger unter Einschluss der Sozialhilfeträger muss umgesetzt werden. Insbesondere die Beteiligung von Organisationen der Behindertenselbsthilfe an diesen Einrichtungen soll das Land durch entsprechende Modellvorhaben fördern.

Anerkennung der Gebärdensprache für Gehörlose

Die Anerkennung der Gebärdensprache muss vollzogen werden. Die Gebärdensprache muss als gleichberechtigtes Kommunikationsmittel neben der Lautsprache auch in der Frühförderung und in der Schule eingesetzt werden. In Schulen für Hörgeschädigte soll die Ausbildung in Gebärdensprache verpflichtend sein. Die Ausbildung von Gebärdensprachdolmetschern muss in Hessen ausgebaut werden.

Entsprechend der Regelung im Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes für Bundesbehörden müssen gehörlose Menschen auch das Recht haben, gegenüber Behörden des Landes und der Kommunen die Gebärdensprache zu verwenden.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Wir wollen in Zusammenarbeit mit Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit so genannten geistigen Behinderungen Konzepte und Kriterien für die Gestaltung einer leichten Sprache entwickeln.

Ein präventives Gesundheitssystem schaffen

Gesundheitsförderung und Vermeidung von Krankheiten, Reduzierung gesundheitlicher Risiken am Arbeitsplatz und präventiver Arbeitsschutz stehen für uns im Vordergrund. Eine schadstoffreduzierende und ressourcenschonende Verkehrs- und Umweltpolitik und eine konsequente Verbraucherschutzpolitik sind zentrale Grundlagen dieses neuen Verständnisses.

Für uns steht dabei das Recht auf Selbstbestimmung und Selbstverantwortung der Menschen im Mittelpunkt. Daher werden von uns auch Ansätze der Selbstorganisation und Selbsthilfe unterstützt.

Es ist Aufgabe des öffentlichen Gesundheitsdienstes, unter Einbeziehung aller Akteure, z. B. Selbsthilfegruppen, ambulante Arztpraxen, Krankenhäuser und Krankenversicherungen, eine flächendeckende und an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Gesundheitsplanung und -versorgung sicherzustellen. Das heutige Gesundheitssystem ist einseitig kurativ ausgerichtet. Wir werden Gesundheitsförderung, Prävention sowie Rehabilitation stärken. Landesweite Standards werden durch regionale Gesundheitskonferenzen umgesetzt.

Die Krankenhäuser in Hessen stehen nicht zuletzt wegen der Reform der Krankenhausfinanzierung vor einem Umbruch. Wir werden die Krankenhäuser bei der Umstellung der Finanzierung auf das Fallpauschalensystem nachdrücklich unterstützen. Ziel muss es sein, dass die Qualität für die betroffenen Menschen erhalten bleibt.

Wir wollen die stationären Versorgungsangebote in bedarfsgerechten, leistungsfähigen und effektiv zu führenden Strukturen neu ordnen und mit komplementären Leistungen der Vor- und Nachsorge im stationären und ambulanten Bereich verknüpfen. Krankenhäuser sollen sich zu „Gesundheitszentren“ entwickeln.

Eine entsprechende wohnortnahe Versorgung wird dabei auch in der Fläche gesichert bleiben.

Neues Gesetz für psychisch Kranke einführen

Wir wollen ein Psychisch-Kranken-Gesetz durch die Novellierung des Freiheitsentziehungsgesetzes vorlegen, das den betroffenen Kranken Klarheit und Rechts-

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

sicherheit verschafft. Ambulant vor stationär gilt vor allem in der Psychiatriepolitik. Aus diesem Grund werden wir dafür sorgen, dass der Aufbau von psychiatrischen Abteilungen an Allgemeinkrankenhäusern fortgesetzt wird. Die ambulante psychosoziale Betreuung soll ausgebaut werden.

Stationäre Hospizdienste ausbauen

In unserer alternden Gesellschaft darf das Thema „Sterben und Tod“ nicht länger tabuisiert werden. Im Sinne des ganzheitlichen Anspruchs auf Leben und Sterben in Würde unterstützen wir die Hospizbewegung. Ambulante und stationäre Hospizdienste haben Anspruch auf eine angemessene Förderung ihrer Arbeit. Euthanasie-Modelle nach niederländischem oder gar belgischem Muster lehnen wir ab.

Pflegeausbildung reformieren

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Gesundheitsberufe aufgewertet werden. Dazu gehört neben einer Verbesserung der Arbeitssituation in Pflegeheimen und Krankenhäusern eine grundsätzliche Neuorientierung in der Pflegeausbildung. Die Ausbildungsgänge müssen durchlässiger gestaltet werden.

Ausbau der hessischen AIDS-Hilfen

Durch die Fortschritte in der Therapie können zwar immer mehr HIV- und AIDS-Erkrankte überleben, heilbar ist AIDS jedoch nach wie vor nicht. Die Präventionsarbeit muss dringend verstärkt werden, da das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines Infektionsschutzes signifikant nachgelassen hat.

Die Arbeit der hessischen AIDS-Hilfen muss ausgebaut werden.

Eine humane Drogenpolitik durchsetzen

Abhängige von legalen und illegalen Drogen sind in erster Linie kranke Menschen und keine Straftäter. Die im Bundesbetäubungsmittelgesetz gezogene Trennlinie zwischen legalen und illegalen Drogen und das Fehlen der Unterscheidung zwischen harten und weichen Drogen ist willkürlich und lässt sich nicht begründen. Es sterben nach wie vor wesentlich mehr Menschen an Alkoholmissbrauch als am Konsum harter Drogen. Gleichwohl stellen wir uns bei den so genannten weichen Drogen auch den Fragen der psychischen Abhängigkeit.

Eine rationale und humane Drogen- und Suchthilfepolitik muss suchtmittelunabhängige Hilfen anbieten, beginnend mit Prävention und psychosozialer Beratung über niedrigschwellige Angebote bis hin zu ausstiegsorientierten Therapieplätzen. Eine

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

umfassende Aufklärung ist bei dem breiten Spektrum von relativ neuen so genannten Designerdrogen wie Ecstasy besonders notwendig. Dazu wollen wir neue Wege der Prävention und Aufklärung gehen, um Jugendliche gezielter erreichen zu können (etwa durch den Einsatz von Rave-Bussen, per Internet, in Zusammenarbeit mit Szenegängern oder mit *Drug Checking*). Wir werden aufsuchende Projekte in allen Großstädten und Mittelpunktstädten zusammen mit den Jugendämtern und Gesundheitsämtern entwickeln und helfen, dort, wo es noch keine Angebote von Streetworking, Mädchen-Streetworking, Teestuben, Wohnungslosentreffs etc. gibt, diese zu initiieren.

Wir unterstützen den neuen Weg der staatlich kontrollierten Abgabe von Heroin und werden uns dafür einsetzen, dass positive Ergebnisse des Modellversuches in Frankfurt in die Konzepte der hessischen Drogenhilfepolitik einfließen.

Thema: Wohnen und Städtebau

Wohnungspolitik als Sozialpolitik

Jeder Mensch hat Anspruch auf angemessenen Wohnraum, der seinen Bedürfnissen entspricht.

GRÜNE Wohnungspolitik verstehen wir daher vor allem als Sozialpolitik. Die Versorgung mit bedarfsgerechtem Wohnraum in sozial stabilen Quartieren für Menschen, die dazu aus eigener Kraft am Markt nicht in der Lage wären, ist unser wichtigstes Ziel.

Der Beginn dieses Jahrtausends ist geprägt durch eine wieder einsetzende Wohnraumverknappung besonders im Rhein-Main-Gebiet. Wir begrüßen es, dass die Bundesregierung den jahrelangen Trend zur immer weiter sinkenden Förderung des sozialen Wohnungsbaus umgekehrt und die längst überfällig Reform des sozialen Wohnungsbaus verwirklicht hat. Jahrelang wurde über die Erhöhung des Wohngeldes nur debattiert, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD haben sie schließlich durchgesetzt. In einer großen Reform ist das zersplitterte Mietrecht zusammengefasst und mieterfreundlicher gestaltet worden. Wir sehen die bleibende Verpflichtung der öffentlichen Hand, steuernd in den Wohnungsmarkt einzugreifen und dafür Sorge zu tragen, dass ausreichend bezahlbarer Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen zur Verfügung steht.

Wohnungspolitik muss auch Umweltpolitik sein

In zweiter Linie ist GRÜNE Wohnungspolitik Umweltpolitik. Wir setzen uns ein für den effizienteren Energieeinsatz in Häusern, für gesunde Bauprodukte und für den sparsamen Umgang mit der knappen Ressource Boden. Wir begrüßen es daher, dass die Bundesregierung auch auf diesem Gebiet den Reformstau aufgelöst und mit der Energieeinsparverordnung neue Standards nicht nur im Neu-, sondern vor allem im Altbau gesetzt hat.

Aktive Wohnungspolitik statt Rückzug des Staates vom Wohnungsmarkt

Die jetzige Landesregierung hat in Hessen in sozial unverantwortlicher Weise ein wichtiges Instrument der Wohnungspolitik geschwächt. Der weiter voranschreitende Verkauf von Anteilen an Wohnungsbaugesellschaften führt nicht nur dazu, dass Zehntausende von Menschen in Hessen einen Vermieter verlieren, der sich seiner

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

sozialpolitischen Aufgabe bewusst ist, er führt auch dazu, dass das Land ein Instrument zur Dämpfung des Mietpreisniveaus verliert. Wir verurteilen diese Wohnungspolitik zu Lasten von Mieterinnen und Mietern.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN treten für eine Öffnung der Wohnungsunternehmen zu den Bewohnerinnen und Bewohnern ein. Dies geschieht durch Beteiligung der Mieterinnen und Mieter an den Entscheidungen des Wohnungsunternehmens in der Verwaltung und Verbesserung des Wohnungsbestandes.

Wo Mietergenossenschaften von sich aus die Bereitschaft zur Übernahme von Wohnungsbeständen zeigen, wollen wir sie unterstützen. Voraussetzung ist, dass bestehende Sozialbindungen gesichert werden und die neuen Eigentümer auch zukünftig Wohnungen mit Sozialbindungen anbieten.

Wir werden den Einfluss des Landes auf dem Wohnungsmarkt dadurch wieder stärken, dass die Förderung des sozialen Wohnungsbaus gezielt Unternehmen zugute kommt, an denen die öffentliche Hand Anteile hält. Diese Förderung soll auch dazu dienen, Sozialwohnungsbestände mit und ohne Belegungsbindung zu kaufen, wenn die Gefahr besteht, dass solche Bestände als bezahlbarer Wohnraum verloren gehen. Um diese Aufgabe zu bewältigen, wollen wir gezielt Mittel der Zukunftsinitiative verwenden, welche die jetzige Landesregierung aus dem Verkauf von Landesanteilen an Wohnungsbaugesellschaften aufgebaut hat.

Eine offensive Wohnungspolitik des Landes ist ein wichtiges Instrument gegen Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit. Barackensiedlungen müssen endgültig der Vergangenheit angehören. Wir lehnen daher eine Sozialpolitik nach Koch'scher Manier ab, die mit Wohnunterkünften drohen will und damit die Schaffung neuer sozialer Brennpunkte betreibt.

Die Fehlbelegungsabgabe zur Beseitigung von eingetretener Fehlsubventionierung von Haushalten, deren wirtschaftliche Situation sich über die Grenzen zur Berechtigung auf eine Sozialwohnung hinaus entwickelt hat, hat sich bewährt. Diese Abgabe ist nicht auszuhöhlen oder gar abzuschaffen, muss aber im Einzelfall auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden. Wo wirtschaftlich stärkere Mieterinnen und Mieter Quartiere mit Sozialwohnungen verlassen, ist dies nicht zuerst auf die Fehlbelegungsabgabe zurückzuführen, sondern auf mangelnde Qualität des Wohnumfeldes. Im Einzelfall kann ein Aussetzen der Fehlbelegungsabgabe sinnvoll sein, um Wohngebiete stabil zu halten. Die Verwendung der Abgabe für ein kommunales Wohngeld lehnen wir ab; sie soll komplett für die Schaffung und Sanierung von Sozialwohnungen sowie die Verbesserung des Wohnungsumfeldes eingesetzt werden.

Reform des Wohnraumzweckentfremdungs-Gesetzes

Das bestehende Gesetz zur Verhinderung von Wohnraumzweckentfremdung ist den heutigen Problemen nicht mehr angemessen. Die Schlussfolgerung der jetzigen Landesregierung, dieses Recht weiter auszuhöhlen, halten wir jedoch für grundfalsch. Wir wollen das heutige Zweckentfremdungsrecht zu einem Recht der Sicherung eines sozial angemessenen Wohnraums ausbauen und dabei auch höher preisigen Wohnraum schützen. Das Abwehrrecht gegenüber der Zweckentfremdung muss weiter entwickelt werden zu einem Recht der Mieterinnen und Mieter auf einen angemessenen Wohnraum. Dazu gehört auch weiterhin der zehnjährige Schutz vor Eigenbedarfskündigungen bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.

Überarbeitung der technischen Wohnungsbaurichtlinien

Die technischen Wohnungsbaurichtlinien müssen im Sinne nachhaltigen Bauens komplett überarbeitet werden. Singuläre Änderungen, wie die Wiedererlaubnis der Verwendung von PVC, wie die jetzige Landesregierung sie betreibt, werden der Problematik nicht gerecht und werden von uns abgelehnt.

Wohnraum-Modernisierung zur Energieeinsparung nutzen

Neben dem Bau neuer Wohnungen ist es vor allem sinnvoll, bestehenden Wohnraum zu modernisieren. Durch Modernisierung darf Wohnraum allerdings nicht unbezahlbar werden. Die von der GRÜN-roten Bundesregierung durchgeführte Reform des Wohnungsbaurechts hat diesbezügliche Möglichkeiten verbessert, die Energieeinsparverordnung gibt Eigentümerinnen und Eigentümern die notwendigen Vorgaben. Wir wollen, dass die vor allem im Wohnungsbestand erheblichen Potenziale der Energieeinsparung genutzt werden. Damit leisten wir einen Beitrag zur Senkung der „zweiten Miete“ und zur Reduzierung vor allem auch klimarelevanter Emissionen. Darüber hinaus sind Modernisierungsarbeiten arbeitsintensiver als der Neubau, so dass mit solchen Maßnahmen ein Beitrag zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes geleistet wird. Schließlich kann eine höhere Effizienz beim Mitteleinsatz als durch Neubau erreicht werden.

Wir wollen in unserer Regierungszeit in den nächsten Jahren jeweils mindestens 50 Prozent der zur Verfügung stehenden Mittel für die Wohnungsmodernisierung einsetzen. Angestrebtes Ziel ist dabei ein hessischer Impuls für die Bundespolitik, bald über die Energieeinsparverordnung hinausweisende Schritte weiterer Energieeinsparung zu erreichen. Dazu werden wir die Förderung auf den Passivhaus-Standard lenken.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

90 Prozent des Gebäudebestandes in der Bundesrepublik sind vor Inkrafttreten der Wärmeschutzverordnung von 1980 gebaut worden. 75 Prozent des privaten Energieverbrauchs entfallen auf Raumheizung. Entsprechend groß ist das Potenzial zur Energieeinsparung und damit zur Reduzierung von CO₂-Emissionen.

Bewertungen erleichtern durch den hessischen Gebäudepass

Deshalb werden wir einen hessischen Gebäudepass als ökologisches, innovatives und verbraucherfreundliches Bewertungsinstrument von Altimmobilien einführen. Damit können die klassischen Bewertungskriterien für den Gebäudewert um ein wichtiges Kriterium ergänzt werden. Das hilft Eigentümerinnen und Eigentümern, Käuferinnen und Käufern, Mieterinnen und Mieterinnen, die dadurch Kosten, Probleme und Risiken besser abschätzen können.

Der Gebäudepass soll die wichtigen Informationen über Energieverbrauch, schadstoffbelastete Bauprodukte und die Raumluftqualität enthalten. Dazu kommt ein Maßnahmenkatalog zur Gebäudesanierung, ihren Kosten und Informationen über öffentliche Fördermittel. Der Gebäudepass soll im Rahmen einer *Public Private Partnership* eingeführt werden. Wir wollen, dass sich das Land Hessen finanziell beteiligt und aktiv Partnerinnen und Partner sucht.

Junge Familien unterstützen

Wir wollen die Bildung von Wohneigentum vor allem für junge Familien unterstützen. Dabei setzen wir auf flächensparendes Bauen, um weiterer Zersiedlung entgegenzuwirken. Hessen hat in der GRÜN-roten Regierungszeit vor allem durch die „Aktion Hessenhaus“ einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung von günstigen und qualitätsvollen Baustandards geleistet. Es ist damit gelungen, die Herstellungskosten für Wohneigentum deutlich zu senken. Allerdings sind in manchen hessischen Gegenden die Bodenpreise für Normalverdiener unbezahlbar geworden. Wir setzen uns dafür ein, über Erbpachtmodelle und eine Grundsteuerreform hier zu Erleichterungen zu kommen.

Wir begrüßen die Bemühungen der Arbeitsgemeinschaft der Bauminister des Bundes und der Länder, die Bauordnungen so weit wie möglich zu deregulieren. Die von der jetzigen Landesregierung betriebene Novelle der Hessischen Bauordnung auf Kosten von Sicherheit und Qualität lehnen wir ab.

Durchdachte Stadtentwicklung vorantreiben

In besonderer Weise verbunden sind soziale und ökologische Aspekte im Städtebau. Hessen hat unter GRÜN-Rot mit dem Programm „Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“ (HEGISS) eine Vorreiterrolle in der sozialen Stadtentwicklung gespielt. Hessen war damit für das jetzige Bundesprogramm „Die soziale Stadt“ beispielgebend. Darüber hinaus stehen wichtige Aufgaben an in der Schaffung von mehr alten- und behindertengerechten Wohnungen und der Entwicklung von Siedlungskonzepten, insbesondere für Alleinerziehende, für Familien mit Kindern und für Menschen, die jenseits von Familienverbänden zusammen wohnen möchten.

Monotone, autogerechte Stadtplanung setzt der Erlebnis- und Erfahrungswelt von Kindern oft enge Grenzen. Kinder brauchen jedoch ein kindgerechtes Umfeld, um sich gefahrlos austoben zu können. Deshalb müssen die Bewegungsbedürfnisse von Kindern in der Stadtplanung mehr Gewicht bekommen, denn nur mit mehr Spiel- und Freiflächen können sich Kinder frei und gesund entwickeln.

Reine Schlafstädte ohne Gewerbe, oft sogar ohne Einzelhandel, sind eine Fehlentwicklung des vergangenen Jahrhunderts. Wohnen, Leben und Arbeiten gehören zusammen. Dies gilt auch für Schulen und Kindergärten. Grünanlagen, Freizeitstätten und Fuß- und Radwegeverbindungen sowie Verkehrsberuhigungsmaßnahmen flankieren die Entwicklung von Wohnquartieren, in denen es sich leben lässt.

Der Städtebau hat in Hessen durch das Bundesprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt“ neue Impulse erhalten. Besonders belastete Stadtteile sollen durch Förderung und die Kooperation lokaler Akteure so stabilisiert werden, dass sie sich wieder zu selbstständigen, lebensfähigen Stadtteilen mit positiver Zukunftsperspektive entwickeln. Wir wollen diese Entwicklung verstärkt fortsetzen.

Wir wollen die Stärkung der Stadt- und Gemeindezentren, weil die schlechte Alternative dazu die zentrumslose Peripherie ist und die Innenstädte veröden. Diese müssen vom Autoverkehr entlastet werden, um wieder menschengerecht statt autogerecht zu werden. Pragmatische GRÜNE Politik hat sich vom Dogma der absolut autofreien Innenstadt verabschiedet. Wir setzen stattdessen auf Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, die dazu einladen, sich mit dem Fahrrad oder zu Fuß zu bewegen. So werden öffentlicher Raum den Menschen wieder zugänglich gemacht und die Städte belebt.

Wettbewerb „Zukunftsfähiges Bauen“

Bauen und Wohnen entwickeln sich weiter und sollen weiterentwickelt werden. Wir wollen einen Wettbewerb „Zukunftsfähiges Bauen“ durchführen, an dem sich Akteure beteiligen können, die an der Entwicklung des Wohnens und des Wohnumfeldes sowie des Städtebaus arbeiten. Zur Vorbereitung dieses Wettbewerbs wollen wir daher einen Beirat einrichten, der sich vor allem mit folgenden Themenkomplexen befasst:

- neue Standards im Wohnungsbau;
- kostengünstiges Bauen;
- Entwicklung von innovativen, experimentellen Wohnprojekten für bestimmte Gruppen der Bevölkerung, insbesondere für Frauen, Familien und Alte;
- Vorschläge für den Bereich des ökologischen Bauens (umweltverträgliche Baustoffe, Niedrigenergiebauweise, Rückbau von Gebäuden etc.);
- Zukunft des Städtebaus.

REGIERUNGSPROGRAMM ZUR LANDTAGSWAHL AM 2. FEBRUAR 2003

FRAUENPOLITIK MIT POWER FÜR MEHR MACHT

Thema: GRÜNE Frauenpolitik

Eine umfassende Politik für alle Frauen

GRÜNE Frauenpolitik ist selbstbewusst, pragmatisch und feministisch – GRÜNE Frauenpolitik ist Machtpolitik. Wir setzen uns für die Vielfaltigkeit von Frauenleben ein; wir erheben im Gegensatz zu anderen Parteien aber nicht den Anspruch, Frauen vorschreiben zu wollen, wie sie zu leben haben. Es gibt nicht den „einen“ Lebensentwurf, Frauenleben ist vielfältig und mehrdimensional. Wir wollen Frauenpolitik so umfassend gestalten, dass alle Frauen sich bei uns wiederfinden.

Ein Kerninstrument GRÜNER Frauenpolitik für die systematische Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen einer gleichberechtigten Gesellschaft ist die Quote. Sie hat sich nicht nur in politischen Parteien als erfolgreich erwiesen, sondern auch, um Frauen und Mädchen bessere Ausgangsbedingungen bei der Wahl des Ausbildungsplatzes oder des Berufes zu ermöglichen.

Geschlechtergerechtigkeit herstellen

Der gesellschaftliche Strukturwandel verlangt auch nach neuen Antworten in der Frauenpolitik, denen wir uns stellen wollen. Die Frauenbewegung hat erreicht, dass viele frauenpolitische Themen als Allgemeingut in Gesellschaft und Politik eingeflossen sind. Dennoch sind wir im 21. Jahrhundert von einer gerechten Geschlechterdemokratie noch weit entfernt. Geschlechtergerechtigkeit bedeutet, neben gezielten Frauenfördermaßnahmen auch die Männer in den Blick und die Verantwortung zu nehmen. Frauenpolitik auf Landesebene ist Querschnittspolitik.

***Gender Mainstreaming* als landespolitische Strategie**

Keine politische Entscheidung ist geschlechtsneutral. Die Gleichstellung der Geschlechter ist nicht allein Frauensache, sondern ein Gebot der Demokratie. Der international und in Deutschland verbreitete Ansatz des *Gender Mainstreamings* – der Auswirkungen von politischen Planungen und Entscheidungen für Männer und Frauen in allen Politikfeldern berücksichtigt – ist Leitbild unserer Politik.

Gender Mainstreaming bedeutet, bei allen Maßnahmen, von der Planung bis zur Umsetzung, unterschiedliche Ausgangsbedingungen und Auswirkungen auf die Geschlechter zu erfassen und zu berücksichtigen. Durch die Anwendung des *Gender-Mainstreaming*-Prinzips werden die gesellschaftlich geprägten Geschlechterrollen und die unterschiedlichen Lebensverhältnisse und Bedürfnisse von Frauen und Männern

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

sichtbar gemacht. Auch Landespolitik muss sich diesem Prinzip der Geschlechterdemokratie verpflichten. Wir werden deshalb die Strategie des *Gender Mainstreamings* ausdrücklich für alle Politikbereiche nutzen, insbesondere bei der Sanierung des Landeshaushaltes und der Verwaltungsmodernisierung.

Als unverzichtbarer Bestandteil ist *Gender Mainstreaming* im Rahmen der Verwaltungsreform grundsätzlich zu verankern und somit in den Zielkatalog der Verwaltungsmodernisierung aufzunehmen. Auf allen Feldern, von der Aufgabenkritik über das Personalmanagement bis zur paritätischen Besetzung ihrer Steuerungsgremien, gilt es, die Zielsetzung der Geschlechtergerechtigkeit zu beachten und das Landesgleichstellungsgesetz konsequent umzusetzen. Die Leistungen der Verwaltung dürfen zukünftig nicht allein unter Kostengesichtspunkten betrachtet werden, sondern sind auch daran zu messen, welchen konkreten Beitrag sie zum Gleichstellungsziel leisten. Der Einsatz moderner Steuerungsinstrumente muss deswegen auch dahin genutzt werden, erzielte Gleichstellungsfortschritte oder -defizite erkennbar zu machen (Gleichstellungscontrolling). Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen werden den Prozess der Umsetzung kritisch begleiten und Öffentlichkeit über seine Auswirkungen herstellen.

Das Hessische Gleichberechtigungsgesetz weiterentwickeln

Der sich immer schwieriger gestaltende Arbeitsmarkt erfordert heute dringend gesetzliche Regelungen, um die strukturelle Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben zu beseitigen. Aus diesem Grund werden wir das Hessische Gleichberechtigungsgesetz zu einem aktiven Förderinstrument für Frauen weiterentwickeln und die Verschlechterungen durch die schwarz-gelbe Landesregierung rückgängig machen. Unser Ziel ist, den Frauenanteil bei den Erwerbstätigen zu erhöhen, eine gerechte Beteiligung von Frauen in allen Positionen zu erreichen und über Hessen hinaus Vorbildfunktion bei der Frauenförderung einzunehmen.

Infrastrukturen für die Chancengleichheit schaffen

Eine wesentliche Voraussetzung für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist die Vereinbarkeit von Erziehung, Familienversorgung und Erwerbstätigkeit. Die hierfür erforderliche Infrastruktur sicherzustellen ist einer der zentralen Schwerpunkte GRÜNEN Regierungshandelns. Wir fordern die Einrichtung von Schulen mit Ganztagsangeboten. Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder pädagogisch betreut werden, damit sie sich ohne schlechtes Gewissen ihrem Beruf oder anderen Aufgaben widmen können.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Wir wollen die gleichmäßige Verteilung von Ausbildung und Arbeit zwischen Frauen und Männern. Frauen sollen im Berufsleben trotz besserer Bildungsabschlüsse und Qualifikationen nicht länger mit ihrem Wunsch nach Vereinbarkeit von Kindern und Karriere an traditionell geprägten Strukturen scheitern. Wir werden deshalb die Betreuungssicherheit für Kinder in Hessen in der nächsten Legislaturperiode umsetzen.

Wir brauchen aber flexiblere Arbeitszeiten, mehr Teilzeitangebote – auch für Männer –, moderne Heimarbeitsplätze und eine aktive Frauenförderung nicht nur im öffentlichen Dienst, sondern auch in den hessischen Unternehmen. Wir werden deshalb mit den hessischen Unternehmern in den Dialog mit dem Ziel eintreten, Frauen die gleichen Bezahlungs-, Aufstiegs- und Karrierechancen zu gewährleisten wie Männern. Dieser Dialog soll durch *Gender Audits* und in Kooperation mit Frauenorganisationen begleitet werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass aktive Frauenförderung in Unternehmen bei der öffentlichen Auftragsvergabe berücksichtigt wird.

Frauentypische Berufe sind oft unterbezahlt. Im Gesundheitswesen z. B. arbeiten vor allem Frauen. Wir wollen deshalb die so genannten pflegenden Gesundheitsberufe aufwerten. Reformen im Gesundheitswesen müssen auch unter dem Aspekt des *Gender Mainstreamings* diskutiert werden und dürfen nicht auf dem Rücken der dort beschäftigten Frauen durchgeführt werden.

Das Engagement unterstützen

In Hessen existiert eine Vielzahl von Frauenprojekten und -institutionen im Bildungs-, Kultur-, Gesundheits-, Migrantinnen-, Familien- und Jugendbereich; sie sind die Akteurinnen einer emanzipatorischen Frauenpolitik. Dieses innovative Engagement von Frauen-Leben wollen wir in Landesverantwortung wieder offensiv und aktiv unterstützen.

Besonders angesichts des Einflusses der Fortpflanzungs- und Gentechnologie ist Aufklärung und Beratung darüber, dass Schwangerschaft und Geburt natürliche Prozesse sind, notwendig.

Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen

Schutz vor Gewalt zwischen Männer und Frauen ist ein wichtiges Ziel GRÜNER Politik. Die Anwendung von Gewalt stellt die schlimmste Verletzung in der Gleichheit der Geschlechter dar. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um sexualisierte, psychische oder physische Gewalt handelt. Gewalt muss in ihrer Gesamtheit erfasst werden, damit Präventivmaßnahmen und wirksame Strategien weiterentwickelt werden können.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Deshalb setzen wir uns weiter für den flächendeckenden Ausbau der Beratungsangebote für Opfer und Täter ein.

Das Bundesgewaltschutzgesetz, das zu Beginn des Jahres 2002 in Kraft getreten ist, bedeutet endlich einen Paradigmenwechsel im Umgang mit dem Thema Gewalt gegen Frauen. Die von uns forcierte Novellierung des hessischen Polizeirechts, welche die Befugnisse der Polizei zum Schutz von Opfern häuslicher Gewalt erweitert hat, muss durch einen „Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“ in Hessen ergänzt werden.

Der Aktionsplan soll Präventionsarbeit und Interventionsmaßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder aufeinander abstimmen und vernetzen. Der Aktionsplan greift die Erkenntnisse und Erfahrungen der Arbeit von Frauenhäusern und Frauennotrufen auf und wird in Hessen Strategien entwickeln, die auf eine grundsätzliche Ächtung von Gewalt gegen Frauen hinauslaufen. Dazu zählen Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen von Polizei und Staatsanwaltschaft ebenso wie eine finanzielle Absicherung der Beratungs- und Betreuungsarbeit von Frauenhäusern und Frauennotrufen.

Gemeinsam gegen Frauenhandel

Frauenhandel ist eine besonders widerwärtige Form der organisierten Kriminalität. Eine effektive Bekämpfung und ein verbesserter Opferschutz sind notwendig. Wir werden die Arbeit von Initiativen, die die Opfer betreuen, finanziell unterstützen. Dazu schlagen wir vor, dass aus im Zuge der Strafverfolgung von Menschenhändlern beschlagnahmten Waren und Geldern ein Landesfond errichtet wird, der den betroffenen Frauen zugute kommen soll.

Integration von Frauen

GRÜNE Frauenpolitik wird die Rechte von Frauen und Mädchen auch in einer multikulturellen Gesellschaft verteidigen und fördern. Dazu gehört auch die Ausübung der Religionsfreiheit und das Leben religiöser Traditionen, soweit dadurch nicht grundlegende Menschenrechte und Freiheiten von Frauen und Mädchen beschnitten werden. Alle Mädchen und Frauen in Hessen – unabhängig von Religion und Herkunft – sollen sich gleichberechtigt und frei im öffentlichen Leben bewegen dürfen.

REGIERUNGSPROGRAMM ZUR LANDTAGSWAHL AM 2. FEBRUAR 2003

BILDUNGSLAND HESSEN SELBSTSTÄNDIGKEIT, VIELFALT UND QUALITÄT ALS ZIELE

Bildung

Wissenschaft

Kultur als kulturelle Vielfalt

Thema: Bildung

Humane Schulen und angstfreies Lernen

Die Ergebnisse der PISA-Studie haben erhebliche Leistungsdefizite des deutschen Schulsystems deutlich gemacht. Sie zeigen die Notwendigkeit zu Reformen unseres Bildungssystems auf allen Ebenen. Wenn fast 20 Prozent unserer Schülerinnen und Schüler das Mindestmaß an Grundbildung nicht erreichen und auch die leistungsstärksten deutschen Schülerinnen und Schüler vielfach an anspruchsvollen Aufgaben scheitern, ist der Bedarf zur Verbesserung des Unterrichts und der Schulen offenkundig.

Umso wichtiger ist unser Ziel einer demokratischen und humanen Schule, die alle jungen Menschen in der Entwicklung ihrer Persönlichkeit, ihrer Fähigkeiten, ihrer Kenntnisse und ihrer Kreativität fördert und bildet. Wir wollen Schule als einen demokratischen Ort, der fordert und fördert, schützt und Erfahrungen ermöglicht. Schulen führen die Kinder und Jugendlichen durch Ausbildung von Wissen und Können in ihre Welt ein, sie sollen aber auch lebensbejahende Orte der sozialen und kulturellen Entwicklung sein. Kuschelecken in Grundschulen halten wir im Sinne eines spielerischen Lernens für ebenso selbstverständlich wie PCs in Klassenzimmern – unser Leitbild ist ein angstfreies, selbstbestimmtes Lernen. Zu einer guten Schule gehört für uns Leistung und Respekt ebenso wie Anerkennung und Zuneigung.

Bildung ist und bleibt die zentrale Herausforderung, um an der heutigen Wissensgesellschaft teilhaben und sie gestalten zu können. Bildung beginnt im Elternhaus, wird im Kindergarten und in den Schulen fortgeführt und endet auch im Berufsleben nicht.

Enge Zusammenarbeit mit allen Betroffenen

Diese Vorstellungen einer besseren Schule wollen wir in enger Kooperation mit den Betroffenen, also mit Lehrern und Lehrerinnen, Eltern und Schülern und Schülerinnen, entwickeln und umsetzen. Bei Reformen wollen wir den Weg des Dialogs gehen. Schulen sollen dabei um die besten Wege zur Verbesserung ihrer Leistungen in Wettbewerb treten.

Programm „Hessen Schule 21“

Nicht alles hängt am Geld, aber wir werden in den kommenden vier Jahren die notwendigen finanziellen Mittel für die Qualitätsverbesserung und Modernisierung der Schulen bereitstellen. Dabei sind die folgenden Schritte besonders vordringlich:

Unterrichtsausfall verhindern

Mit diesem Ziel wollen wir ein Recht auf Unterricht für Schülerinnen, Schüler und Eltern Realität werden lassen. Das trifft im Besonderen auch auf die Grundschulen zu. Die Eltern müssen sich darauf verlassen können, wann Unterricht stattfindet und ihre Kinder in der Schule betreut werden.

Die Qualität des Unterrichts verbessern – innere Schulreform

Vollständiger Unterricht allein ist eine wesentliche Voraussetzung für den Lernerfolg, aber noch keine Garantie dafür. Ein zeitgemäßer, den Schülerinnen und Schülern und deren Anforderungen entsprechender Unterricht ist mindestens ebenso wichtig. Dafür brauchen wir auch motivierte Lehrkräfte, denen es gelingt, die Lernbereitschaft von Schülerinnen und Schülern zu entwickeln und zu erhalten. Wir wollen ein Lernklima, das die kostbare Zeit an den Schulen erfolgreich nutzt. Ansprechende Räumlichkeiten mit der notwendigen Ausstattung sind dafür eine Voraussetzung. Auch die Pausenhöfe sollen so umgestaltet werden, dass sie für Spiel, Sport und Erholung geeignet sind. Die Zeit in der Schule muss zu mehr Verständnis der Welt und zu einer erheblich besseren Grundbildung als heute führen. Diesen Weg der Qualitätsverbesserung müssen die Schulen gemeinsam mit Eltern, Schülerinnen, Schülern und ihrem Umfeld gehen. Die Politik, die Schulverwaltung und die Bildungsforschung haben sie dabei zu unterstützen. Wir wollen neue Programme zur Qualitätsverbesserung der Lehrplanarbeit, Weiterbildung und Unterstützung der Lehrkräfte und der Modernisierung der Schulen.

Zur Grundbildung zählen wir die Fähigkeit, den eigenen Verstand kreativ, kritisch und sozial zu gebrauchen, ebenso wie die Fähigkeit zur mündlichen und schriftlichen Kommunikation in der deutschen Sprache. Sie umfasst Fremdsprachenkenntnisse, die Beherrschung der grundlegenden mathematischen Operationen, naturwissenschaftliche Basiskenntnisse und ein Grundverständnis der historischen, politischen, kulturellen, ökonomischen und ökologischen Zusammenhänge. Dafür ist es unerlässlich, dass den Schülerinnen und Schülern Lern- und Arbeitsmethoden vermittelt werden. Außerdem treten wir in Zeiten einer sich globalisierenden Welt dafür ein, dass die Schülerinnen und Schüler andere Kulturen kennen lernen. Dabei soll der Erfahrungshorizont von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund in den Unterricht aktiv eingebracht werden. Eine solche Grundbildung sollen alle Schülerinnen und Schüler erreichen. Die Grundbildung soll in den Schulformen so aufeinander abgestimmt sein, dass die Durchlässigkeit zwischen allen Schulsystemen gewährleistet ist. Das gute Abschneiden von Schulsystemen mit relativ später Differenzierung der schulischen Ausbildungsgänge in der PISA-Studie zeigt, wie wichtig diese Durchlässigkeit ist. Hier unterscheiden wir uns deutlich vom bildungspolitischen Leitbild

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

der schwarz-gelben Regierung, das eine möglichst frühe Differenzierung anstrebt und die Durchlässigkeit erschwert. Doch wir wollen nicht überholte Diskussionen führen, sondern Vielfalt und Flexibilität im Bildungssystem der Zukunft. Wir wollen das System der starren Lehrpläne in der jetzigen Form zu Gunsten von Rahmenplänen ablösen, die es den Schulen ermöglichen, ihr fachliches Profil auszubilden.

Die Qualität von Schule zeigt sich an ihrer Fähigkeit zur Förderung individueller Begabungen, an der Unterstützung benachteiligter Kinder, aber auch an der Förderung besonders Begabter und nicht zuletzt an der Öffnung für einen gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern. Differenzierte und individualisierte Lehr- und Lernformen, die das eigenständige Arbeiten, Denken und Lernen fördern, müssen zum Repertoire jeder Unterrichtsstunde gehören. Förderprogramme für benachteiligte Kinder und Jugendliche gehören zum Bildungsauftrag und zur Ausstattung aller Schulen. Zur Verbesserung der Unterrichtsqualität müssen viele Wege gegangen werden. Von zentraler Bedeutung sind dabei

- mehr Selbstständigkeit für die Schulen,
- die Einführung eines Bewertungssystems, das die Ausbildungsqualität der Schulen vergleichbar macht, und
- eine Reform der Lehrer- und Lehrerinnenausbildung.

Unterricht verbessern

Wir stehen für einen Unterricht, der sich an den Bedürfnissen der einzelnen Schülerinnen und Schüler orientiert und ihre soziale Herkunft berücksichtigt und der junge Menschen theoretisch und praktisch auf das Leben mit seinen vielfältigen Anforderungen vorbereitet. Wir wollen das demütigende und teure Sitzenbleiben überflüssig machen.

Wir wollen Schülerinnen und Schüler zum selbstständigen Arbeiten und zur konstruktiven Diskussion anregen. Der Frontalunterricht hat ausgedient; stattdessen wollen wir neue Unterrichtsformen wie den fächerübergreifenden Projektunterricht. Anstatt nur starre Lehrpläne auszuführen, sollen Lehrerinnen und Lehrer mit selbst gewählten Methoden Lernziele erreichen. Der kompetente Umgang mit Medien bildet die Grundlage für die Fähigkeit zu lebenslangem Lernen. Neue Lehrformen schaffen für Lehrerinnen und Lehrer den Freiraum, den sie zur gezielten Förderung bestimmter Schülerinnen und Schüler brauchen. Diese Förderung wollen wir durch Förder- und Deutschkurse sowie durch einen vom Land zu kontrollierenden Unterricht in der Herkunftssprache ergänzen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Das Lernen in der Schule wollen wir ergänzen durch das Lernen in der Gesellschaft: Schülerinnen und Schüler sollen durch Praktika das Leben jenseits des Schultores kennen lernen – nicht nur in Betrieben, sondern auch im Sozial- und Umweltbereich.

Qualitätsbewertung und -sicherung an den Schulen

Die Qualität des Unterrichts, der Lehr- und Lernprozesse, das Erreichen der Bildungs- und Erziehungsziele der einzelnen Schule muss vor allem von den Schulen verbessert und überprüft werden. Interne und externe Evaluation sind wichtige Bestandteile einer kontinuierlichen Schulentwicklung und besonders dann notwendig, wenn die Einzelschule mehr Selbstständigkeit erhalten soll.

Schülerinnen, Schüler und Eltern müssen wissen, wie gut ihre Schulen sind und wo sie stehen. Wir wollen gesicherte Verfahren zur Qualitätsmessung einführen, denn wir brauchen zur Verbesserung von Schule und Unterricht einen konstruktiven Wettbewerb zwischen den Schulen. Solche Qualitätsvergleiche sollen unabhängige Einrichtungen durchführen. Wir sind überzeugt, dass solche Einrichtungen besser geeignet sind, Vergleichsstudien zur Qualitätsbewertung von Schulen zu entwickeln als die Schulverwaltung.

Wir brauchen dringend Standards für Qualitätskontrollen und Leistungsvergleiche zwischen den Schulen. Das Zentralabitur wird nicht weiterhelfen, wohl aber Wettbewerb zwischen den Schulen auf der Basis verlässlicher Kriterien der Leistungsbemessung. Dabei benötigen Schulen mit besonders vielen Kindern aus sozial schwierigen Milieus besondere Unterstützung und Förderung.

Schulen brauchen Unterstützung bei der Qualitätsverbesserung. Nur mit „Messungen“ ist es nicht getan. Diese Unterstützung sollen die Schulen bekommen. Zur Qualitätssicherung werden wir die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen.

Selbstständigkeit und Selbstverantwortung der Schulen

Verantwortung für die Schule kann nur übernehmen, wer auch die wichtigen Entscheidungen treffen kann. Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen mehr Selbstständigkeit für die einzelnen Schulen. Schulen sollen alle sie betreffenden Dinge selbst entscheiden können – natürlich im Rahmen von gesetzlichen Vorgaben und Bildungszielen. Sie sollen ihr Personal selbst einstellen und Personalentwicklung betreiben. Funktionsstellen für Lehrerinnen und Lehrer sollen grundsätzlich nur noch auf Zeit vergeben werden. Wir streben an, neue Lehrkräfte nicht mehr zu verbeamen. Jede Schule soll über ihren Personal- und Sachhaushalt verfügen können, ebenso über ein eigenes Weiterbildungsbudget. Schulleiterinnen und Schulleiter sollen für ihre Aufgabe

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

besonders ausgebildet werden. Bei den Staatlichen Schulämtern muss die vorherrschende Praxis des Verordnens in eine beratende Praxis verändert werden. Zur Förderung der Autonomie der Schulen gehört auch der Aufbau von Kooperationsnetzen in die Gesellschaft hinein: Schule, Kommunen, örtliche Vereine, Verbände und Unternehmen sind hier als Kooperationspartner erwünscht. Wir wollen eine Schulkonferenz von Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie von Lehrkräften, die alle wichtigen Entscheidungen trifft. Die Mitsprache der Eltern, Schülerinnen und Schüler wollen wir verbessern. Wir wollen ein Programm „Hessen Schule 21“ für 200 Schulen ausschreiben, auf das sich Schulen bewerben können. Die Finanzmittel für ein solches Programm werden wir bereitstellen.

In vielen der in der PISA-Studie erfolgreich abschneidenden Ländern haben die Schulen eine größere Selbstständigkeit als bei uns. Dies zeigt, dass der GRÜNE Grundgedanke von der Schulautonomie Ausdruck zeitgemäßer Bildungspolitik ist.

Eingangsstufe Grundschule

Die durchweg positiven Erfahrungen der ca. 50 im Land arbeitenden Grundschulen mit variablen und durchlässigen Eingangsstufen wollen wir weiter entwickeln und die Errichtung weiterer Eingangsstufen nach diesem Modell an den Grundschulen mit Landesmitteln fördern, wo dies Schulgemeinde und Schulträger wollen und beantragen.

Die sechsjährige Grundschule

Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden mit der Einführung der sechsjährigen Grundschule einen ersten Schritt machen, der es Kindern ermöglicht, länger miteinander zu lernen. Erfahrungen in anderen Ländern belegen, dass in Schulsystemen, in denen Kinder bis zur Klasse 9 beisammen bleiben, lernschwache Kinder erfolgreicher gefördert werden als in Systemen, die die Kinder schon mit 10 Jahren in unterschiedliche Schulformen sortieren.

Weiterentwicklung des gemeinsamen Unterrichts

In den meisten anderen europäischen Ländern werden Kinder mit Unterstützungsbedarf bzw. sonderpädagogischem Förderbedarf wohnortnah in Regelschulen unterrichtet. Im Rahmen des für Deutschland schlechten Ergebnisses ist es zusätzlich bemerkenswert, dass gerade die Länder mit einer niedrigen Sonderschulquote in der PISA-Studie besser abgeschnitten haben. Dies zeigt, wie notwendig ein bewusster Ausbau heterogener Lerngruppen sowie der gemeinsame Unterricht gerade im Hinblick auf eine Qualitätsentwicklung des Lernens und Lehrens ist. Im Gegensatz

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

dazu steht die immer weitergehende Aussonderung von Kindern in getrennte Bildungswege. Wir wollen deshalb das Konzept des gemeinsamen Unterrichts von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf weiterentwickeln. Darüber hinaus wollen wir das GRÜNE Konzept zur Kooperation von Jugendhilfe und Schule weiter ausbauen, um insbesondere mehr präventive Hilfestellung geben zu können. Ziel unserer Bildungspolitik muss sein, Kinder mit Lernbeeinträchtigungen in den Regelunterricht zu integrieren statt auszusondern. Sowohl die Eltern behinderter als auch die Eltern nicht behinderter Kinder waren in der Vergangenheit in der Regel mit den Lernerfolgen ihrer Kinder sehr zufrieden. Auch die Lehrerinnen und Lehrer, die im gemeinsamen Unterricht eingesetzt sind, halten die Ausweitung und Weiterentwicklung für sinnvoll und notwendig. Ziel ist es dabei, dass Kinder in leistungsheterogenen Gruppen voneinander profitieren und im so genannten *Mainstream* bleiben können. Dies geschieht durch eine positive Lernatmosphäre, die Kindern unterschiedlicher Fähigkeiten individuelle Förderung ermöglicht.

Ganztagsangebote – Schule als Lern- und Lebensort am Nachmittag

Kinder brauchen Zeit, um zu lernen, sie müssen Dinge ausprobieren und erforschen können. Die gezielte Förderung ihrer Eigenaktivität ist das beste Lernprinzip. Wir wollen Schulen zu Lern- und Lebensorten machen und am Nachmittag für eine Vielfalt von Angeboten öffnen. Wir wollen Projekte und Kooperationsformen mit außerschulischen Einrichtungen; Vereine, Künstlerinnen und Künstler, Handwerkerinnen und Handwerker, Musikschulen, Studierende, Eltern u. a. sollen dabei in einem schulischen Entwicklungskonzept in die Angebote einbezogen werden, damit ein vielfältiges attraktives Ganztagsangebot entsteht.

Wir wollen Schulen mit Ganztagsangeboten, die nicht nur Orte des Lernens und der schulischen Wissensvermittlung sind, sondern auch der sozialen Begegnung im Stadtteil. Wir wollen mit einem neuen Landesprogramm Schulen mit Ganztagsangeboten besonders fördern und bis zum Ende der Legislaturperiode flächendeckend ein Netz von Ganztagsangeboten an den hessischen Schulen entstehen lassen. Dieses Angebot soll alle Schulformen umfassen. Dafür wollen wir die Finanzmittel bereitstellen, damit jeweils 100 Schulen pro Jahr zusätzlich ein solches Ganztagsangebot schaffen können. Bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode soll für alle Eltern und Schulkinder in Hessen eine Schule mit Ganztagsangebot in erreichbarer und zumutbarer Nähe vorhanden sein.

Unsere Vorstellung von schulischen Ganztagsangeboten orientiert sich am Grundsatz der Freiwilligkeit. Wir werden die Schulen durch ein Programm fördern, die aufgrund

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

der Entscheidung von Schulgremien und Schulträgern Ganztagschulen sind oder werden wollen.

Durch die Ausweitung der schulischen Ganztagsangebote wird das Bildungsangebot unserer Schulen erheblich ausgeweitet. Die stark kognitive Ausrichtung der Schule wird durch praktische, sportliche, künstlerische und Freizeitangebote erweitert. Eine Schule mit Ganztagsangeboten ermöglicht andere Lernrhythmen und eine gezieltere Förderung gerade der Lernschwächeren, sie bietet Raum für soziales Lernen und für eine bessere Sprachentwicklung von Kindern aus Migrantenfamilien. Sie verbessert die Möglichkeiten der Integration der Schulen in Gemeinden und Stadtteilen. Dies alles wird der Entfaltung der unterschiedlichen Fähigkeiten der Kinder zugute kommen.

Reform der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung

Wir brauchen eine grundlegende Reform der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung und Fortbildung in dem Sinne, dass sie einen deutlich höheren Anteil an didaktischen und methodischen Bestandteilen haben müssen. Lehrerinnen und Lehrer müssen Kinder motivieren und Stärken und Schwächen ihrer Schülerinnen und Schüler richtig diagnostizieren können.

Um die didaktischen und methodischen Fragen im Lehramtsstudium verstärkt zu behandeln, müssen auch die entsprechenden Professuren an den Universitäten eingerichtet werden, die sich auf empirischer Grundlage mit schulischen Lernprozessen befassen.

Die Ausbildung in der zweiten Phase (Studienseminare) soll diese Neuorientierung in der ersten Phase konstruktiv fortsetzen und verstärken. Dazu muss ihre Ausbildungsaufgabe und die Vorbereitung auf den Beruf wieder stärker ausgeprägt werden.

Alle Schulen sollen ein Fortbildungsbudget für die Fortbildung ihrer Lehrkräfte erhalten. Mit diesem Budget sollen die Schulen ihr eigenes Fortbildungsprogramm erstellen. Die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen muss für alle Lehrkräfte verbindlich sein. Dabei müssen Aus- und Fortbildung von Lehrkräften stärker darauf abgestimmt werden, dass Lehrerinnen und Lehrer nicht mit leistungshomogenen Gruppen zu tun haben und deshalb für differenzierende, variable und individuelle Formen der Gestaltung von Lernprozessen qualifiziert werden müssen.

Vielfalt und Differenz – Kulturen als Bereicherung

Wir sehen die Vielfalt der Kulturen, Nationalitäten, Religionen und Sprachen an unseren Schulen als Reichtum und Chance für eine bessere, tolerantere und

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

vielfältigere Schule und Bildung. Diese Vielfalt stellt heute aber auch eine Belastung und Herausforderung dar, weil die Aufgaben der Schule wachsen: Sprachförderung, soziale Integration, Förderung des Verständnisses unterschiedlicher Kulturen stellen Schulen und damit auch die Lehrerinnen und Lehrer oft vor schwierige Aufgaben, bei denen sie mehr Hilfe und Unterstützung brauchen.

Schule ist nicht nur der Ort, wo Toleranz und demokratisches Miteinander eingeübt werden müssen, sie ist neben dem Arbeitsmarkt die Stelle, an der Integration gelingt oder scheitert. Der gezielten Förderung zur Entwicklung von Sprachkompetenz in Deutsch messen wir deshalb eine besondere Bedeutung zu. Wir wollen mit Vorlaufkursen oder intensivem Unterricht in Deutsch als Fremdsprache die sprachlichen Defizite möglichst bis zum Ende des ersten Schuljahres beheben helfen.

Laptops für alle – der PC als Leitwerkzeug des 21. Jahrhunderts

Das Leitwerkzeug des 21. Jahrhunderts ist der PC, die alltägliche Informations- und Kommunikationstechnik. Wir wollen den Kindern und Jugendlichen ab einem bestimmten Alter, in dem die Sprachentwicklung weitgehend abgeschlossen ist, dieses Werkzeug in die Hand geben – als alltägliches Arbeitsmittel. Der Computer ist kein Bildungsziel, aber ein Werkzeug, um eigenständiger, aktiver und kreativer Englisch, Deutsch, Mathematik, Physik oder Latein zu lernen. Die neuen Medien bieten Chancen für mehr selbstständiges Lernen, für Projektlernen, für eine Öffnung der Schule durch Kommunikation mit anderen Schulen. Wir brauchen dazu die entsprechende Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung und wir brauchen dringend Vereinbarungen des Landes mit den Schulträgern über die Netzwerkbetreuung. Die Administration und Wartung ist auf dieser Basis dauerhaft zu organisieren und finanziell zu sichern.

Die Schulen müssen auf der Basis schulischer Konzepte mit der notwendigen Hardware ausgestattet werden. Wir brauchen dafür im ersten Schritt Modellversuche mit Laptops und / oder PCs für alle Schülerinnen und Schüler etwa ab der siebten Klasse. Hierzu sollten Ausschreibungen von entsprechenden Programmen erfolgen. Um einer digitalen Spaltung der Gesellschaft vorzubeugen, müssen die Schülerinnen und Schüler sich schon in der Grundschule mit dem Computer auseinandersetzen. Mittelfristig sollen alle Schülerinnen und Schüler ab der 7. Klasse mit Laptops oder PCs arbeiten können.

Europaschulen – der Weg der Schulen nach Europa

Europaschulen in Hessen sind auf Initiative von Bündnis 90/DIE GRÜNEN entstanden. Sie sollten Vorbild für die weitere Schulentwicklung sein, denn Europaschulen gehen mit der inneren Schulreform voran. Sie bieten ein europäisches, interkulturelles Curriculum, Möglichkeiten zu erweitertem Fremdsprachenlernen, Auslandsaufenthalte, internationale Schulpartnerschaften und europäische Projekte. Sie sind Vorreiter bei der Entwicklung von Ganztagsangeboten in Zusammenarbeit mit freien Trägern und der reformpädagogischen Ausrichtung des Unterrichts. In den hessischen Europaschulen wird ein Schwerpunkt „ökologische Bildung“ umgesetzt.

Europaschulen haben sich bewährt und müssen nun aus der Phase der Modellversuche herausgeführt werden. Sie müssen zum Regelfall werden und auch weiterführende Schulen einschließen. Wir wollen dafür sorgen, dass sich in jeder Schulträgerschaft eine Europaschule befindet. Zusätzlich wollen wir in allen Schulen die Grundidee Europas stärker vermitteln. Dabei wollen wir darauf achten, dass auch sozial schwächeren Schülerinnen und Schülern europäische Austauschprogramme ermöglicht werden. Wir wollen dadurch die Europäisierung des Bildungswesens voranbringen. Die Einstellung von nicht deutschen Lehrerinnen und Lehrern, die Einführung einer Fremdsprache bereits vom ersten Schuljahr an und die Förderung weiterer bilingualer Schulen sind dazu ein wichtiger Beitrag.

Berufliche Bildung – auf dem Weg zur Modularisierung

Wir treten für ein lebenslanges Aneignen von beruflichem Wissen auch in staatlichen Schulen ein. Jeder Mensch hat ein Recht auf berufliche Bildung und Weiterbildung. Wir wollen die Möglichkeiten der beruflichen Bildung und Weiterbildung gerade für benachteiligte Personen, für Menschen ohne oder mit veralteter beruflicher Ausbildung sowie für behinderte und zugewanderte Menschen verbessern.

Staat und Wirtschaft teilen sich Aufgaben und Kosten der beruflichen Bildung. Wir wollen weder den Staat noch die Wirtschaft aus ihrer Verpflichtung zur Aus- und Weiterbildung entlassen. Wir treten für eine verbesserte Kooperation beider Seiten ein. Das duale berufliche System gilt es zu verbessern, aber als eine sinnvolle Möglichkeit einer beruflichen Erstausbildung zu erhalten.

Wir setzen uns für die Entwicklung von Modulen in der beruflichen (Erst-)Ausbildung und Weiterbildung ein. Diese Module tragen der Tatsache Rechnung, dass die strikte Trennung von Berufsbildern und -feldern an Relevanz verliert. Entstehende neue berufliche Anforderungen und Lerninhalte müssen nicht zwangsläufig zu kompletten

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Berufsbildern führen, sie können als Modul mit Bildungsgängen verkoppelt werden. Module erlauben es, in der Erstausbildung wie in der Weiterbildung flexibel auf neue Anforderungen zu reagieren.

Module können aus kurzen Unterrichtseinheiten, aber auch aus Lehrgängen von mehreren Wochen bestehen.

In Verbindung mit Internet, Kameraausstattungen am PC und Vernetzung wollen wir den schrittweisen Einstieg in ein zukunftsorientiertes berufliches Bildungssystem schaffen. Entwickelt werden soll ein sozialen Kriterien entsprechendes Modulanrechtssystem. Dies bedeutet, dass nach einer beruflichen Erstausbildung staatlicherseits eine definierte Modulzeit (Bildungsgutscheine) innerhalb der Lebensarbeitszeit zur Verfügung gestellt wird. Bei darüber hinausgehenden Modulzeiten erfolgt eine finanzielle Mitbeteiligung des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers.

Wir wollen an Schwerpunktschulen Evaluationsmodelle zur Entwicklung von beruflichen Bildungsmodulen etablieren und landesweit schrittweise das berufliche Ausbildungssystem modernisieren. Wir werden uns für eine Novellierung des Berufsbildungsgesetzes auf Bundesebene einsetzen. Einen Anfang wollen wir in zukunftsweisenden Berufsbereichen wie IT-Dienstleistungen, erneuerbaren Energien oder einem der Gesundheit und der Ökologie dienenden Verbraucherschutz machen.

Berufsakademien können ein sinnvolles Angebot für eine praxisnahe Ausbildung unterhalb des Fachhochschulniveaus bieten. Deshalb sollen Maßnahmen zur Förderung qualitativ anspruchsvoller Berufsakademien geprüft werden.

Wir wollen den Aufbau ökologisch orientierter beruflicher Schulen verstärken. Diese sollen EU-weit Vorbildcharakter haben und sich deshalb als „ökologische berufliche Europaschulen“ mit beruflichen Schulen bei den EU-Partner- oder EU-Beitrittsstaaten austauschen.

Lebenslanges Lernen und lernende Region

Immer mehr Menschen nutzen heute Weiterbildungsmöglichkeiten. Wir wollen die Gesellschaft zur lernenden Gesellschaft machen. Die Förderung der Lernmöglichkeiten im Alltag und im Beruf und des Selbstlernens gehören dazu. In jedem größeren Ort sollen Häuser des Lernens entstehen oder ihre Nutzung ermöglicht werden, die auch für Erwachsene bis in den Abend als Lernort mit PC und Bibliothek zur Verfügung stehen. Wir wollen, dass Bildung für alle Menschen einen höheren Stellenwert bekommt. Gerade die neuen Medien, der PC und das Internet bieten gute Möglichkeiten des selbstgesteuerten Lernens, die durch stützende Rahmenbedingungen für mehr

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Menschen verfügbar gemacht werden sollen. Schulen, Hochschulen, Volkshochschulen und freie Bildungsträger sollen regional mit Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen an Konzepten für eine lernende Region arbeiten, die sich die Entwicklung des Wissenspotenzials einer Region zur Aufgabe macht.

Thema: Wissenschaft

Eine zukunftsorientierte Wissenschaftspolitik für Hessen

Wissenschafts- und Forschungspolitik sind für die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften zentrale Politikfelder. Deshalb wollen wir in der kommenden Legislaturperiode besondere Anstrengungen unternehmen, um Niveau und Leistungskraft von Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen auf einen besseren Stand zu bringen. Dazu gehören

- die sachgerechte und transparente Einführung einer leistungsgerechten Hochschulbudgetierung,
- die bisher vernachlässigte flächendeckende Verwirklichung von Evaluationen,
- die erleichterte Einführung von konsekutiven Bachelor- und Master-Studiengängen,
- die Stärkung der Aktivitäten der Hochschulen im Bereich der Weiterbildung und der Internationalisierung.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat sich zwar verbal zu diesen Aufgaben bekannt, es aber an den notwendigen politischen Initiativen und Impulsen fehlen lassen.

Wir werden die Wissenschaftspolitik finanziell vorrangig behandeln und uns dafür einsetzen, dass die Förderung von Forschung und Lehre in Hessen im Ländervergleich eine vordere Position erreicht. Zusätzliche Ressourcen sollen jedoch nicht mit der Gießkanne verteilt, sondern für gezielte Verbesserungen eingesetzt und mit strukturellen Innovationen verknüpft werden.

Zulassungsbeschränkungen vermeiden

Die Einführung von neuen hessischen Zulassungsbeschränkungen in Lehramtsstudiengängen ist eine Sackgasse hessischer Hochschulpolitik. Anstatt der gestiegenen Nachfrage nach Lehramtsstudienplätzen gerecht zu werden, wird die Zahl der Studienplätze mit dem bequemen Mittel der Zulassungsbeschränkung eingefroren. Wir wollen, dass auch in stark nachgefragten Studienfächern möglichst ausreichende Studienmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Wenn daher trotz nachfrageorientierter Hochschulbudgetierungsmodelle, durch die die Hochschulressourcen gezielt in stark ausgelastete Studienbereiche gelenkt werden, dennoch Zulassungsbeschränkungen drohen oder bestehen, muss künftig fortlaufend durch das Land und die Hochschulen neu geprüft werden, ob es möglich ist, diese Beschränkungen durch Ausweitung des Lehrangebots zu vermeiden oder zu entschärfen. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass bei akuten drastischen Nachfragesteigerungen, wie sie in den letzten Jahren in der Informatik und den Lehramtsstudiengängen auftraten, durch eine

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

zusätzliche Landesförderung qualitativ zufriedenstellende Studienbedingungen gewährleistet und Zulassungsbeschränkungen möglichst vermieden werden können.

Zulassungsreform für hessische Hochschulen – gestärkte Auswahlrechte für Studierende

Der Weg der verstärkten Profilbildung in Lehre und Forschung muss konsequent fortgesetzt werden. Dies darf aber nicht auf Kosten der Vielfalt des Lehrangebotes und kleinerer Fachbereiche und Institute gehen. In vielen Bereichen liegt die Zukunft nicht im Einheitsstudiengang von der Stange, sondern in fachlich unterschiedlich ausgerichteten Studienangeboten. Zur Profilbildung gehört auch, dass die Hochschulen klar definieren, welche Eingangsvoraussetzungen sie für ihre Studiengänge erwarten, und dass sie zugleich die fachliche Ausrichtung ihrer Studienangebote und die qualitativen Rahmenbedingungen des Studiums offen legen. Dafür ist es notwendig, die Einführung der von der schwarz-gelben Landesregierung bisher verschleppten Qualitätssicherung und -kontrolle in Lehre und Forschung zügig voranzutreiben. Hochschulen müssen sich selbst, den Studierenden und der Öffentlichkeit deutlicher als in der Vergangenheit Rechenschaft über ihre Leistungen und Erfolge in Lehre und Forschung geben. Nur so kann der Wettbewerb der Hochschulen um gute Leistungen in der Lehre intensiviert werden. Die Studierenden sollen eine klare Entscheidungsgrundlage für die Auswahl der sie interessierenden Studiengänge und Hochschulen erhalten. Hierfür ist eine stark verbesserte Studienberatung notwendig. Die bisher übliche Bevorzugung ortsnaher Bewerberinnen und Bewerber bei der Studienplatzvergabe lehnen wir ab, weil sie den spezifischen Interessen von Bewerberinnen und Bewerbern an einem besonderen Fachprofil nicht Rechnung trägt. Umgekehrt müssen die Hochschulen künftig bei profilierten Studiengängen auch nach studiengangspezifischen und fachbezogenen Kriterien über die Zulassung von Studierenden entscheiden können. Ausschlaggebend für die Studienfachwahl müssen Engagement und Interesse der Studierenden sein und nicht die Abiturnote. Das Prinzip der allgemeinen Hochschulreife und die bevorzugte Verteilung nach dem Abiturdurchschnitt müssen aus dieser Perspektive neu zur Diskussion gestellt werden. Dazu gehören konsequenterweise auch die Abschaffung der Zentralstelle für Vergabe von Studienplätzen (ZVS) und des Numerus clausus.

Leistungsbezogene Hochschulbudgetierung und keine Studiengebühren

Studiengebühren lösen die Hochschulprobleme nicht. Die ab 2003 in Hessen wirksam werdende leistungsbezogene Hochschulbudgetierung und die begleitende Hochschulsteuerung durch Zielvereinbarungen sind der richtige Ansatz, um den Hochschulen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Anreize für Initiativen zur Steigerung des Studienerfolgs und zur Verkürzung unnötig langer Studienzeiten zu geben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dieser bundesweit innovative Ansatz begleitend evaluiert und konstruktiv weiterentwickelt wird. Die Idee der Bildungsgutscheine bietet in Hinblick auf Finanzierungsmodelle für lebenslanges Lernen einige positive Aspekte; wir halten eine Einführung jedoch erst dann für vertretbar, wenn sich die Hochschulen verbindlich zu guten Studienbedingungen verpflichten. Solange qualitative hochwertige Studienbedingungen von den Hochschulen nicht garantiert werden können, dürfen die Studierenden nicht für lange Studienzeiten zur Kasse gebeten werden.

Die Attraktivität der Fachhochschulen stärken

Wir wollen, dass die Studienmöglichkeiten an den Fachhochschulen fachlich ausgeweitet und attraktiver werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Zahl der Bachelor-Master-Studiengänge an den Fachhochschulen erhöht und die Master-Absolventinnen und -Absolventen der Fachhochschulen tarifrechtlich denen der Universitäten gleichgestellt werden. Die Promotionsmöglichkeiten für besonders qualifizierte Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen werden wir durch ein gezieltes Stipendienprogramm verbessern. Die Fachhochschulen sollen ihr Fächerspektrum unter anderem um Studiengänge zur Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern ausweiten; parallel dazu wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass entsprechend qualifizierte Fachkräfte Beschäftigungsmöglichkeiten in Kindertageseinrichtungen erhalten und damit endlich die notwendige Höherqualifizierung der Pädagoginnen und Pädagogen in vorschulischen Einrichtungen praktisch verwirklicht wird. Durch gezielte Fördermaßnahmen zur Stärkung der Forschung in den Fachhochschulen soll der Beruf der Fachhochschullehrerin oder -lehrers attraktiver, der Wissenstransfer zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft vertieft und die Qualität der Ausbildung verbessert werden. Mittelfristig halten wir eine grundsätzliche Überprüfung der Entwicklungsperspektiven für die Hochschularten für notwendig.

Hessens Hochschulen sollen familienfreundlich werden

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die hessischen Hochschulen familienfreundlich werden. Insbesondere für Studierende und den wissenschaftlichen Nachwuchs muss sichergestellt werden, dass ausreichende und flexible Kinderbetreuungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Damit wissenschaftliche Projekte durch Schwangerschafts- und Erziehungsurlaube möglichst nicht beeinträchtigt werden, werden wir dafür sorgen, dass künftig die notwendigen Ersatzkräfte mit ausreichenden Einarbeitungs- bzw. Überleitungszeiten in den Projekten finanziert werden. Hochschulangehörigen mit kleinen Kindern soll die Flexibilisierung ihrer Arbeitszeit ermöglicht werden.

Die Instrumente der Frauenförderung konsequent einsetzen und weiterentwickeln

Der Anteil von Frauen in Führungspositionen in Wissenschaft und Forschung ist trotz vieler parteiübergreifender Bekundungen zur Frauenförderung nach wie vor außerordentlich gering. Inzwischen sind zwar etwa die Hälfte der Studienanfänger Frauen, aber mit jeder höheren Qualifikationsstufe sinkt ihr Anteil in den Hochschulen deutlich. Das gilt insbesondere für Natur- und Ingenieurwissenschaften. Bundesweit sind deutlich unter zehn Prozent aller Professuren mit Frauen besetzt. Hessen ist hier keine Ausnahme.

Wir wollen neue Initiativen zur Förderung von Frauen starten. Der anstehende Generationenwechsel an den Hochschulen muss auch zu einer deutlichen Erhöhung des Frauenanteils an den Professuren genutzt werden. Die Förderung von Frauen auf allen Ebenen, auf denen sie unterrepräsentiert sind, muss ein zentrales Kriterium für die Mittelzuweisung an den Hochschulen werden. Einen Beitrag hierzu können die Mentorinnen-Netzwerke leisten, deren Arbeit ausgebaut und gestärkt werden soll.

Wir wollen die Instrumente zur Chancengleichheit durch einen Wettbewerb um die *Best-Practice*-Hochschule auf dem Gebiet der Frauenförderung in der Wissenschaft ergänzen, bei dem möglichst umfassend und vielfältig angelegte Frauenfördermaßnahmen an Hochschulen gesucht und durch eine Prämie belohnt werden.

Darüber hinaus gilt es, im Sinne des *Gender Mainstreamings* Aspekte von Chancengleichheit als Bestandteil aller hochschul- und forschungspolitischen Maßnahmen zu integrieren und sie in Planungs- und Entscheidungsprozesse gezielt einzubeziehen. Im System der Hochschulbudgetierung muss das Ziel der Frauenförderung wirksam verankert werden. Die Einwirkungsmöglichkeiten der Frauenbeauftragten müssen insbesondere bei der Verwirklichung der Frauenförderpläne gestärkt werden. Sie müssen bei der Erarbeitung, Umsetzung und Weiterentwicklung der Zielvereinbarungen besser einbezogen sein.

Frauenförderung und Frauenforschung sind eng miteinander verbunden. Deshalb ist für uns die Frauen- und Geschlechterforschung ein Schwerpunkt wissenschaftlicher Arbeit. Dieser Forschungsbereich muss angemessen gefördert werden.

Mehr Internationalität an hessischen Hochschulen

Wir werden eine stärkere internationale Profilierung der hessischen Hochschulen unterstützen und hierbei insbesondere den Ausbau der Hochschulzusammenarbeit mit Hochschulen in Afrika, Asien und Lateinamerika anregen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Zur Internationalisierung der Hochschulen gehört auch eine Verbesserung der sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen für ausländische Studierende. Wir werden uns dafür einsetzen, dass bei öffentlich geförderten Wohnheimplätzen besonders Plätze für ausländische Studierende angeboten werden. Zudem befürworten wir eine Erhöhung der Mittel des bestehenden Notfallfonds für ausländische Studierende und für einen Ausbau des laufenden Stipendienprogramms und Studienbegleitprogramms für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Ebenso wollen wir ein Stipendienprogramm für Exil-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftler einrichten.

Hochschulen als Weiterbildungseinrichtungen stärken

In der Wissensgesellschaft nimmt die Bedeutung der Weiterbildung zu. Hochschulen bieten die besten Voraussetzungen, um Transfer aktuellen wissenschaftlichen Wissens in die Berufspraxis zu ermöglichen. Wir wollen durch die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen dafür sorgen, dass die hessischen Hochschulen ihre Weiterbildungsaktivitäten gezielt ausbauen. Entsprechende Initiativen der Hochschulen sollen im Rahmen des Innovationsbudgets gefördert werden.

Lehrerbildung und Bildungsforschung koordiniert verbessern

Da die überfällige Qualitätssteigerung der Schulausbildung nur zu verwirklichen ist, wenn Lehrerinnen und Lehrer gezielter und besser auf die Aufgaben in den Schulen vorbereitet werden, wollen wir die hessische Lehrerausbildung gründlich reformieren und qualitativ entscheidend verbessern. Dazu ist es notwendig, dass in der Lehramtsausbildung neue Wege beschritten werden und der Anschluss an die internationalen Standards gewonnen wird. Als strukturelle Innovationen sollen z. B. konsekutive Bachelor-Master-Studiengänge als Zugang zum Lehrerberuf sowie der Ersatz des Referendariats durch eine besonders gestaltete Berufseingangsphase erprobt werden. Inhaltlich muss im Rahmen des Lehrerstudiums die Schulrealität stärker in den Blick genommen und auf wissenschaftlicher Grundlage berufs- und gestaltungsorientiert thematisiert werden. Voraussetzung hierfür ist eine stärkere Fokussierung der Lehr- und Forschungsschwerpunkte in den Hochschulen auf Fragen der empirischen Schul- und Unterrichtsforschung. Deshalb wollen wir in der Forschungsförderung einen Förderschwerpunkt im Bereich der Bildungsforschung einrichten.

Zukunftsorientierte Forschungspolitik für Hessen

Ausgaben für Forschung sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen Hessen als Forschungs- und Innovationsstandort stärken und die Forschung zur Bewältigung von drängenden gesellschaftlichen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Problemen gezielt vorantreiben. Die bestehende allgemeine antrags- und institutionenbezogene Forschungsförderung soll fortgeführt, aber durch eine thematisch konzentrierte Programmförderung ergänzt werden. Neben der Bildungsforschung sollen dabei drei Themen in den Mittelpunkt gestellt werden, nämlich

- nachhaltige Entwicklung,
- moderne Dienstleistungen und
- Leben im Alter.

Besonders fördern werden wir Forschungen zu Fragen des Verbraucherschutzes, der gentechnischen Sicherheit und die Reflexion der sozialen und ethischen Probleme gentechnischer Entwicklungen. Wir halten es für eine unverzichtbare Aufgabe öffentlich finanzierter Wissenschaft, angesichts des schnellen Fortschreitens und der Ausbreitung gentechnischer Forschung und Anwendungsmöglichkeiten auch die damit verbundenen vielfältigen Fragen der Sicherheit und der ethisch-sozialen Auswirkungen zu bearbeiten. Einen weiteren Förderschwerpunkt soll die Forschungs- und Innovationsförderung auf dem Gebiet der modernen, wissensbasierten Dienstleistungen bilden. Der Dienstleistungssektor, zu dem z. B. Unternehmen aus den Bereichen Marketing, Medien, Finanzdienstleistungen, Software oder E-Commerce gehören, ist in Hessen besonders stark vertreten und trägt entscheidend zur überdurchschnittlichen Wirtschaftskraft des Landes bei. Gemeinsam mit Firmenvertretern und -vertreterinnen sollen Wege gesucht werden, mit denen dieser Wirtschaftszweig durch die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen zusätzliche Innovationsimpulse erhält.

Auch der Forschungsschwerpunkt „Leben im Alter“ muss besonders gefördert werden. Wissenschaft in Hessen soll ihren Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen leisten, die sich durch die Veränderung der Altersstruktur in Deutschland ergeben. Das Themenspektrum reicht dabei von Fragen der zukünftigen sozialen Sicherungssysteme bis zu altersgerechten Techniken, etwa bei der Nutzung moderner Informationssysteme.

In der Forschungsförderung muss die *Gender*-Perspektive verankert, d. h. bei den Themen bzw. Projekten nach den Auswirkungen auf beide Geschlechter gefragt werden. Darüber hinaus soll da, wo dies sachlich angemessen ist, eine disziplinübergreifende wissenschaftliche Bearbeitung und eine enge Zusammenarbeit zwischen gesellschaftlichen Gruppen und den Forscherinnen und Forschern ausdrücklich unterstützt werden. Solche transdisziplinäre, problemorientierte Forschung, die derzeit vorwiegend im Rahmen von Technikfolgenabschätzungen, Risikoanalysen und der sozialökologischer Forschung realisiert wird, wird auch in Hessen bisher durch die

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

disziplinäre Struktur von Hochschulen und Forschungseinrichtungen erschwert.
Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb unter anderem im Rahmen von
Zielvereinbarungen und Schwerpunktsetzungen verstärkt transdisziplinäre
Forschungsansätze unterstützen und entsprechende Forschungskapazitäten stärken.

Thema: Kultur als kulturelle Vielfalt

Neue Kulturimpulse für Hessen

Kultur ist in einer Welt wachsender gesellschaftlicher Differenzierung von herausragender Bedeutung. Kulturelle Bildung fördert Toleranz, Kreativität und Identität; Kultur ist daher eine wichtige Zukunftsressource der offenen Gesellschaft. Die Künste leisten einen unschätzbaren Beitrag zum Reichtum des individuellen und sozialen Lebens. GRÜNE Politik will den dynamischen Prozess, in dem die Gesellschaft die überkommenen Sichtweisen und Kommunikationsverhältnisse reflektiert und immer wieder neu in Frage stellt, erhalten und fördern. Hierzu gilt es, Bedingungen zu schaffen und zu erhalten, die Kreativität und kulturelle Vielfalt ermöglichen – insbesondere eine tolerante und weltoffene Gesellschaft.

Eine offene Gesellschaft mit gut ausgebildeten, urteilsfähigen Menschen kann kulturelle Innovationen hervorbringen und Impulse wahrnehmen, die ihrer eigenen Erneuerung zuträglich sind. Aus diesem Grunde ist es eine zentrale Aufgabe GRÜNER Politik, Freiräume für Kunst und Kreativität zu sichern und zu fördern, die eine kulturelle Vielfalt ermöglichen.

Vielfalt erhalten

Kunst und Kultur äußern sich in ganz unterschiedlichen, gewachsenen Disziplinen und Formen, die nach ihrem eigenen Anspruch und ihrem eigenen Charakter sowie nach ihrer Qualität zu betrachten sind. Daher wollen wir große und kleine Institutionen, moderne und klassische, bürgerliche und avantgardistische, erwachsene und kindgemäße Kunst nicht gegeneinander ausspielen. Ein wesentliches Anliegen der Kulturpolitik von Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist es, die gewachsene Vielgestaltigkeit der Kunst- und Kulturformen zu bewahren.

Zugang zu Kultur öffnen

Der Zugang zu Kunst und Kultur muss allen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten offen stehen. Um dies zu ermöglichen, wollen wir verstärkt Einrichtungen und Initiativen unterstützen, die eigenständige kulturelle Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger fördern und interkulturelle Begegnungen ermöglichen. Neue Kulturimpulse orientieren sich an der Zukunft unserer Gesellschaft; die Attraktivität kultureller Aktivitäten für die Jugend sowie die Akzeptanz und Anerkennung fremder Kulturen sind Merkmal für unser besonderes Engagement.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

In diesem Zusammenhang setzen wir uns für die hessischen sozio-kulturellen Zentren ein, die sich in ihrer Arbeit sehr erfolgreich für ein breites kulturelles Angebot mit den Schwerpunkten Jugend- und Interkultur engagieren. Wir unterstützen insbesondere Initiativen und Projekte, die sich künstlerisch mit der Gleichstellung und der kulturellen Gestaltung lesbischer und schwuler Lebensformen auseinandersetzen.

Allen Formen kultureller Betätigung, die der schwierigen Suche von Migrantinnen und Migranten nach einem neuen Verhältnis von Herkunftskultur und hiesiger Gesellschaft dienen, gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Auch Initiativen zur Förderung der Grundidee eines vereinigten Europas finden unsere besondere Zustimmung.

Wir begrüßen, dass Jugendliche zukünftig auch ein freiwilliges kulturelles Jahr absolvieren können. Wir wollen dafür Interesse wecken und klare Rahmenbedingungen schaffen. Dies gilt für neue Medien und neue künstlerische Ausdrucksformen ebenso wie für die traditionellen künstlerischen Techniken. In Zusammenarbeit mit Schulen sollen Kinder und Jugendliche die Möglichkeit erhalten, Künstlerinnen und Künstlern und deren besonderen Arbeitsweisen zu begegnen.

Wir wollen ein weltoffenes Hessen. Deshalb unterstützen wir alle Kulturschaffenden darin, Menschen unterschiedlichster Herkunft zusammenzuführen und mit dem breiten Spektrum der Künste zu konfrontieren. Insbesondere wollen wir Künstlerinnen und Künstler ermutigen, auch das künstlerische Experiment in seiner Unbestimmtheit und Vieldeutigkeit zuzulassen, den kritischen Widerspruch zu wagen und den Mut zum In-Frage-Stellen aufzubringen.

Die Förderpraxis für bildende Künstler muss verbessert werden. Wir werden uns für geeignete Maßnahmen einsetzen, die vor allem unbekannte junge und ausländische Künstlerinnen und Künstler zuverlässiger und stetiger fördert als bisher. Anstelle einer eher zufälligen Förderpraxis sind neue Förderinstrumente zu entwickeln, wie etwa eine Kulturstiftung für junge bildende Künstlerinnen und Künstler, die öffentliche Finanzierung mit privatem Engagement ergänzt.

Offener, auch kritischer Umgang mit der eigenen nationalen Vergangenheit ist für uns Voraussetzung für eine freiheitliche, demokratische Gesellschaft heute. Allgemein akzeptierte Formen der Erinnerung zu finden und zeitgemäß weiterzuentwickeln ist eine wichtige, auch kulturelle Aufgabe, die jede Generation für sich neu bewältigen muss. Wir unterstützen aus diesem Grund alle Bestrebungen, die Verbrechen des Nationalsozialismus im Alltag sichtbar zu machen und lebendige Erinnerungskonzepte umzusetzen.

Den Denkmalschutz stärken

Die Bewahrung unserer gebauten Umwelt und der Umgang mit diesem historischen Erbe stellt immer aufs Neue die Frage nach der Bedeutung geschichtlicher Erfahrungen und den Erinnerungen, die sich an den Gebäuden ablesen lassen. Nutzungskonzepte für die Gegenwart und die Zukunft dieser Bauten sind daher unabdingbar. Nur so gewinnt der Alltag der Menschen, über das Erbauliche hinaus, Orientierung, und Kontinuität und Differenzen bleiben sichtbar.

Neues Bauen in historischem Bestand bekommt daher eine besondere Bedeutung für die Erhaltung urbaner Strukturen der Städte und Kommunen. Bündnis 90/DIE GRÜNEN treten deshalb für eine Aufwertung des Ensembleschutzes im Hessischen Denkmalschutzgesetz ein. Wir werden uns auch dafür einsetzen, die schleichende personelle Ausdünnung der Unteren Denkmalschutzbehörden aufzuhalten. Nur ein voll besetztes Amt kann seine bewahrenden und ganz besonders vermittelnden Aufgaben erfüllen.

Die Neufassung des Hessischen Baugesetzbuches, in der der Denkmalschutz keine Berücksichtigung mehr findet, lehnen wir ab.

Erhalt urbaner Viertel

Die Anonymisierung des öffentlichen Raums hat einen besorgniserregenden Grad erreicht. Wo Banken, Versicherungen und Einzelhandelsketten das gewachsene Netzwerk der kleinen Läden und Märkte verdrängen, lösen sich die kommunikativen Bezüge auf, die seit jeher Nährboden für lebendige soziokulturelle Szenen waren. Wir werden uns daher für den Erhalt urbaner Viertel durch Erhaltungssatzungen und andere Maßnahmen einsetzen, um kleinere Läden, insbesondere mit kulturelevantem Angebot, zu unterstützen.

Kultur als Standortfaktor

Für Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird die staatliche Förderung von Kunst und Kultur nicht von Aspekten des ökonomischen Nutzen geleitet; Grundlage einer verantwortungsvollen Kulturpolitik ist vielmehr das allgemeine Interesse und der fortwährende gesellschaftliche Nutzen von Kunst und Kultur. Ein wesentliches Anliegen unserer Kulturpolitik ist daher, die gewachsene Vielgestaltigkeit der Kunst- und Kulturformen zu bewahren. Dies ist allerdings umso wichtiger, als Kunst und Kultur heute als ein nicht unerheblicher Wirtschaftsfaktor gelten. Die Kulturindustrie ist einer der größten Wachstumsmärkte geworden und die Attraktivität von Wirtschaftsregionen definiert sich mehr und mehr auch nach deren kulturellem Angebot.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Tausende von Baudenkmalern und weit über 400 Museen spiegeln die Besonderheiten und die Schönheiten der hessischen Kulturlandschaften wider. Millionen Besucher können Jahr für Jahr registriert werden – wenn man Hessen kennen lernen will, dann dort. Wir werden uns dafür stark machen, dass diesen Institutionen ihre Unterstützung nicht gekürzt werden, im Gegenteil: Wir werden anregen, in den hessischen Industrieregionen den Blick auf Technik- wie Sozialgeschichte hinsichtlich musealer Präsentationen zu verstärken.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN würdigen das große ehrenamtliche Engagement im Kunst- und Kulturbereich und erkennen das Engagement der Menschen an, die ihre Arbeit in den Aufbau kultureller Projekte und Initiativen stecken. Sie tragen dadurch zur Entwicklung der Regionen und zur Entstehung neuer Arbeitsplätze bei. Ihre Arbeit wollen wir intensiv unterstützen.

Entwicklungschancen nutzen – Kulturhauptstadt Europa 2010

Bündnis 90/DIE GRÜNEN begrüßen die angekündigten Bewerbungen von Kassel und der Rhein-Main-Region als Kulturhauptstadt Europa 2010. Alle Überlegungen zu Vernetzungen und Schwerpunktbildungen, aber natürlich auch die notwendigerweise damit einhergehende finanzielle Förderung im Kulturbereich, sind ein Gewinn für die Kulturlandschaft Hessens.

Für uns steht bei den Bewerbungen besonders die Verbesserung der kulturellen Infrastruktur als Gewinn für die Menschen in Hessen, für die Entwicklung Nordhessens und als ein Baustein für das Zusammenwachsen der Rhein-Main-Region im Vordergrund. Wir räumen den Bewerbungen Chancen ein, denn sowohl die Rhein-Main-Region als auch Kassel haben kulturelle Höhepunkte zu bieten. Diese können aber nur herausgestellt werden, wenn die Politik auf allen Ebenen das nötige finanzielle und emphatische Engagement aufbringt. Dafür wollen wir in den nächsten Jahren im Landtag sorgen.

Dabei wollen wir dem kulturellen Aspekt der ökologischen Umgestaltung unsere besondere Aufmerksamkeit schenken. Neben den technischen und wirtschaftlichen Zukunftschancen, die sich damit eröffnen, werden wir verstärkt die ästhetische Dimension dieser Umgestaltungen zum Thema machen und hierbei auch auf die kultur- und geisteswissenschaftlichen Ressourcen unseres Landes zurückgreifen. Eine ökologisch reformierte Gesellschaft ist auch mit Blick auf die ästhetischen Bedürfnisse seiner Bürgerinnen und Bürger eine lebenswertere Gesellschaft.

REGIERUNGSPROGRAMM ZUR LANDTAGSWAHL AM 2. FEBRUAR 2003

WIRTSCHAFT, FINANZEN UND MEDIEN ENTWICKLUNGSCHANCEN FÜR HESSEN

Wirtschaft und Finanzen:

- Nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik für Hessen
- Ein GRÜNES Nordhessen ist ein starkes Nordhessen

Medien:

- Meinungsvielfalt und Medienkompetenz – Garanten für einen erfolgreichen Medienstandort Hessen

Thema: Nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik

Nachhaltigkeit als Chance für die Wirtschaft in Hessen

Ziel GRÜNER Wirtschafts- und Finanzpolitik in Hessen ist ein sozial und ökologisch nachhaltiges Wachstum, das Arbeitsplätze schafft, die Teilhabe aller am wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben ermöglicht und die Regionen stärkt. Die Fokussierung auf eine in diesem Sinne nachhaltige Wirtschaftspolitik unterstreicht die Bedeutung, die GRÜNE Wirtschafts- und Finanzpolitik der langfristigen Tragfähigkeit politischen und wirtschaftlichen Handelns beimisst.

Existenzgründungen fördern und vereinfachen

Wir wollen, dass Existenzgründungen einfacher und damit attraktiver werden. Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen dafür die Unterstützung der Gründerinnen und Gründer von neuen Unternehmen in Hessen verbessern. Die auf Initiative von GRÜN-Rot gegründete Investitionsbank soll in Zukunft kundennäher und öffentlich wahrnehmbarer agieren. Um bürokratische Hürden bei der Gründungsunterstützung abzubauen, wollen wir die Auflagen für staatliche Existenzgründungshilfen reduzieren und praktikabler gestalten.

Risikokapital trägt zu neuer Beschäftigung bei. Deshalb fordern wir weiter vereinfachte Verfahren zum Erhalt von Kapital für *Start-ups* und die Unterstützung des Landes für das Vorhaben einer Informationsbörse zur Etablierung eines informellen Marktes für Risikokapital. Die Kontrollmechanismen (z. B. Börsenaufsicht) für die Kapitalvergabe für *Start-ups* sollen überprüft werden, um Unternehmenspleiten vorzubeugen.

Eingewanderte, die ein Unternehmen gründen wollen, sollen durch das Beratungs- und Unterstützungsangebot der Kammern und Berufsverbände gezielt unterstützt werden. Viele so genannte Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter sind zu Unternehmerinnen und Unternehmern und Ausbilderinnen und Ausbildern geworden und leisten ihren Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Wir wollen für eine notwendige Integration von ausländischen Unternehmerinnen und Unternehmern in das duale Berufsbildungssystem in Deutschland sorgen.

Mittelstandspolitik als Basis nachhaltigen Wirtschaftens

Kleine und mittelständische Betriebe stehen als die entscheidenden Träger der hessischen Wirtschaft im Zentrum GRÜNER Wirtschaftspolitik. Hier werden Arbeits-

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

plätze geschaffen und Investitionen angeschoben und umgesetzt. Mittelständische Betriebe sind am stärksten mit der Region verbunden. Neben der umfangreichen Unterstützung von Existenzgründern ist daher die Sicherung der Finanzierung, die Modernisierung von Aus- und Weiterbildung sowie die Förderung der Innovationskraft und Internationalisierung des hessischen Mittelstandes für uns vorrangige Aufgabe. Um gerade in diesem Bereich ökologisch und sozial nachhaltiges Wachstum zu fördern, setzen wir uns besonders für eine Förderung regionaler Vertriebsstrukturen, des Exports von Umwelttechniken und des Ausbaus von nachhaltigem Tourismus in den Regionen ein. GRÜNE Mittelstandspolitik durchzieht damit alle Politikbereiche und ist auf Landesebene besonders in der regionalen Wirtschaftspolitik verankert.

Regionale Wirtschaftspolitik

Hessen verfügt über eine leistungsfähige Wirtschaft. Im Vergleich aller Flächenländer wurde 2000 in Hessen das höchste Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf erzeugt. Allerdings ist Hessens Wirtschaftsstruktur durch ein steiles Süd-Nord-Gefälle gekennzeichnet. Das hohe BIP wird großteils in der Rhein-Main-Region erwirtschaftet. Spiegelbildlich dazu ist die Arbeitslosenquote im Norden nahezu doppelt so hoch wie im Süden. Die von den strukturellen Differenzen ausgelösten Pendlerströme belasten die hessische Verkehrsinfrastruktur zusätzlich zum starken nationalen und internationalen Durchgangsverkehr.

Nord- und Mittelhessen an die Strukturen des Rhein-Main-Ballungsraums anzugleichen ist weder möglich noch sinnvoll. Die Landespolitik ist vielmehr gezielt auf die unterschiedlichen Strukturen und die Förderung regionaler Stärken auszurichten. Maßnahmen dazu sind u. a.:

- Der Kommunale Finanzausgleich hat die Ausgangsbasis strukturschwacher Regionen zu verbessern.
- Die Landeseinrichtungen mit ihren vielen Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich (in Universitäten, Fachhochschulen, Kliniken, Behörden) in Mittel- und Nordhessen sind zu erhalten und auszubauen.
- Statt weiterhin nur zu versuchen, die hessischen Verkehrswege unter großen ökologischen Opfern an die Pendlerströme anzupassen, können zunehmend auch die entstehenden leistungsfähigen und preisgünstigen Datenverbindungen vom Ballungsraum in die Region genutzt werden. Wir schlagen vor, dass sich das Land Hessen an öffentlichkeitswirksamen Modellprojekten von Netzanbietern und -nutzern beteiligt, um Arbeitsplätze teilweise oder vollständig in die Region zu verlagern.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

- Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden die Agrarwende endlich auch in Hessen einleiten. Die hessischen Mittelgebirge sind für extensive land- und forstwirtschaftliche Nutzung besonders gut geeignet. Gerade auch in Mittel- und Nordhessen werden somit zusätzliche Arbeitsplätze im ökologischen Landbau und der regionalen Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte entstehen.
- Eng mit einer nachhaltigen land- und forstwirtschaftlichen Nutzung ist der „sanfte Tourismus“ verbunden, dessen Förderung ein weiteres Element GRÜNER Regionalpolitik für Hessen sein wird. Dies gilt besonders für Nordhessen.
- Kommunale Initiativen, welche die regionale Zusammenarbeit vorantreiben und regionale Identitäten schaffen, sind vom Land zu fördern. Die Kommunen sind insbesondere beim Aufbau eines regionalen Gewerbeflächenmanagements zu unterstützen. Bei der Entscheidung darüber, wie die hessischen Wirtschafts- und Technologiefördermittel eingesetzt werden, ist die Zusammenarbeit mit regionalen Institutionen zu suchen.

Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben

Unsere Gesellschaft hat ein Demokratiedefizit, wenn Frauen trotz besserer Bildungsabschlüsse und Qualifikationen mit ihrem Wunsch nach Vereinbarkeit von Kindern und Karriere an traditionell geprägten Strukturen im Erwerbsleben scheitern. Drei Faktoren sind wesentlich: Verbesserte Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche, die Bereitschaft, die Betreuung der Kinder zwischen den Eltern zu teilen, und Arbeitsverhältnisse in Unternehmen, die auch bei Berufen mit hoher Qualifikation eine flexible und reduzierte Arbeitszeitregelung ermöglichen. Keine Frau darf vor die Entscheidung zwischen Kind und Karriere gestellt werden.

Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Betreuungssicherheit für Kinder aller Altersstufen und die Errichtung von Schulen mit Ganztagsangeboten notwendig.

Für Frauen, die sich selbstständig machen wollen, fordern wir eine Existenzgründungsoffensive mit Hilfe von Gründungsnetzwerken und Mentoring als Form gegenseitiger Unterstützung.

Die Arbeitsbedingungen in Betrieben und Unternehmen sollen flexibler gestaltet werden; Teilzeitangebote, moderne Heimarbeitsplätze und flexible Arbeitszeiten sind Bausteine, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Wir wollen mit den hessischen Unternehmen in den Dialog über eine aktive Frauenpolitik, z. B. über die Erstellung von Frauenförderplänen, eintreten, um Frauen die gleichen Aufstiegs- und Karrierechancen zu gewährleisten wie Männern.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Motiviert werden soll dieser Dialog mit der Erlangung so genannter *Gender Audits*. Diese werden in Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen erarbeitet. Um sie zu erfüllen, stellen die Unternehmen einen öffentlichen Bericht über ihre interne Frauen- sowie Familienförderung auf. Die Unternehmen mit den besten Ergebnissen werden zusätzlich jährlich mit einem Preis ausgezeichnet.

Dank der politischen Initiative von Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird auch in großen Unternehmen zunehmend Frauenförderung betrieben. Wir setzen uns dafür ein, dass aktive Frauenförderung in Unternehmen bei der öffentlichen Auftragsvergabe berücksichtigt wird.

Arbeitsmarktpolitik

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist ein zentrales Ziel GRÜNER Wirtschafts- und Sozialpolitik. Jede und jeder soll die Chance haben, eine Erwerbsarbeit auszuüben, die eine menschenwürdige und dem gesamtgesellschaftlichen Wohlstand angemessene Existenz ermöglicht. Dies gilt auch und gerade für Menschen in den mittleren und älteren Jahrgängen.

Ein intelligenter Politikmix schafft Arbeitsplätze

Wir halten eine Politik, die global ausschließlich auf mehr Investitionen und mehr Wachstum setzt, für nicht zukunftsfähig. Wir setzen stattdessen auf einen intelligenten Politikmix mit den Elementen

- Förderung des notwendigen Strukturwandels,
- Senkung der Lohnnebenkosten,
- Arbeitsumverteilung und
- Qualifizierung und verbesserte Vermittlung, um die Lücke zwischen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage zu verringern.

Soziale Dienstleistung und ökologisches Wirtschaften fördern

Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden solche Maßnahmen und Projekte besonders unterstützen, die den ökologischen Umbau der Wirtschaft voranbringen und die Arbeitsplätze im Bereich der sozialen Dienstleistungen schaffen.

Eine Ökologisierung des Wirtschaftens im Produktions- wie im Dienstleistungssektor eröffnet neue Wachstumsbranchen und -märkte und damit neue Felder zukunftsfähiger Beschäftigung. Eine Energiewende kann dazu beitragen, auf dem Gebiet umweltfreundlicher Produkte, Verfahren und Technologien neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Dazu gehören z. B. die wärmetechnische Sanierung alter Wohnbauten, ein rationeller Energieeinsatz im verarbeitenden Gewerbe und Energieberatung.

Umverteilung von Arbeit

Ein nachhaltiger Abbau der Massenarbeitslosigkeit ist ohne eine Um- und Neuverteilung der gesellschaftlichen Arbeit, die über die bezahlte Arbeit hinaus auch die unbezahlte Familienarbeit einbezieht, nicht vorstellbar. Die Erwerbsarbeit muss so gestaltet werden, dass sie Frauen und Männern gleichermaßen ermöglicht, Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können. Dies erfordert die Schaffung der Möglichkeiten verkürzter Regelarbeitszeit bei Erweiterung der Zeitsouveränität für jeden Beschäftigten. Die Kürzung sollte branchenabhängig gestaltet werden und auskömmliche Einkommen sichern. Dies erfordert in den bestehenden, überwiegend von Frauen besetzten Niedriglohnbereichen auch effektive Einkommensverbesserungen.

Wir setzen uns für Arbeitszeitverkürzungen und Teilzeitarbeit auch in höher bezahlten Jobs in vielfältiger Form sowie für eine flexiblere Gestaltung der (Lebens-)Arbeitszeit ein.

Qualifizierung und Bildung

Der Strukturwandel hat zu einem Auseinanderklaffen von Arbeitsplatzangebot und Qualifikationsstruktur der Beschäftigten geführt. Dem kann nur begegnet werden durch eine stärkere Qualifizierung der jetzt Arbeitslosen, insbesondere der Langzeitarbeitslosen, und einer stärkeren Orientierung des Bildungssystems auf den Strukturwandel. Die einmalige Ausbildung für einen Beruf muss in Zukunft wesentlich stärker durch ergänzende Fortbildungen erweitert werden.

Verbesserte Vermittlung

Um die Schere zwischen Arbeitsplatzangebot und -nachfrage abzubauen, wollen wir Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsvermittlung, z. B. durch eine detailliertere Feststellung von vorhandenen und fehlenden Qualifikationen und eine gezieltere Aus- und Weiterbildung der Arbeitslosen. Dies setzt eine veränderte Arbeitsweise der Arbeitsämter voraus. Wir wollen eine verstärkte Einbindung auch privater Vermittlungsagenturen, die sich mit dem gewünschten Profil der Arbeitsnachfrage auseinandersetzen. Das holländische Modell Maatwerk hat gezeigt, dass eine intensive Betreuung der Arbeitssuchenden bei der Kontaktaufnahme und den Bewerbungsgesprächen hohe Erfolge bei der Vermittlung in reguläre Beschäftigung zeigt.

Zweiter Arbeitsmarkt und öffentlich geförderte Beschäftigung

Die genannten Maßnahmen allein werden die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen. Deshalb bleibt öffentlich geförderte Beschäftigung weiterhin notwendig. Sie ist gerade für die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen, aber auch anderer am Arbeitsmarkt benachteiligter Gruppen, aus sozialpolitischen Gründen nach wie vor unabdingbar. Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt sollten dabei mit Maßnahmen zu einer verbesserten Qualifizierung verzahnt und öffentlich geförderte Beschäftigung sollte mit anderen gesellschaftlichen Zielen, wie ökologisches Wirtschaften und Förderung von sozialen Dienstleistungen, verknüpft werden.

Folgerungen für Hessen – Förderungsmix für Langzeitarbeitslose

GRÜNE Arbeitsmarktpolitik muss vor allem das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit im Blick haben. Wir finden uns nicht damit ab, dass ganze Bevölkerungsgruppen dauerhaft aus dem Arbeitsmarkt ausgegliedert werden. Deshalb kann es nicht darum gehen, nur die relativ schnell vermittelbaren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ins Zentrum aller Anstrengungen zu rücken.

Unter der schwarz-gelben Landesregierung wurden alle Programme, die auf eine Förderung des zweiten Arbeitsmarktes zielten, gekürzt bzw. abgeschafft. Aber vor allem Arbeitsuchende ohne oder mit geringer Qualifikation, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Migrantinnen und Migranten haben es auf hessischen Arbeitsmarkt schwer. Aus diesem Grund werden wir in unserer Arbeitsmarktpolitik einen besonderen Schwerpunkt auf die Wiedereingliederung dieser Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt richten.

Nach den bisherigen Erfahrungen in der öffentlich geförderten Beschäftigung kann dies nur mit einem breiten Programm-Mix erfolgreich sein, der gezielt die regionalen Unterschiede ebenso wie die individuelle Lage der Arbeitsuchenden berücksichtigt.

In Hessen gibt es auf kommunaler Ebene bereits eine Vielzahl erfolgreicher Qualifizierungs- und Eingliederungsprogramme. Wir werden die positiven Erfahrungen in ein effektives Landesprogramm einbeziehen. Programmbausteine dafür können u. a. „territoriale Beschäftigungspakte“ sein, um vor allem in strukturschwachen Regionen neue Arbeitsplätze zu schaffen, Maßnahmen, die arbeitsmarkt- und sozialpolitische Ziele gleichermaßen verfolgen, z. B. „Arbeit statt Sozialhilfe“ und *Matchwork*-Modelle, oder auch Zuschüsse zu niedrigen Einkommen, um Anreize für Teilzeitbeschäftigung zu bieten und Armut trotz Erwerbstätigkeit zu verhindern.

Nachhaltige Finanzpolitik als Zukunftssicherung

Die hessischen Landesfinanzen haben nach der letzten Landtagswahl im Jahr 1999 eine zunächst sehr positive Entwicklung auf der Einnahmenseite aufweisen können. Trotz der weiterhin hohen Belastungen durch den Länderfinanzausgleich konnte Hessen von 1998 bis Ende 2000 netto 1,6 Mrd. DM (818 Mio. Euro) mehr an Steuereinnahmen verbuchen. Diese Zuwächse sind von der CDU/FDP-Regierung jedoch nicht dazu genutzt worden, die hessischen Finanzen zu konsolidieren.

Ab dem Jahr 2001, als die Steuereinnahmen zurückgingen, wurden von CDU und FDP immer mehr Schulden gemacht. Zurückgehende Einnahmen und steigende Zins- und Tilgungsleistungen engen die politischen Bewegungsmöglichkeiten des Landes immer weiter ein und verlagern weitere Lasten auf kommende Generationen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden diese Entwicklung stoppen. Wir werden in der Finanzpolitik sicherstellen, dass sowohl die Einnahmen gestärkt werden als auch die Ausgaben Hessens nicht aus dem Ruder laufen.

Um die immer weiter steigenden Personalkosten in den Griff zu bekommen, werden wir dafür sorgen, dass künftig bei jeder Neueinstellung von Beamtinnen und Beamten Vorsorge für die Pensionszahlungen getroffen wird. Für die schon im Landesdienst befindlichen Beamtinnen und Beamten muss es zu einer über die bisherigen Einzahlungen in den Pensionsfonds hinausgehenden Vorsorge kommen, damit das Land mit den weiter ansteigenden Pensionslasten nicht übermäßig belastet wird.

Die Möglichkeiten des Landes bei der Ausschöpfung seiner Steuerquellen sind effizient zu nutzen. Anknüpfend an das GRÜN-rote Programm zur Schaffung von 300 zusätzlichen Betriebsprüferstellen in der Wahlperiode 1995 bis 1999 werden weitere Stellen bei der Finanzverwaltung bereitgestellt.

Wir setzen uns auch aus Gründen der Gerechtigkeit für die Reaktivierung einer Vermögenssteuer für Millionäre mit einem Vermögen ab 1 Million Euro ein.

Die unter GRÜNER Regierungsverantwortung entwickelten Instrumente zur besseren Steuerung der Finanzmittel sind in der vergangenen Wahlperiode nicht oder nur unzureichend eingesetzt worden, um zu wirklichen Entlastungen zu kommen.

Zu den Instrumenten, die wir für das Ausgabenmanagement einsetzen werden, gehört eine wirkungsvolle Budgetierung, die den Verantwortlichen in den Dienststellen des Landes neben der fachlichen Verantwortung auch die Finanzverantwortung gibt.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Bündnis 90/DIE GRÜNEN sehen die Erfüllung der Ziele des europäischen Stabilitätspaktes, nämlich die Begrenzung der Neuverschuldung auf drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes, auch als wichtige und vorrangige Aufgabe der Länder an. Hierzu müssen der Bund und die Länder einen nationalen Stabilitätspakt schließen. Unser politisches Ziel bleibt es, die Neuverschuldung des Landes mittelfristig auf Null zu bringen, damit die Belastungen in der Zukunft nicht weiter wachsen. So können die Handlungsspielräume des Landes wieder erweitert werden.

GRÜNER Finanzplatz Frankfurt

Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden die Finanzmärkte stärker bei der nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft mit einbeziehen.

Im Rahmen der Rentenreform wurden die Anbieter von Altersvorsorgeprodukten verpflichtet, darüber zu informieren, ob und wie bei ihren Anlageentscheidungen ethische, soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt werden. Dadurch haben nachhaltige Kapitalanlagen in Deutschland merklich an Bedeutung gewonnen. Dieser Trend bietet gerade für den Finanzdienstleistungssektor im Rhein-Main-Gebiet eine große Chance zur Weiterentwicklung und Modernisierung.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden deshalb die Forschung und Lehre an den Hochschulen im Bereich ethischer, sozialer und ökologischer Investitionsstrategien fördern und ausbauen. Dieses Know-how verschafft dem Finanzplatz Frankfurt beispielsweise deutliche Standortvorteile bei der Gründung und Ansiedlung von Öko-Ratingagenturen und ähnlichen Finanzdienstleistern. Neue Arbeitsplätze werden so geschaffen.

Zukunft der Sparkassen in regionale Strukturpolitik einbinden

Nachdem die Europäische Kommission entschieden hat, dass die bisherigen Regeln zur Gewährträgerhaftung und der Anstaltslast bei den Sparkassen abgeschafft werden müssen, wird es in den kommenden Jahren zu einer Neuorganisation des öffentlichen Bankenwesens kommen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, den öffentlichen Auftrag der Sparkassen neu zu beleben. Er ist ein wichtiges Element der regionalen Strukturpolitik.

Es muss Aufgabe der Institute in öffentlicher Trägerschaft sein, gerade auch in ländlichen Gebieten preiswerte Bankdienstleistungen effizient anzubieten und die regionale Wirtschaft mit Finanzierungen zu bedienen. Jedermann muss das Recht auf ein Girokonto haben, das er mit vertretbarem Aufwand nutzen kann. Den Sparkassen kommt bei der Umsetzung von Wirtschaftsförderprogrammen des Landes als

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Hausbank für das Handwerk und die kleinen und mittleren Unternehmen weiterhin eine wichtige Rolle zu.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die anstehenden Änderungen beim Rating von Krediten (Basel II-Beschlüsse) dazu zu nutzen, ergänzend auch ethische und ökologische Kriterien bei der Bewertung von Unternehmen heranzuziehen. Ein solchermaßen positiv bewertetes Unternehmen birgt gute Chancen für dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg und stärkt die regionale Wirtschaft. Auf diesem Feld müssen die Sparkassen eine Vorreiterfunktion übernehmen, was im Sparkassengesetz seinen Niederschlag finden soll.

Stärkung der Kommunalfinanzen

Die Sicherung der Finanzkraft der Kommunen ist eine zentrale Aufgaben hessischer Finanzpolitik in den kommenden Jahren. Wir brauchen neben der verlässlichen Ausgestaltung des bisher nur unzureichend geregelten Konnexitätsprinzips eine grundlegende Gemeindefinanzreform. Die Kommunen müssen für ihnen zusätzlich übertragene Aufgaben auch die notwendigen Finanzmittel von der übergeordneten Ebene erhalten. Darüber hinaus geht es um die Wahrung und Stärkung ihrer Finanzautonomie. Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Hessen und im Bund arbeiten dafür, den Kommunen ein Mehr an Sicherheit bei der Finanzierung ihrer Aufgaben zu verschaffen. Die stark konjunkturabhängige Gewerbesteuer muss künftig durch stabilere Einnahmequellen ersetzt werden, die die kommunale Ebene nicht stärker von der konjunkturellen Entwicklung abhängig machen als Bund und Länder. Dabei wollen wir den kommunalen Gestaltungsspielraum etwa in Form eines Hebesatzrechts erhalten.

Mit Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird es keinen Entzug von Landesmitteln aus dem Kommunalen Finanzausgleich (KFA) geben, wie dies bei der CDU/FDP-Landesregierung bei der Streichung von mehr als 100 Mio. DM (51,1 Mio. Euro) jährlich für die Kinderbetreuungskosten seit dem Jahr 2000 und der dreijährigen Senkung der Finanzausgleichsmasse im KFA in Höhe von insgesamt 153 Mio. Euro der Fall war.

Thema: Ein GRÜNES Nordhessen ist ein starkes Nordhessen

Gezielte Stärkung strukturschwacher Regionen

Die Entwicklung der strukturschwächeren Region Nordhessen ist für Bündnis 90/DIE GRÜNEN ein besonderes Anliegen. In der Stärkung dieser Region mit ihrer überproportionalen Arbeitslosigkeit sehen wir einen besonderen Schwerpunkt gestalterischer Politik. Wir wollen deshalb ein eigenes „Strukturprogramm Nordhessen“ verwirklichen.

Strukturprogramm Nordhessen

Wir wollen

- keinen Investitionsflop durch einen Ausbau des Flugplatzes in Calden. Stattdessen wollen wir mit den dafür vorgesehenen Mitteln in einem Strukturprogramm Nordhessen wirtschaftliche Initiativen anregen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen.
- Anstöße geben, damit Nordhessen zu einem führenden und Beispiel gebenden Standort umweltverträglicher Technologien für Energiegewinnung und Mobilität sowie für naturverträgliche Nahrungsmittelerzeugung und -vermarktung werden kann.
- den Wellness- und Gesundheitsbereich in Nordhessen verstärkt fördern und die Attraktivität Nordhessens als Standort für Kongresse verbessern.
- die Möglichkeiten der Universität Kassel verstärkt nutzen, Nordhessen als Standort umweltverträglicher Technologien und wissenschaftlicher Innovation bei der Erzeugung gesunder Lebensmittel auszubauen.
- den Ökotourismus als Wirtschaftsfaktor für Nordhessen verstärkt unterstützen.

Ökotourismus und Kulturregion

Nordhessen verfügt mit seiner weiträumig intakten Natur und seiner kulturellen Vielfalt über wertvolle Schätze, durch die wirtschaftliche Entwicklung auf der Basis eigener Ressourcen gefördert werden kann. Eine von uns mitverantwortete Landesregierung wird die baulichen und landschaftsgärtnerischen Zeugnisse aus der kurfürstlichen Zeit, Fachwerkstädte und die Märchenstraße, den Kultursommer Nordhessen und das Kulturangebot der Stadt Kassel besonders fördern und Fürsprecherin und Verbündete sein für die Anstrengungen, mit Schloss und Park Wilhelmshöhe, mit Wilhelmstal und der Karlsaue in die Liste des Weltkulturerbes der UNESCO aufgenommen zu werden.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Sie wird die Bewerbung Kassels um die Europäische Kulturhauptstadt 2010 ideell und materiell unterstützen.

Der Ausbau der bestehenden Potenziale der Region, ihren natürlichen Charakter zu erhalten und zu einem Anziehungspunkt für einen ökologischen, sanften Tourismus zu machen, werden einen Schwerpunkt GRÜNER Regierungsarbeit ausmachen. Ferien im Natur- und Kulturraum Nordhessen – das muss ein Markenzeichen der Region Nordhessen werden.

Nationalpark Kellerwald

Wir wollen die umgehende Ausweisung eines Nationalparks Kellerwald. Die Region Kellerwald-Edersee muss ein landespolitischer Entwicklungsschwerpunkt werden. Wir wollen Projekte des sanften Tourismus und der umweltgerechten Landwirtschaft besonders unterstützen. Dabei hat die Regionale Entwicklungsgruppe Kellerwald-Edersee eine zentrale Bedeutung für Entwicklungsarbeit und Mittelverteilung. In der Region Kellerwald-Edersee wollen wir beispielhaft Klimaschutzprojekte fördern.

Unser Ziel ist es, in der Kellerwaldregion modellhaft die Verbindung von ökologischen Belangen des Nationalparks mit den wirtschaftlichen Interessen von Tourismus und ländlicher Entwicklung deutlich werden zu lassen. Die Region Kellerwald-Edersee soll Modellregion für naturverträgliche Landnutzung, Klimaschutz, Gesundheit und sanften Tourismus werden.

Thema: Meinungsvielfalt und Medienkompetenz – Garanten für einen erfolgreichen Medienstandort Hessen

In der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft nimmt die Bedeutung der Medien immer mehr zu. Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden deshalb sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger Hessens die Medienangebote nutzen und an den wirtschaftlichen Chancen der Medienentwicklung teilhaben können.

Parteieneinfluss auf den Rundfunk stark begrenzen

Eine der Voraussetzungen dafür ist ein Hessischer Rundfunk, der nicht unter dem Einfluss parteipolitischer Interessen steht. Deshalb werden Bündnis 90/DIE GRÜNEN das Rundfunkgesetz so ändern, dass die von CDU und FDP installierte Dominanz konservativer Gruppen im Rundfunkrat aufgelöst wird. Wir treten dafür ein, dass die Parteien künftig nur noch ein Grundmandat für Sitz und Stimme haben. Dies soll von fachlich kompetenten Personen wahrgenommen werden. Die Unabhängigkeit des Rundfunks muss wiederhergestellt werden.

In gleicher Weise muss die Aufsicht über die privaten Rundfunkanbieter organisiert werden. Bei der Zusammensetzung der Versammlung der Landesanstalt für den Privaten Rundfunk wollen wir konservative Einseitigkeiten wieder korrigieren.

Werbung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen

Das öffentlich-rechtliche Fernsehen soll die Möglichkeit erhalten, seine Werbezeiten auch auf den Abend nach 20 Uhr auszudehnen. Das Sponsoring soll dafür wieder abgeschafft werden. Unterbrecherwerbung darf auch weiterhin nicht erlaubt werden.

Instrumente zur Erhaltung der Meinungsvielfalt

Im hessischen Kabelnetz muss im Sinne chancengleichen Wettbewerbs eine strikte Trennung zwischen Netzbetreiber und Inhabern vorgenommen werden. Die Belegung der Kabelnetzplätze muss streng nach dem Prinzip „Meinungsvielfalt vor Angebotsvielfalt“ erfolgen.

Im Interesse der Meinungsvielfalt und eines diskriminierungsfreien europaweiten Zugangs zu Rundfunkprogrammen und Multimediaangeboten ist ein offener technischer Standard bei den Decodern vorzugeben. Ein solcher Standard für digitale

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Kommunikation ist in Europa bereits definiert: die *Multimedia Home Platform (MHP)*. Sie sollte im Rundfunkstaatsvertrag verbindlich gemacht werden.

Ausbildung und Investitionen

Mit „Hessen-Invest“ hat die jetzige Landesregierung einen richtigen, aber nicht ausreichenden Schritt für die ökonomischen Zusammenhänge des Medienstandortes Hessen gemacht. Deshalb werden wir „Hessen-Invest“ weiterentwickeln. Auch die Medienausbildung muss in Hessen vorgebracht werden. Wir werden uns für die Schaffung weiterer Ausbildungsplätze und vor allem für ihre qualitative Entwicklung im Medienbereich einsetzen.

Medien in den Schulen

Um die Chancen der Medienentwicklung nutzen und die Risiken abschätzen zu können, müssen hessische Kinder bereits im Kindergarten die Möglichkeit haben, damit umzugehen. Spätestens die Schule muss die notwendige Medienkompetenz vermitteln. Die Arbeit und Auseinandersetzung mit Computern muss selbstverständlicher Bestandteil des Unterrichts sein. Diese Vermittlung muss auf Grundlage eines von der Landesregierung zu entwickelnden medienpädagogischen Konzepts umgesetzt werden. Im Fehlen eines solchen Konzepts sehen wir ein schweres Versäumnis der derzeitigen Regierung. Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden für landesweite medienpädagogische Angebote im schulischen wie auch im außerschulischen Bereich sorgen.

Filmförderung stärken, nichtkommerzielle Lokalradios unterstützen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN treten für eine größtmögliche Pluralität der Medienlandschaft ein. Die Lizenzierung nichtkommerzieller Lokalradios ist dabei ein wichtiger Baustein. Auch aufgrund GRÜNER Initiative konnten in den vergangenen Jahren Projekte in diesem Bereich gefördert werden. Wir werden bei einer Umstellung der derzeitigen UKW-Technik auf Digitaltechnik sicherstellen, dass auch die nichtkommerziellen Radios an dieser technischen Entwicklung teilhaben können.

Auch die Filmförderung wird in Hessen unter unserer Regie einen besonderen Schwerpunkt erhalten. Wir wollen alles nötige tun, um Hessen als Filmstandort zu etablieren.

REGIERUNGSPROGRAMM ZUR LANDTAGSWAHL AM 2. FEBRUAR 2003

BÜRGERRECHTE UND ÖFFENTLICHE SICHERHEIT LEBENDIGE DEMOKRATIE IN HESSEN

Innenpolitik:

- Bürgerrechte bewahren, Bürgerbeteiligung erweitern, Sicherheit gewährleisten

Kommunalpolitik:

- Schaffung effektive, bürgerfreundlicher Strukturen

Tolerantes Hessen:

- Gegen Ausgrenzung, für ein demokratisches Miteinander

Thema: Innen- und Rechtspolitik

Bürgerrechte bewahren, Bürgerbeteiligung erweitern, Sicherheit gewährleisten

„Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird beides verlieren.“

Benjamin Franklin

Das Eintreten für Bürgerrechte, Solidarität mit Minderheiten und die Erweiterung von demokratischen Beteiligungsrechten sind Grundlagen GRÜNER Innen- und Rechtspolitik.

Wir wollen die hessische Verfassung unter breiter Beteiligung aller interessierter Gruppen mit dem Ziel überarbeiten, ein modernes Grundgesetz für das Land Hessen zu schaffen, das die demokratischen Beteiligungsrechte und den Grundrechtsschutz verbessert.

Demokratische Politik braucht eine modern arbeitende Verwaltung, die sich nicht hinter obrigkeitstaatlich erstarrten Abläufen verschanzt, sondern für die Bürgerinnen und Bürger transparent ist.

Mehr Beteiligungsrechte

Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen die Beteiligungsrechte von Bürgerinnen und Bürgern und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stärken. Wir suchen den ständigen Dialog mit den Gewerkschaften und den gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Beschäftigten, um die betriebliche Demokratisierung voranzutreiben. Wir werden die Verschlechterung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der hessischen Personalräte durch die CDU/FDP-Regierung nicht hinnehmen und das Hessische Personalvertretungsgesetz ändern.

Volksentscheide erleichtern

Obwohl die Verfassung in Hessen Volksbegehren und Volksentscheide ausdrücklich vorsieht, hat es bisher noch nie einen von Bürgern initiierten Volksentscheid gegeben, da die Hürden dafür zu hoch sind. Wir wollen deshalb die Verfassung ändern und die gesetzlichen Regelungen überarbeiten, um Volksbegehren und Volksentscheide in Hessen auch praktisch möglich zu machen. Auch auf kommunaler Ebene wollen wir die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger entscheidend stärken.

Informationsfreiheit herstellen

Wir wollen ein Informationsfreiheitsgesetz etablieren, das den Bürgerinnen und Bürgern den Rechtsanspruch gibt, sowohl im Land wie auch in den Kommunen Einsicht in alle Akten der Verwaltung zu nehmen, wenn keine Sicherheitsinteressen oder schützenswerte persönliche Daten betroffen sind. Nicht mehr die Bürger sollen der Verwaltung ihr Informationsinteresse beweisen müssen, sondern die Verwaltung muss im Zweifelsfall schlüssig darlegen, warum sie Informationen nicht veröffentlicht.

Sicherheit gewährleisten, Kriminalitätsursachen bekämpfen

Sich sicher fühlen ist ein elementares menschliches Bedürfnis, ein Ausdruck von Lebensqualität und Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Wir verstehen es als Aufgabe unserer Innenpolitik, dem weit verbreiteten Unsicherheitsempfinden entgegenzuwirken. Die Wahrung der öffentlichen Sicherheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich eine Vielzahl von Institutionen und Akteuren widmen müssen. Allerdings trägt nicht allein der Einsatz von mehr Polizei und eine effektivere Justiz zur Wahrung der notwendigen öffentlichen Sicherheit bei. Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Armut, sozialer Ungleichheit und Perspektivlosigkeit bleibt das Herzstück der Kriminalitätsverhütung.

In Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche müssen jedoch gesellschaftliche Verunsicherung und Ängste mehr denn je wahrgenommen werden – auch deshalb, weil wir nicht denen Raum schaffen wollen, die mit der Angst Politik machen.

Gut ausgebildete, bürgernahe Polizei

Die Polizei kann politische Fehler und gesellschaftliche Ursachen für Kriminalität nicht beheben. In der alltäglichen Arbeit ist es ihre Aufgabe, Konflikte in unserer Gesellschaft nach den Regeln zu lösen, die sich diese Gesellschaft selbst gegeben hat. Zur Durchsetzung dieser Regeln ist die Arbeit der Polizei unverzichtbar. Eine angemessen bezahlte, gut ausgebildete und bürgernahe Polizei ist deshalb unverzichtbarer Bestandteil der Wahrung von öffentlicher Sicherheit. Die GRÜN-roten Regierungen von 1991 bis 1999 haben dafür gesorgt, dass Hessen das erste Bundesland geworden ist, in dem alle neu eingestellten Polizeibeamtinnen und -beamten ein Fachhochschulstudium durchlaufen. Dank dieser Vorarbeit wird Hessen bald das erste Bundesland sein, in dem alle Polizeibeamtinnen und -beamten im gehobenen Dienst eingestuft sind. Damit ist eine angemessene Bezahlung und eine verbesserte Ausbildung Standard.

Das Hauptaugenmerk in der nächsten Wahlperiode muss deshalb auf der Verbesserung der Fortbildung der Polizei liegen. Leistungs- und Qualitätsstandards der

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Arbeit von Polizistinnen und Polizisten müssen immer wieder den Entwicklungen angepasst werden. Deshalb streben wir an, dass mindestens alle drei Jahre nicht nur ein Anrecht, sondern auch eine Pflicht zu einer dienstlichen Fortbildung besteht.

Unter der Verantwortung von CDU und FDP ist Anfang 2002 der Anteil der unbesetzten Stellen bei der Polizei auf fast 1000 gestiegen. Auch der Überstundenberg ist stetig angewachsen. Wir werden dafür sorgen, dass alle Polizeistellen unverzüglich besetzt und die Überstunden abgebaut werden.

Unterstützung der Vollzugspolizei statt „Wachpolizei“

CDU und FDP haben zur Unterstützung der Schutzpolizei die so genannte Wachpolizei eingeführt, die im Vergleich mit der regulären Polizei viel schlechter ausgebildet und bezahlt ist. Wir halten deren bewaffneten Einsatz für falsch und wollen deshalb die im Dienst vorhandenen Wachpolizisten im Innendienst zur Unterstützung der Polizei bei Verwaltungstätigkeiten, aber auch beim Erkennungsdienst oder im Polizeigewahrsam einsetzen. Dies wird zu einer Entlastung der Polizei führen, ohne Wachpolizei oder Bürgerinnen und Bürger in gefährliche Situationen zu bringen.

Die Polizei als Spiegelbild der Gesellschaft

Die Polizei soll ein Spiegelbild der Gesellschaft sein. Deshalb wollen wir die von uns begonnene Anwerbung von Polizeibeamtinnen und -beamten nicht deutscher Herkunft fortsetzen und darauf achten, dass nicht nur der Frauenanteil unter den Bewerbern für die Polizei insgesamt hoch ist, sondern auch der Anteil an weiblichen Führungskräften steigt.

Ein Spiegelbild der Gesellschaft kann nicht frei sein von Fehlverhalten. Dem muss jedoch besonders konsequent entgegengetreten werden, da Regelverstöße bei den „Gesetzhütern“ doppelt schwer wiegen. Konflikt- und Verhaltensschulungen, Supervisionsangebote und die Möglichkeit, durch Namensschilder oder andere geeignete Mittel wie Uniformnummern Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zu identifizieren, sind geeignete Mittel, eventuellen Übergriffen entgegenzuwirken oder sie besser zu ahnden. Wir wollen in der nächsten Wahlperiode einen unabhängigen Polizeibeauftragten einsetzen, an den sich Polizistinnen und Polizisten, aber auch Bürgerinnen und Bürger wenden können, wenn Hinweise auf ungerechte Behandlung und Fehlverhalten der Polizei vorliegen.

Gut ausgebildete Beamtinnen und Beamte statt Videoüberwachung

Die Videoüberwachung von Kriminalitätsschwerpunkten führt nach aller Erfahrung dazu, dass sich die Kriminalität in unbewachte Bereiche verlagert. Dann müssen auch diese wieder überwacht werden.

Zudem gaukelt die Videoüberwachung den Bürgerinnen und Bürgern eine Sicherheit vor, die im Ernstfall nicht vorhanden ist. Auch Personal zur ständigen Überwachung der Videomitore kostet Geld, und im Fall einer Straftat müssen Polizistinnen und Polizisten aus Fleisch und Blut eingreifen. Statt immer mehr Videokameras zu montieren, wollen wir die Polizei von ihren Verwaltungsaufgaben entlasten und gut ausgebildete und gut ausgestattete Polizeibeamte und -beamtinnen entsprechend sinnvoll einsetzen.

Korruption bekämpfen

Korruption ist eine Geißel der Bevölkerung. Sehr häufig wird Korruption nicht bekannt, nicht selten zu wenig verfolgt. Dabei verursachen Korruptionsdelikte jährlich einen Schaden von mehreren Milliarden Euro.

Wir werden in der hessischen Landesregierung einen Beauftragten für Korruptionsbekämpfung einsetzen. Darüber hinaus werden wir einen Ombudsmann installieren, der für die reibungslose und anonyme Meldung von Korruptionsfällen von großer Bedeutung ist. Wir werden bei unserem Kampf gegen Korruption die Erfahrungen von Experten beispielsweise auf kommunaler Ebene auch über die Grenzen Hessens hinaus einfordern.

Im Übrigen setzen wir uns für die Einführung aller Instrumente ein, die eine erfolgreiche Bekämpfung der Korruption ermöglichen. Dies betrifft vor allem die Einführung öffentlicher Korruptionsregister und die Schaffung des Unternehmensstrafrechts.

Prüfung mit Zertifikat für private Sicherheitsdienste

Im Objektschutz und im privaten Umfeld nimmt der Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten immer mehr zu. Wir wollen erreichen, dass auch in diesem Bereich Mindestanforderungen an die Ausbildung der privaten Sicherheitsdienste gelten. Am Ende einer Ausbildung soll eine Prüfung und ein entsprechendes Zertifikat stehen. Staatliche und kommunale Zusammenarbeit im Bereich der Herstellung und Bewahrung von öffentlicher Sicherheit darf es nach unseren Vorstellungen nur mit geprüften privaten Sicherheitsunternehmen geben.

Stärkung der Präventionsräte

Mit dem Landespräventionsrat verfügt Hessen bereits seit 1992 über ein Gremium, das sich intensiv mit den Ursachen von Kriminalität und mit Gegenstrategien befasst. Seine Arbeit muss aufgewertet und ausgebaut werden. Ergänzt wird diese Arbeit durch die vielen kommunalen Präventionsräte, die vor Ort nach lokalen Strategien suchen, um mit Sicherheitsproblemen umzugehen. Wie die hessischen Erfahrungen sowohl in Großstädten wie auch in kleinen Kommunen zeigen, können Präventionsräte, in denen Vertreterinnen und Vertreter von Sozialeinrichtungen, Ordnungsbehörden, Vereinen, Kirchen, der Polizei und andere Interessierte zusammenarbeiten, das subjektive Sicherheitsgefühl nachhaltig verbessern. In der Arbeit der Präventionsräte allerdings darf es nicht nur um Sicherheit gehen. Da sie fast den gesamten sozialen Interaktionsbereich einer Kommune oder eines Stadtteils erfassen, vermitteln sie auch das für das subjektive Wohlbefinden in einer Gemeinde wichtige Gefühl des solidarischen Miteinanders und damit ein großes Stück Selbstachtung und Selbstwertgefühl. Wir wollen helfen, Anonymität zu überwinden und neue Formen von Kommunikation im sozialen Nahraum zu schaffen.

Sicherheit gehört in die Hände von Profis

Sicherheit gehört in die Hände staatlich legitimerter und entsprechend bezahlter Profis und nicht in die Hände von Amateuren. Den von CDU und FDP eingeführten „freiwilligen Polizeidienst“, der Freiwillige gegen eine Aufwandsentschädigung zum Beispiel für Streifengänge einsetzt, halten wir für falsch. Stattdessen wollen wir ein flächen-deckendes Modell „Präventionshelfer“, in dem sowohl ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger als auch beispielsweise in Eingliederungs- und Qualifizierungsmaßnahmen beschäftigte Menschen durch Präsenz im öffentlichen Raum das soziale Miteinander und die solidarische Aufmerksamkeit innerhalb des städtischen wie ländlichen Umfeldes zu stärken helfen. Die Präventionshelfer sollen natürlich wie jede Bürgerin und jeder Bürger auch in gefährlichen Situationen eingreifen oder Hilfe holen. Sie sollen aber keine ehrenamtliche Polizei sein, sondern kommunalen Stellen Anregungen oder Hinweise auf Missstände geben.

Jugendliche nicht aufgeben

Gewalthandlungen gegen Kinder und Jugendliche sind kein neues Phänomen, Gewalthandlungen von Kindern und Jugendlichen gegen Gleichaltrige und Ältere nehmen allerdings zu. Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, Schaffung von Ausbildungsstellen und kommunale Jugendarbeit sind präventive Maßnahmen, die vorangetrieben werden müssen. Sie bedürfen allerdings auch einer koordinierten

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Zusammenarbeit aller Ebenen, die mit Jugendlichen arbeiten. Auf der anderen Seite jedoch muss der Staat auf kriminelles Verhalten von Kindern und Jugendlichen schnell und konsequent reagieren. Ursache und Wirkung müssen in einen Zusammenhang gebracht werden. Es geht nicht darum, härter zu strafen, wohl aber darum, dass dies schneller geschieht. Die Verurteilung zu gemeinnütziger Arbeit oder Jugendarrest wenige Wochen nach der Tat ist oft wirksamer als eine Freiheitsstrafe, die Monate oder gar Jahre nach dem eigentlichen Anlass verhängt wird. Die Verfahrenszeiten müssen deshalb dringend weiter verkürzt werden. Wir werden uns zeitgleich für die Entwicklung und Vermittlung neuer gewaltfreier Konfliktbewältigungsstrategien für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Lehrerinnen und Lehrer und für Jugendliche einsetzen.

Angsträume wahrnehmen und abbauen

Eindeutig identifizierte Angsträume, „rechtsfreie Zonen“, aber auch die private Sicherung ganzer Wohngebiete darf die Gesellschaft nicht akzeptieren. Unbelebte nächtliche Einkaufsstrassen und Einkaufszentren, dunkle Plätze und Haltestellen und nicht einsehbar gestaltete Parkhäuser verursachen das Gefühl von Unsicherheit. Hier hat die Politik zu handeln und durch Belebung menschenleerer Innenstädte, städtebauliche Maßnahmen und Umgestaltungen, wie zum Beispiel durch bessere Beleuchtung, Abhilfe zu schaffen.

Opfer nicht allein lassen

Opfer und Zeuginnen und Zeugen von Straftaten dürfen mit ihren Ohnmachtsgefühlen und ihrer Angst vor Rache nicht alleine gelassen werden. Anlaufstellen helfen Opfern von Straftaten, rechtlich und persönlich mit dem Geschehenen umzugehen. Neben sozialen und psychologischen Beratungsstellen ist bei bestimmten Straftaten auch der Täter-Opfer-Ausgleich geeignet, neue Wege bei der Ahndung, aber auch in der Auseinandersetzung zwischen Tätern und Opfern zu gehen. Die Opferhilfeeinrichtungen sind stärker zu fördern und auszubauen.

Neue Drogenpolitik: Prävention, Therapie und Überlebenshilfe

Die Zeit der rein repressiven Drogenpolitik ist vorbei. Dies ist ein wesentlicher Erfolg GRÜNER Politik und Beharrlichkeit. Unser drogenpolitisches Konzept beruht auf den vier Säulen Prävention, Therapie, Überlebenshilfe und Repression gegenüber Drogenhändlern.

Alkohol- und Nikotinabhängigkeit wollen wir mit staatlicher Steuerpolitik, dem Verbot der öffentlichen Werbung für Alkohol und Zigaretten und mit Mitteln der Aufklärung und Gesundheitspolitik zurückdrängen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Bei Haschisch und Marihuana setzen wir uns für eine Legalisierung ein. Konsum wie Anbau und Vertrieb von Haschisch und Marihuana sollen unter Auflagen straffrei bleiben. Wir wollen genauso wenig jemanden zum Haschischkonsum ermutigen, wie wir übermäßigen Alkoholkonsum fördern wollen. Wir wollen allerdings das Abdrängen dieser Konsumentinnen und Konsumenten ins illegale Milieu verhindern. Dazu wollen wir den Markt für weiche Drogen durch deren Legalisierung vom Markt der illegalen harten Drogen trennen.

Da mancher Schwerstabhängige nicht mehr mit einem Entzugs- oder Methadonprogramm zu erreichen ist, befürworten wir eine staatlich kontrollierte Heroinabgabe an solche Schwerstabhängige, wenn deren Stabilisierung und damit Überlebenshilfe anders nicht möglich ist, damit in der Folge ihr Ausstieg erreicht werden kann. Solche Programme sind auch ein geeigneter Weg, um die mit der Drogenabhängigkeit verbundene Beschaffungskriminalität entscheidend zu senken.

Entschlossen für Integration und gegen Fremdenfeindlichkeit

Dem Werben um mehr Akzeptanz und Aufklärung statt der Ausgrenzung von Menschen nicht deutscher Herkunft kommt größte Bedeutung zu. Für uns ist es eine der Hauptaufgaben in der nächsten Legislaturperiode, die Integration der nach Hessen zugewanderten Menschen voranzubringen. Der Integrationsgedanke muss sich dabei auf alle eingewanderten Menschen erstrecken und deshalb Aussiedler einbeziehen. Unter Integration verstehen wir nicht Assimilation im Sinne vollständiger Anpassung, sondern einen wechselseitigen Prozess, der sowohl die eingewanderte Minderheit als auch die Mehrheit in der Einwanderungsgesellschaft verändert. Allerdings verlangt dieser Prozess unzweifelhaft von der Minderheit die größeren Anstrengungen, wie zum Beispiel den Erwerb der deutschen Sprache.

Ein neuer Integrationsbeauftragter

Wir wollen den von der hessischen Landesregierung neu eingeführten Vertriebenen- und Aussiedlerbeauftragten abschaffen. Auch der neu eingeführte Integrationsbeirat hat sich nicht bewährt. Er verfügt über keine Kompetenzen. Stattdessen wollen wir die Institution eines Integrationsbeauftragten schaffen, der sich um alle Fragen der Integration kümmern und dessen Arbeit von einem Integrationsbeirat begleitet werden soll, in dem alle relevanten gesellschaftlichen Gruppierungen vertreten sein sollen, und zwar deutsche wie nicht deutsche Verbände. In einem jährlich vorzulegenden Integrationsbericht soll über die Erfolge und Misserfolge der Integrationsbemühungen berichtet werden. Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte soll wieder den Status des Landesausländerbeirates erhalten.

Neue Härtefallkommission

Eine Härtefallkommission soll die Arbeit des Petitionsausschusses ergänzen. Sie soll in schwerwiegenden Einzelfällen von Abschiebung bedrohten Menschen helfen. Dieses aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Flüchtlingsorganisationen und Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen zuständigen Ministerien besetzte Gremium soll in Grenzbereichen rechtliche Entscheidungsspielräume zum Wohle der von Abschiebung bedrohten Menschen ausloten.

Rechtspolitik als regionale Strukturpolitik

Mit dem Zivilprozessreformgesetz von 2001 wurde die Möglichkeit eingeführt, durch Landesrecht die Rechtsmittel gegen amtsgerichtliche Entscheidungen statt – wie bisher – dem Landgericht nunmehr dem Oberlandesgericht (OLG) zuzuweisen. Wir wollen von dieser Möglichkeit, die eine Chance zur Reform der Zivilgerichtsbarkeit bietet, versuchsweise für einige Landgerichtsbezirke Gebrauch machen, insbesondere in Nordhessen. Sollte sich die Regelung bewähren, soll der Ausbau der bisherigen Außensenate des OLG Frankfurt zu einem eigenen OLG Kassel einschließlich von Strafsenaten angestrebt werden. Dies dient auch einer Stärkung der Region Nordhessen und bringt einen Ausgleich für den Abzug des Bundesarbeitsgerichts aus Kassel.

Starke Bürgerrechte

Zur inneren Sicherheit gehört für uns auch und vor allem die Sicherheit der Grund- und Bürgerrechte vor staatlicher Willkür und vor Missbrauch staatlicher Machtbefugnisse. Wir wollen die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger, zu tun und zu lassen, was immer ihnen beliebt, solange dabei die Rechte Dritter nicht verletzt und beeinträchtigt werden, erhalten und verteidigen. Bei der Prävention wie bei der Verfolgung von Straftaten müssen die Rechte Unbeteiligter und Unbescholtener gewahrt bleiben. Die nationale oder ethnische Herkunft einzelner Bürgerinnen und Bürger oder ihre Zugehörigkeit zu bestimmten Glaubensrichtungen allein darf – auch im Rahmen von Maßnahmen der Rasterfahndung – nicht zum Verdachtsfall werden.

Prävention, Opferschutz und Umgang mit jugendlichen Straftätern

Für uns gilt: Jede präventiv verhinderte Straftat ohne Opfer ist besser als eine begangene Straftat mit Opfern, die im Wege der Strafverfolgung geahndet werden muss. In der Auseinandersetzung mit Terrorismus und Kriminalität dürfen Polizei und Justiz nicht allein gelassen werden. Die Verhinderung von Kriminalität ist eine

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Prävention auch und gerade eine Sache erfolgreicher sozialpolitischer Initiativen und Ansätze. Die auf Landes- und kommunaler Ebene unter Beteiligung der verschiedensten Institutionen und Einrichtungen entstandenen Präventionsräte wollen wir deshalb stärken und ausbauen.

Die Interessen der Opfer von Straftaten müssen bei der Durchführung von Strafverfahren auf allen Ebenen sensibel und angemessen Berücksichtigung finden. Wo es das erklärte Interesse der Opfer von Straftaten ist, wollen wir dem Täter-Opfer-Ausgleich in der Praxis der Strafverfolgungsorgane in Hessen zur weiteren Durchsetzung und Verbreitung verhelfen.

Bei jugendlichen Straftäterinnen oder -tätern, speziell Ersttätern, kommt es vor allem auf die Schnelligkeit und Angemessenheit der notwendigen erzieherischen oder strafgerichtlichen Sanktionen an. Wir wollen alle Ansätze, die in diesem Bereich auf Beschleunigung der eingeleiteten Ermittlungs- oder Strafverfahren setzen, stärken und ausbauen.

Bei der Einstellung und Beförderung von Richterinnen und Richter hat Parteibuchwirtschaft im Interesse der Unabhängigkeit der Justiz in Hessen nichts zu suchen.

Humaner Strafvollzug, der den Inhaftierten Zukunftsperspektiven eröffnet

Strafgefangene sind Menschen und müssen im Strafvollzug wie Menschen behandelt werden. Um dies für die Zukunft zu gewährleisten, ist die schnellstmögliche Schaffung einer neuen Justizvollzugsanstalt in Hessen zum Zwecke des Abbaus der notorischen Überbelegung der hessischen Gefängnisse zwingend notwendig.

Strafgefangene, die in den Gefängnissen bloß weggesperrt und im Vollzug nicht auf das Leben in Freiheit nach der Haftentlassung vorbereitet werden, können zum unverantwortlichen Risiko für die Öffentlichkeit werden. Deshalb bleibt der bundesgesetzlich vorgegebene Resozialisierungsauftrag des Strafvollzuges in Hessen hochaktuell.

GRÜNES Erfolgsprojekt für Lesben und Schwule: die Lebenspartnerschaft

Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben mit der Durchsetzung der eingetragenen Lebenspartnerschaft die Rechte und das Leben gleichgeschlechtlicher Paare entscheidend verbessert. Gegen den Widerstand von konservativen Kräften ist ein Durchbruch bei den Bürgerrechten gelungen. Lesben und Schwule haben endlich die Freiheit zu entscheiden, ob sie ihre Verantwortungsgemeinschaften mit Rechten und Pflichten unter dem Schutz des Staates absichern wollen.

Rechtliche und soziale Gleichstellung vollenden

Doch damit ist die Gleichstellung von Lesben und Schwulen in Deutschland noch nicht vollendet. Im Bundesrat blockieren CDU/FDP das Ergänzungsgesetz zur Lebenspartnerschaft und in Hessen gibt es Willkür und Sonderbehandlungen vor den Standesämtern. Fulda, Flörsheim, Oberursel und andere Gemeinden verweigern den Lebenspartnerschaften gleiche Rechte.

Nach einem hessischen Regierungswechsel in 2003 werden Bündnis 90/DIE GRÜNEN alle Standesämter für lesbische und schwule Paare öffnen. Hessen wird im Bundesrat dem Ergänzungsgesetz zustimmen und die Gleichstellung von Lesben und Schwulen mit eigenen Gesetzentwürfen voranbringen. Moderne Lesben- und Schwulenpolitik in Hessen muss die soziale Integration von Lesben und Schwulen durch einklagbare Rechte verbessern.

Konkrete Probleme von Lesben und Schwulen – praktische Lösungen

In Hessen haben CDU/FDP seit 1999 Reformpolitik behindert und blockiert. Diese verlorenen Jahre werden wir nach 2003 aufholen. Hessen wird damit wieder zum Meinungsführer moderner Bürgerrechtspolitik, denn noch immer gibt es Gewalt gegen Lesben und Schwule und noch immer ist das *Coming-out* für Lesben und Schwule schwierig. Auch haben offen schwule Männer oder offen lesbische Frauen im Berufsleben und im Alltag noch immer nicht dieselben Lebenschancen wie ihre heterosexuellen Kolleginnen und Kollegen oder Nachbarinnen und Nachbarn. Die Benachteiligung von Lesben und Schwulen im Arbeitsleben ist deshalb zu beenden. Hessen muss die europäische Antidiskriminierungsrichtlinie in allen Betrieben und Branchen umsetzen. Die Bildung von Netzwerken homosexueller Arbeitnehmer und *Diversity*-Konzepten in den Unternehmen sind vom Land zu fördern.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Viele lesbische Mütter und schwule Väter erziehen ihre Kinder allein oder mit ihren Lebenspartnern. Auch hier ist Familie. Lebenspartnerschaften mit Kindern müssen gleich behandelt und unterstützt werden. Wenn stabile Lebenspartnerschaften Kinder wünschen, dann muss eine Adoption möglich sein.

Lesbisch-schwule Jugendgruppen und Netzwerke müssen gefördert werden, damit junge Lesben und Schwule ihre sexuelle Identität angstfrei und geschützt entwickeln können. Moderne Pädagogik kann durch Fortbildungen und Bildungsprojekte, wie z. B. Lambda e. V. in NRW, helfen, Intoleranz und Diskriminierung schon in den Schulen und Hochschulen zu stoppen.

Lesbische und homosexuelle Seniorinnen und Senioren haben besondere Bedürfnisse. Sie werden jedoch in Standard-Altenheimen ignoriert. Deshalb sind neue Wohnmodelle und neue Pflegekonzepte durch das Land zu fördern, um älteren Lesben und Schwulen einen selbstbestimmten und selbstbewussten Lebensabend zu ermöglichen.

Nicht nur in der relativen Anonymität der Großstädte sollen Lesben und Schwule frei und selbstbewusst leben können, auch im ländlichen Bereich müssen lesbisch-schwule Netzwerke durch öffentliche Förderung gestärkt werden.

Viele gleichgeschlechtliche binationale Paare in Hessen leiden unter doppelter Diskriminierung. Selbsthilfegruppen und Sprachkurse sind zu fördern, damit Benachteiligungen abgebaut und ihre Integration verbessert werden kann. In einigen Ländern werden noch immer Lesben und Schwule aufgrund ihrer sexuellen Identität mit Haft, Verstümmelung oder dem Tode bedroht. Deshalb muss es möglich sein, dass Lesben und Schwule aufgrund dieser nicht staatlichen Verfolgung Asyl erhalten.

Neues Ministerium für Soziales und Integration

Hessen muss wieder ein weltoffenes und tolerantes Land in einem vereinten Europa werden. Deshalb setzen sich Bündnis 90/DIE GRÜNEN für eine Neuordnung des Sozialministeriums in ein Ministerium für Soziales und Integration ein. Der neue Schwerpunkt Integration in der hessischen Sozial- und Bürgerrechtspolitik umfasst die Gleichstellung und Integration in den drei Bereichen Lesben und Schwule, Behinderte sowie Einwanderer und Aussiedler.

Im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration wird eine Abteilung Integration von Lesben und Schwule eingerichtet, die von der/dem hessischen Landesbeauftragten für Lesben und Schwule geleitet wird.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Mit eigenem Etat ausgestattet, stellen die/der Landesbeauftragte sicher, dass in Hessen institutionelle Hilfe zur Selbsthilfe in sozialen und integrativen Projekten für Lesben und Schwule geleistet werden kann. Sie legen in einem jährlichen Gleichstellungsbericht Rechenschaft ab über den Stand der hessischen Integrationsleistungen für Lesben und Schwule. Mit der/dem Landesbeauftragten für Lesben und Schwule wird die Gleichstellung von Lesben und Schwulen zu einer wichtigen Querschnittsaufgabe der neuen GRÜN-roten Landesregierung.

Starke Kommunen durch mehr Bürgerbeteiligung

Der Grundansatz des mit der Konferenz von Rio 1992 begonnenen Agenda-Prozesses, der auf der kommunalen Ebene das wichtigste Handlungsfeld für eine von den Menschen selbst getragene ökologische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung im Sinne der Nachhaltigkeit sieht, bestimmt maßgeblich auch unser Verständnis von der zentralen Bedeutung des kommunalpolitischen Handelns und der Bedeutung demokratischer Partizipation durch Bürgerinnen und Bürger.

„Kommunen errichten, verwalten und unterhalten die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur, überwachen den Planungsablauf, entscheiden über kommunale Umweltpolitik und kommunale Umweltvorschriften. Sie wirken auch mit an der Umsetzung der nationalen und regionalen Umweltpolitik. Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle bei der Informierung und Mobilisierung der Öffentlichkeit und ihrer Sensibilisierung für eine nachhaltige Entwicklung.“ (Agenda 21, Kapitel 28.1).

Die positiven Erfahrungen mit Elementen aktiver Beteiligung (Bürgerentscheid, Bürgerbegehren) und die sinkenden Beteiligungszahlen an den unterschiedlichen Parlamentswahlen aber zeigen, dass unser demokratisches System dringend einer weiteren Stärkung der direkten Beteiligungsformen der Bürgerinnen und Bürger bedarf.

Eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung der Kommunen und die Stärkung der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger stehen im Mittelpunkt unserer Kommunalpolitik.

Die Aufgaben der Gemeinde neu interpretieren

Wir wollen den Aufgabenbereich der Gemeinden so ergänzen, dass ihre Verpflichtung zu einer zukunftsfähigen Entwicklung und zur aktiven Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner deutlich wird: Aufgabe der Gemeinde und des Kreises ist es, durch entsprechende soziale, kulturelle, wirtschaftliche und ökologische Maßnahmen und Einrichtungen in den Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit ihren Einwohnerinnen und Einwohnern ein würdevolles Leben zu ermöglichen und die Zukunftsfähigkeit des ökologischen und sozialen Systems zu erzielen.

Einwohnerantrag

Der Einwohnerantrag (mit Einwohnerinnen und Einwohner werden alle Menschen bezeichnet, die ihren ersten Wohnsitz in einer Gemeinde haben; Bürgerinnen und Bürger sind alle wahlberechtigten Einwohnerinnen und Einwohner einer Gemeinde), den es

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

bis auf Bayern, Hessen und NRW in allen Bundesländern gibt, sollte als schwächstes der drei klassischen direktdemokratischen Instrumente in die Hessische Gemeindeordnung bzw. Hessische Landkreisordnung (HGO und HKO) eingeführt werden.

In Form des Einwohnerantrages können die Einwohnerinnen und Einwohner einer Gemeinde verlangen, dass in der Gemeindevertretung, dem Stadtparlament oder dem Kreistag eine bestimmte Angelegenheit beraten wird. Hierüber ist dann in der Gemeindevertretung zusätzlich eine Entscheidung in dieser Angelegenheit zu treffen. Der Einwohnerantrag ist von mindestens fünf Prozent der mit erstem Wohnsitz registrierten Einwohnerinnen und Einwohnern zu unterstützen. Er ist als Antrag auf die Tagesordnung der Gemeindevertretung zu nehmen, wobei es keinen Entscheidungsspielraum seitens der Sitzungsleitung gibt.

Einwohnerversammlung statt Bürgerversammlung

Zur Unterrichtung der Bürgerinnen und Bürger über wichtige Angelegenheiten soll zweimal, mindestens jedoch einmal im Jahr eine Einwohnerversammlung abgehalten werden. Wir wollen im Sinne der notwendigen Integration, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner einer Gemeinde über die Angelegenheiten der Gemeindevertretung unterrichtet werden, da sie alle von den politischen und sachlichen Entscheidungen betroffen sind.

Fragestunde

Zusätzlich zur Unterrichtung der Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde durch Einwohnerversammlungen sollte in der HGO bzw. HKO festgelegt werden, dass die Einwohnerinnen und Einwohner in einer Fragestunde vor der Gemeindevertretung, der Stadtverordnetenversammlung und des Kreistags bzw. in den Ausschüssen Fragen an die Verwaltungsspitze und die Fraktionen richten können.

Beteiligungsberichte

Wir wollen die Städte, Gemeinden und Kreise verpflichten, einmal jährlich über ihre wirtschaftlichen Beteiligungen und deren Entwicklung zu berichten, um den Parlamenten und der Öffentlichkeit die Kontrolle von Eigenbetrieben und privatwirtschaftlich organisierten Firmen der Kommunen zu ermöglichen. Der Beteiligungsbericht sollte mindestens Angaben über den Grad der Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Ertragslage, die Kreditaufnahme, die Einschätzung der Kreditrisiken, die Beteiligungsverhältnisse, die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft und die den Beteiligungsgesellschaften von der Gemeinde gewährten Sicherheiten enthalten. Beteiligungs-

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

berichte sollten ergänzt werden um Bilanzanalysen und bei Städten und Kreisen einen so genannten Konzernabschluss „Stadt“ oder „Kreis“ enthalten.

Herabsetzung der Quoren und Erweiterung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auf die Kreisebene

Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben 1993 die Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auf kommunaler Ebene durchgesetzt, die sich zu einem erfolgreichen Instrument von direkter Demokratie in den Städten und Gemeinden entwickelt haben. Allerdings nimmt die Zahl von Bürgerbegehren mit zunehmender Gemeindegröße ab. Dies liegt eindeutig an den zu hohen Quoren für ihre Einleitung. Wir wollen deshalb die Hürden für Einleitung und Erfolg von Begehren und Entscheiden senken und nach Gemeindegrößen staffeln. Außerdem wollen wir Bürgerbegehren und -entscheide auch auf der Ebene der Kreise ermöglichen.

Petitionsrecht

Alle Einwohnerinnen und Einwohner sollen das Recht erhalten, sich mit Eingaben oder Beschwerden auch an die Kommunalparlamente zu wenden. Damit wollen wir auch auf kommunaler Ebene ein Petitionsrecht für wichtige Gemeindeangelegenheiten festschreiben.

Kumulieren und Panaschieren

Um die demokratischen Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger auch bei Wahlen zu stärken, wollen wir das Kumulieren und Panaschieren, also die Möglichkeiten zur Veränderung von Kandidatenlisten und zu listenübergreifendem Wählen, beibehalten.

Gleiche Länge der Wahlperiode für alle

Die Dauer der Wahlperiode beträgt für die Kommunalparlamente fünf Jahre, während Bürgermeister, Landräte, hauptamtliche Stadträte und Beigeordnete für jeweils sechs Jahre gewählt werden. Wir wollen eine einheitliche fünfjährige Wahlzeit erreichen, auch um Kommunalwahlen und Direktwahlen zusammenlegen zu können und dem neu gewählten Parlament die Möglichkeit zu geben, sich für die Dauer der Wahlperiode eine Regierung geben zu können. Nach einer Übergangszeit würden hauptamtliche Wahlbeamte auf kommunaler Ebene außer in außergewöhnlichen Fällen wie z. B. Rücktritt oder Krankheit immer am Beginn einer Wahlperiode gewählt, was im Übrigen auch teure Abwahlen bei veränderten Mehrheitsverhältnissen überflüssig machen würde.

Thema: Kommunalpolitik

Schaffung effektiver, bürgerfreundlicher Strukturen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN setzen sich für einen demokratisch kontrollierten, bürgernahen und effektiven Landesaufbau ein. Daher beteiligen wir uns seit vielen Jahren intensiv an der Diskussion über eine Reform der Verwaltungsstrukturen und der kommunalen, regionalen und staatlichen Zuständigkeiten. In den letzten Jahren hat die Debatte deutlich an Dynamik gewonnen, da sich im Rahmen der europäischen und globalen Wettbewerbssituation auch innerhalb Hessens die Notwendigkeit abgestimmter regionaler Politik immer deutlicher zeigt. Per Ballungsraumgesetz hat die CDU/FDP-Landesregierung versucht, die Probleme der Region Frankfurt/Rhein-Main anzugehen, dies aber so halbherzig, dass eine neuerliche Reform unvermeidlich ist.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern einen dreistufigen Landesaufbau, der durch Kommune, Regionalkreis und Land gebildet wird. Der bisherige, faktisch vierstufige Landesaufbau Kommune – Landkreis – Regierungsbezirk – Land entspricht nicht mehr den Anforderungen an eine effektive, aufgabengerechte, bürgerfreundliche und transparente Struktur.

Erweiterte Kompetenzen für Kommunen

Städte und Gemeinden sollen in ihrer Selbstverwaltung durch die Übertragung weiterer Kompetenzen – z. B. als Träger der Grundschulen – gestärkt werden. Im Sinne des Agenda-21-Prozesses einer nachhaltigen Entwicklung von unten ist hier direkte Demokratie und die Gestaltung des Gemeinwesens unter weitgehender Einbeziehung der Bevölkerung möglich und notwendig. Die Übertragung neuer Aufgaben auf die Kommunen ist stets mit einer entsprechenden Finanzausstattung zu verbinden. Maßstab sind dabei die bisher hierfür aufgewendeten Mittel.

Handlungsfähige Regionen

Zusätzlich zur Stärkung der Kommunen muss das regionale Prinzip in den Vordergrund treten. Hierzu bedarf es der Entwicklung von demokratisch verfassten Regionen, die den anfallenden überörtlichen Aufgaben gerecht werden und mit denen sich die Einwohnerinnen und Einwohner identifizieren können. Die bisherigen Landkreise und Regierungsbezirke gehen in diesen Regionen, die von direkt gewählten Regionalparlamenten kontrolliert werden, auf. Die von diesen gewählte Verwaltungsspitze der Region übernimmt zugleich staatliche Aufgaben. Hierüber ist sie dem Regionalparlament auskunftspflichtig. Die Zahl und Einteilung der hessischen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Regionen soll sich in einem offenen Findungsprozess, der regionale Besonderheiten und Interessen berücksichtigt, entwickeln und nicht von oben vorgegeben werden. Ein innerregionaler Finanzausgleich muss sichergestellt werden.

Zu den Aufgaben der Regionen gehören beispielsweise die Regionalplanung, die Untersuchung, Sicherung und Pflege der natürlichen Lebensgrundlagen und die Förderung regionaler Entwicklungsprojekte. Diese Projekte umfassen u. a. die Wirtschaftsförderung mit regionalen Arbeitsmarktmodellen, die Förderung regionaler Vernetzung in der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur und des ÖPNVs, des Tourismus, der verbrauchernahen ökologischen Landwirtschafts- und Vertriebsförderung, der Abfallbehandlung, der Schulentwicklungsplanung, regionaler Kultur-, Freizeit- und Sportprojekte sowie die Abstimmung mit benachbarten Regionen. Notwendigerweise weiter bestehende staatliche Aufgaben, wie z. B. im Bereich großflächiger Umweltvorsorge, werden auf regionaler Ebene gebündelt.

Dialog auf allen Ebenen: Die Betroffenen werden zu Beteiligten

Das Land beschränkt sich auf die politische Steuerung und Kontrolle landesweiter Aufgaben und wird von Zuständigkeiten entlastet, die regional oder kommunal angesiedelt werden können. Es flankiert den Prozess der regionalen Findung und schafft die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen.

Die Umsetzung des dreistufigen Verwaltungs- und Gebietsaufbaus in Hessen erfordert eine fundierte Analyse der Anforderungen und Aufgaben sowie einen konsensorientierten Dialog auf allen Ebenen, der Betroffene zu Beteiligten macht.

Hessen als aktive europäische Region

Wir betrachten den europäischen Einigungsprozess nicht als Bedrohung, sondern als Chance für die zukünftige politische und wirtschaftliche Entwicklung Hessens, da im Zeitalter der Globalisierung auf supranationaler Ebene viele globale Probleme besser gelöst werden können.

Daher wollen wir Hessens Rolle im Ausschuss der Regionen (AdR) innerhalb der Europäischen Union stärken und hierfür auch die regionalen Partnerschaften nutzen, die Hessen mit der Emilia Romagna in Italien, mit der Aquitaine in Frankreich und mit Wielkopolska in Polen unterhält. Wegen der baldigen EU-Erweiterung wollen wir dabei ein besonderes Augenmerk auf die polnische Partnerregion Wielkopolska legen.

Die Vertretung Hessens im Ausschuss der Regionen ist für uns alles andere als eine lästige Pflichtaufgabe. Wir wollen, dass sich Hessen stärker als unter schwarz-gelb und

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

wo immer möglich gemeinsam mit seinen Partnerregionen für eine Stärkung der demokratischen Strukturen der Europäischen Union und für ökologische und soziale Fortschritte in der Politik der Organe der Europäischen Union engagiert.

Wir begrüßen die Einrichtung des Konvents zur Schaffung einer Verfassung der Europäischen Union, in deren Rahmen die Grund- und Menschenrechte der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union gesichert werden müssen. Im jetzt anlaufenden europäischen Verfassungsprozess muss es aber auch darum gehen, den Organen der EU die Zuständigkeit zu geben, die für die Gestaltung der Zukunft der europäischen Integration auch und gerade im Hinblick auf die Osterweiterung notwendig ist. Im Gegenzug müssen die Kompetenzen derjenigen europäischen Regionen, die wie Hessen über eigene föderal bedingte Gesetzgebungszuständigkeiten verfügen, im Verhältnis ausgebaut und gesichert werden.

Thema: Tolerantes Hessen

Gegen Ausgrenzung, für ein demokratisches Miteinander

Integration ist unserem Verständnis nach mehr als ein bloßes Nebeneinander von Menschen. Ziel muss eine Kultur des Respekts und des gleichberechtigten Miteinanders sein. Es bedeutet aber auch, dass in unserer Gesellschaft für alle hier Lebenden die verbindende Grundlage die im Grundgesetz festgelegten Rechte und Pflichten sind, auf deren Basis Verschiedenheit akzeptiert werden kann. Unterschiede müssen wahrgenommen und ausgehalten werden. Diese Sicht unterscheidet uns von denjenigen, die unter Integration das Verschwinden der eigenen Herkunft und damit das Verschwinden der Identität verstehen.

Aufhebung des Flughafenverfahrens gegen Minderjährige

Bündnis 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die Aufnahmebedingungen für die besonders benachteiligte Gruppe der „Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlinge“ (UMF) zu verbessern. Unsere wichtigste Forderung ist die Aufhebung des Flughafenverfahrens für Minderjährige. Diesen Kindern und Jugendlichen mit oft sehr speziellen psychischen Problemen ist der Aufenthalt zumindest für die Dauer eines so genannten Clearingverfahrens zwecks Familienzusammenführung minderjähriger Flüchtlinge zu garantieren. Die Altersfeststellung am Flughafen darf bei fehlenden Heimatdokumenten nicht dem bloßen Augenschein oder unzulässigen Röntgenkontrollen anheim gelegt werden, sondern muss von fachärztlicher Hand während des Clearingverfahrens geschehen.

Institutionelle Förderung des hessischen Flüchtlingsrates

Durch die Unterstützung von Privatpersonen oder Verbänden, die sich zur Übernahme der Vormundschaft minderjähriger Flüchtlinge bereit erklären, wollen wir die rechtliche Vertretung dieser Kinder und Jugendlichen verbessern.

Eine GRÜNE Landesregierung wird Abschiebehindernisse, die sich aus den humanitären Gesichtspunkten der Genfer Flüchtlingskonvention ergeben, strikt beachten.

Des weiteren werden wir der institutionellen Förderung des hessischen Flüchtlingsrats den Weg ebnen. Zur Integration zählt auch die Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen sowie Unterstützung, damit diese ihr eigenes Leben selbst in die Hand nehmen können. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Teilhabe an Bildung.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Dabei spielt die deutsche Sprache eine sehr wichtige, wenn auch nicht die einzige Rolle. Für das Gelingen von Integration ist die Verständigung in einer gemeinsamen Sprache Voraussetzung. Dies gibt die Möglichkeit, soziale Benachteiligungen zu beseitigen sowie schulische, berufliche und gesellschaftliche Erfolge zu erreichen.

Maßnahmen zum möglichst frühen Erlernen der deutschen Sprache

Die Bedingungen für diese Möglichkeit muss der Staat schaffen, also in ausreichender Zahl und Dauer Sprachkurse anbieten bzw. finanzieren, damit die Sprache auch tatsächlich gelernt werden kann. Dafür werden wir in einer von uns mitverantworteten Landesregierung sorgen.

Am besten sollte eine Sprache in den frühen Lebensjahren gelernt werden.

In diesem Zusammenhang fordern wir, dass der Kita-Besuch von Kindern aus Zuwandererfamilien durch Motivation und Information der Eltern erhöht wird. Die Sprachkompetenz der Kinder in der deutschen Sprache muss gezielt bereits im Kindergartenalter gefördert werden. Wir brauchen verstärkt Anstrengungen, um ausländische Erzieher und Erzieherinnen in Kindertagesstätten einzusetzen. Dies sollte u. a. durch gezielte Informationen an ausländische Jugendliche in Schulen geschehen. Interkulturelle Kompetenz muss Bestandteil der Erzieher- und Erzieherinnenausbildung und der Fortbildung werden.

Schülerinnen und Schüler nicht deutscher Herkunft müssen gezielte Förderung zur Entwicklung ihrer Sprachkompetenz in Deutsch erhalten. Die gesonderte Sprachvermittlung für ausländische Schülerinnen und Schüler muss nicht nur beibehalten, sondern auch in Form von Vorlaufkursen ausgebaut werden.

Interkulturelle Erziehung hilft deutschen und nicht deutschen Kindern zum besseren gegenseitigen Verständnis. Dass dazu der internationale Schüler- und Schülerinnenaustausch oder der Besuch von Partnerstädten im Ausland einen großen Beitrag leistet, ist unbestritten. Wir werden uns dafür einsetzen, regionale und kommunale Partnerschaften Hessens weiter auszubauen und zu intensivieren.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Ausweitung der Sprachangebote an Schulen ein. Dabei kann das Erlernen der Herkunftssprache hilfreich sein, um die sprachlichen Kompetenzen der Kinder nichtdeutscher Herkunft zu nutzen und zu fördern. So kann die Herkunftssprache in deutscher Sprache unterrichtet werden. Der herkunftssprachliche Unterricht muss allen Schülern und Schülerinnen zugänglich sein.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Im Rahmen des von uns geforderten schulischen Ganztagsangebots halten wir „Hausaufgabenhilfe“ für eine sinnvolle Möglichkeit zur Förderung von leistungsschwachen Kindern. Diese wird gerade Kindern mit schwachem sozio-ökonomischem Hintergrund – meist Kinder nicht deutscher Abstammung – zugute kommen. Auch erachten wir Parallelkurse in Deutsch für Mütter und Väter während der Unterrichtszeit als hilfreich.

In der hessischen Lehrer- und Lehrerinnenausbildung findet die hohe Anzahl nicht deutscher Kinder im Unterricht noch nicht ausreichend Berücksichtigung. Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb, die interkulturelle Erziehung in das Rahmenprogramm der Lehrer- und Lehrerinnenausbildung und der Fortbildung aufzunehmen. Wir wollen verstärkt Nichtdeutsche auffordern, ein Lehrstudium zu ergreifen und in den Schuldienst einzutreten. Die Polizei darf hier nicht länger allein die Vorreiterrolle behalten.

Nicht nur die demografische Entwicklung in der Bundesrepublik, sondern auch das Gleichheitsgebot der Religionen verdeutlicht die Notwendigkeit eines Islamischen Religionsunterrichts (IRU) in Hessen. Dabei muss der Unterricht von Lehrkräften vorgenommen werden, die sich an deutschen Universitäten für diese Aufgabe qualifiziert haben. Bündnis 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Einrichtung von Professuren an hessischen Universitäten ein, die die fachliche Qualifikation für die Aufnahme in den Staatsdienst als Lehrer bzw. Lehrerin des IRU ermöglichen.

Integrationsangebote für Jugendliche

Untersuchungen belegen, dass sich sowohl Jugendliche nicht deutscher Herkunft als auch jugendliche Aussiedler in unserer Gesellschaft in hohem Maße unsicher und nicht angenommen fühlen. Cliquenbildung und Rückzug in ethnische Gruppen verhindern den Kontakt zu anderen Jugendlichen. Gerade junge Frauen und Mädchen leiden häufig an sozialer Isolation. Aus diesem Grund müssen gemeinsame Orte und Aktivitäten helfen, Brücken zu bauen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen in der Landesregierung folgende Projekte fördern:

- Kooperation von Jugendhilfe und Schule unter dem Blickwinkel der Förderung von interkulturellen Schülerclubs als Freizeitangebot,
- Unterstützung von Maßnahmen der Jugendlichen in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf,
- Förderung von integrationsorientierten Sportangeboten,
- geschlechtsspezifische psychosoziale Betreuung,

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

- geschlechtsspezifische Freizeitangebote für jugendliche Zuwanderer und Zuwanderinnen,
- Erarbeitung von Leitlinien in der Jugendhilfe, welche die besonderen Lebensverhältnisse zugewanderter Jugendlicher berücksichtigt,
- Erhalt der sozialpädagogischen Förderung von Kindern und Jugendlichen in Übergangwohnheimen,
- Einbindung interkultureller Kompetenzen der Kinder und Jugendlichen bei jugendspezifischen Angeboten,
- besserer Informationsfluss an ausländische Schulabgänger und ihre Eltern über die Möglichkeiten der Berufsausbildung.

Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung fördert verschiedene Projekte, die dazu beitragen, die Ausbildungssituation der in Deutschland lebenden ausländischen Jugendlichen zu verbessern. Diese Projekte sprechen die Stärken der Jugendlichen – Zwei- oder Mehrsprachigkeit, biculturelle Kompetenzen – an und nutzen sie. Unter unserer Regie wird sich Hessen an diesen Projekten des Bundesministeriums endlich beteiligen.

Regionale Bildungsangebote für Erwachsene

Familienbildungsstätten und Mütterzentren sind informelle Orte, an denen Begegnungen über Nationen und Kulturen hinweg möglich sind. Dies dient vor allem dazu, Frauen aus der Isolation herauszuführen und ihre Sprachkompetenz zu stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass Bildungsangebote auf regionale und kulturelle Bedürfnisse zugeschnitten werden. Dazu müssen auch den Teilnehmenden entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten geboten werden. Auch eine finanzielle Absicherung dieser Institutionen muss gewährleistet sein.

Kulturelle Eigenheiten bei der medizinischen Betreuung berücksichtigen

In der Landesregierung werden Bündnis 90/DIE GRÜNEN Projekte unterstützen, die die psychosoziale, gesundheitliche und medizinische Betreuung von Migranten und Migrantinnen berücksichtigen. Hierbei ist besonderer Augenmerk auf die religiösen Aspekte und die kulturellen Unterschiede zu legen. In Kooperation mit den im Gesundheitsbereich agierenden Institutionen und Projekten werden wir Konzepte entwickeln, die auch und besonders Probleme der Pflege von alten Migranten und Migrantinnen aufgreifen.

Ausländische Betriebe bilden aus

Ausländische Betriebe könnten mehr Ausbildungsplätze anbieten. Dies scheitert in der Regel an der fehlenden Ausbildungserlaubnis. Ein weiteres Hindernis für die Schaffung von Ausbildungsplätzen ist die Tatsache, dass viele Nichtdeutsche, die seit langem hier arbeiten, immer noch einen deutschen Meister anstellen müssen, um ihren Beruf in Deutschland selbstständig ausüben zu können bzw. selbst auszubilden. Abhilfe schaffen hier Ausbilderkurse, für die wir besonders werben werden.

Ein besonderer Schwerpunkt wird auf die Kampagne „ausländische Betriebe bilden aus“ mit folgenden Maßnahmen gelegt werden:

- Information der nicht ausbildenden Betriebe,
- Qualifizierung der Ausbilder und Ausnahmeregelungen bei der Ausbildereignungsprüfung,
- Lehrstellenakquisition,
- Ausbildung im Verbund,
- Betreuung und Beratung der Ausbildungsbetriebe.

Geregelte Arbeit als wichtigster Integrations-Baustein

Die deutsche Gesellschaft definiert sich weitestgehend am Status der Menschen im Arbeitsleben. Deshalb werden Nichtdeutsche am besten über den Arbeitsplatz in Deutschland integriert. Die Bedingungen sind für junge Berufseinsteiger sehr schwer, weil sie in der Regel keine gute Berufsausbildung haben. Auch hier sind gute Deutschkenntnisse, auch in der Schriftsprache, eine entscheidende Voraussetzung. Wir wollen

- besseren Zugang zu den Maßnahmen der Arbeitsämter (Umschulung, Fortbildung),
- Einsatz von zweisprachigen Arbeitsberatern für die berufliche Beratung von Nichtdeutschen,
- Beteiligung der Landesregierung an Programmen von Bund und EU zur qualifizierten Erwerbstätigkeit,
- Förderung der betrieblichen und außerbetrieblichen Weiterbildung,
- bessere Kooperation zwischen Betreuungsorganisationen in den Übergangwohnheimen, den sozialen Diensten in den Kommunen und dem zuständigen Arbeitsamt. Dies kann besonders zur Verbesserung der Situation im Bereich der Aussiedler beitragen.

Integration braucht offene Kommunikationsräume, in denen Menschen verschiedenster Herkunft sich begegnen können. Die soziokulturellen Zentren in Hessen, die diesen Ansatz schon lange verfolgen, werden wir ideell und finanziell besser unterstützen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003

Für eine vermehrte Einstellung von Nichtdeutschen, gerade in den öffentlichen Verwaltungen, muss offensiv – auch bei den Nichtdeutschen selbst – geworben werden. Dies werden wir in der Landesregierung tun.

Gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung vorgehen

Wir werden Gruppen und gesellschaftliche Initiativen, die sich für die Demokratie und gegen Rassismus engagieren, politisch und materiell fördern.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden in der Hessischen Landesregierung das Amt des Aussiedlerbeauftragten in das Amt eines Integrationsbeauftragten umwandeln. Dieses Amt soll gezielte Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen für Integration und gegen Rassismus betreiben.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern eine Aufstockung der Mittel des Landes Hessen für den Kampf gegen den Rechtsextremismus. Dieses für die bundesrepublikanische Demokratie überaus wichtige Feld hat bei der derzeitigen Landesregierung einen sehr geringen Stellenwert. Die Ausgaben in diesem Feld betragen bisher 1 Million DM.

Strafgesetzliche Maßnahmen sind ein Ansatz, um Diskriminierungen zu bekämpfen. Darüber hinaus wollen wir ein Antidiskriminierungsgesetz. Damit würde eine klare, einheitliche Regelung im Bereich der ethnischen Diskriminierung geschaffen und die Anwendung der Normen für Justiz und Rechtspflege wesentlich erleichtert. Aus gesellschaftspolitischer Sicht könnte der Gesetzgeber mit einem Antidiskriminierungsgesetz den Beweis erbringen, dass er mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln Diskriminierung nicht nur seitens der staatlichen Gewalt, sondern auch seitens Dritter, die der Staatsgewalt unterworfen sind, zu verhindern sucht.